
Geschäftsbericht 2001

Inhaltsverzeichnis

Zahlen im Überblick	3
An die Aktionäre	4
Geschäftsaktivitäten	
Verbund	9
Mittelstand und Großunternehmen	13
Investment Banking	17
Asset Management/Private Banking	23
Transaktionen und Services	27
Konzernunternehmen und Beteiligungen	31
Personal	39
Berichte und Jahresabschluss 2001 des DZ BANK-Konzerns	
Lagebericht des DZ BANK-Konzerns	42
Bericht des Aufsichtsrates	72
Bilanz des DZ BANK-Konzerns	74
Gewinn- und Verlustrechnung des DZ BANK-Konzerns	78
Anhang des DZ BANK-Konzerns	80
Bestätigungsvermerk	136
Beiräte	137
Wesentliche Beteiligungen der DZ BANK AG	144

Zahlen im Überblick

DZ BANK-Konzern		
in Mio €	2001	Vorjahr
Ertragslage		
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	1.045	1.746
Risikovorsorge	-851	-1.061
Betriebsergebnis	194	685
Jahresüberschuss	114	54
Vermögenslage		
Aktiva		
Forderungen an Kreditinstitute	107.031	113.443
Forderungen an Kunden	119.140	119.169
Wertpapiere ¹⁾	89.243	89.922
Kapitalanlagen aus dem Versicherungsgeschäft	31.651	29.267
Sonstige versicherungsspezifische Aktiva	2.211	2.144
Sonstige Aktiva	15.369	19.749
Passiva		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	129.846	137.524
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	79.680	79.648
Verbriefte Verbindlichkeiten	98.072	103.455
Versicherungstechnische Rückstellungen	29.058	26.812
Sonstige versicherungsspezifische Passiva	3.900	3.702
Sonstige Passiva	17.669	16.507
Bilanzielles Eigenkapital ²⁾	6.420	6.046
Bilanzsumme	364.645	373.694
Geschäftsvolumen ³⁾	500.726	504.097
Bankaufsichtsrechtliche Kennziffern nach KWG (2000: DG BANK-Konzern/GZ-Bank-Konzern)		
Eigenmittelquote	9,5	9,5/8,6
Kernkapitalquote	5,7	5,6/6,6
Derivate-Geschäft		
Nominalvolumen	691.471	646.590
Wiederbeschaffungskosten	9.986	7.501
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	26.651	28.479

¹⁾ Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere zuzüglich Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

²⁾ Eigenkapital gemäß Bilanz abzüglich Konzerngewinn und anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken

³⁾ Bilanzsumme einschließlich Eventualverbindlichkeiten, andere Verpflichtungen und für Anteilinhaber verwaltete Sondervermögen

Sehr geehrte Aktionäre der DZ BANK,

in einem einzigartigen Tempo konnten wir im zurückliegenden Jahr den Zusammenschluss von DG BANK und GZ-Bank verwirklichen. Dass in der knappen Frist von etwas mehr als einem halben Jahr sämtliche Erfordernisse zur Fusion – angefangen von den Grundsatzbeschlüssen über das Votum der Hauptversammlungen bis hin zur juristischen Geburt des neuen Institutes – erfüllt werden konnten, ist vor allem Ihnen, den Aktionären, zu danken.

Mit der DZ BANK entstand rückwirkend zum 1. Januar 2001 eine leistungsfähige Zentralbank für 1.315 der insgesamt 1.621 deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken. Damit erreicht die neue Bank nicht nur eine hinsichtlich Marktentwicklung und Wettbewerbsumfeld gebotene Größenordnung, sondern trägt künftig wesentlich zu einer optimierten Arbeitsteilung im FinanzVerbund bei.

Die neue DZ BANK ist unter nicht eben glücklichen Umständen an den Start gegangen. Ganz im Gegenteil, der juristische Zusammenschluss der Vorgängerinstitute nur wenige Tage nach dem denkwürdigen 11. September 2001 fiel in eine Periode sich rapide verschlechternder Wirtschaftsverfassung. Die schlechte Konjunkturlage wirkte sich deutlich negativ auf die Ertragsentwicklung im zweiten Halbjahr und ganz besonders auf die geschäftliche Situation im 4. Quartal aus. Außerdem ist dies mit ein Grund für die Bonitätsveränderungen im Kreditportefeuille, wodurch Vorsorgeaufwendungen in einer Höhe erforderlich wurden, die Mitte des Jahres 2001 keineswegs absehbar waren. Die hohen Wertberichtigungen und Vorsorgeaufwendungen sind nicht allein Ergebnis von gerade in der Schlussphase des Berichtsjahres entstandenen Risiken. In ihnen spiegelt sich auch unser Bemühen wider, das gesamte Kredit- und Beteiligungsportefeuille den bei der Fusion definierten strengen Bewertungsmaßstäben zu unterziehen und damit gegen möglichst alle Eventualitäten abzuschirmen. Dazu zählen auch die konsequente Neuordnung der Portefeuilles und die zügige Trennung von nicht strategiekonformen oder renditeschwachen Engagements.

Alles in allem kann die Situation der Bank noch nicht zufrieden stellen, zumal die äußeren Bedingungen – erheblicher Strukturanpassungsbedarf in der Bankwirtschaft allgemein, weiterhin gravierende Nachteile im Standort Deutschland und die im bisherigen Verlauf des aktuellen Geschäftsjahres ausbleibende Konjunkturerholung – keineswegs günstiger geworden sind. Aber: Wir haben frühzeitig alles in die Wege geleitet, um den Belastungen gegenzusteuern und unsere bei der Fusion gegebenen Versprechen fristgerecht zum Ende des auf vier Jahre veranschlagten Umbauprozesses „Building DZ BANK“ einlösen zu können.



Der Vorstand (v. l. n. r.):

Durch die Verschmelzung – dies war und ist unsere nachhaltige Überzeugung – können erhebliche Synergiepotenziale sowohl auf der Kosten- als auch auf der Ertragsseite realisiert werden. In der Vergangenheit haben die beiden Häuser nahezu identische Geschäftsfelder bearbeitet, allerdings unabhängig voneinander. In vielen Entwicklungsbereichen wurden parallele Investitionen getätigt und knappe Ressourcen verbraucht. Durch die Bündelung dieser Kräfte wird künftig der investive Aufwand, in erster Linie bei der Entwicklung innovativer Produkte, begrenzt und es werden kritische Größen in potenzialorientierten Geschäftsfeldern erreicht. Die Zusammenführung der beiden Institute ermöglicht nicht nur Skaleneffekte vor allem im IT-Bereich, sondern erleichtert zudem ressourcenintensive Systementwicklungen, die die Voraussetzung für eine nachhaltige Positionierung des Verbundes in allen Segmenten des Bankgeschäftes bilden. Und nicht zuletzt können bisher erbrachte Einzelaktivitäten miteinander verzahnt werden und es kann die Entwicklung von marktgerechten Dienstleistungen einschließlich der administrativen Tätigkeiten zu ihrer Bereitstellung kosteneffizient betrieben werden.

Peter Dieckmann
Dietrich Voigtländer
Dieter Wößner
Wolfgang Kirsch
Dr. Ulrich Brixner (Vorsitzender)
Heinz Hilgert
Uwe E. Flach (stellv. Vorsitzender)
Albrecht Merz

(Stand: Mai 2002)

Im Vordergrund der Aktivitäten im Geschäftsjahr 2001 standen deshalb neben der aufbau- und ablauforganisatorischen Integration der Fusionsinstitute erste Maßnahmen des Kostenmanagements, der Risiko- und Unternehmenssteuerung sowie die Optimierung in der Vertriebssteuerung. Die eingeleiteten Maßnahmen zeigen Wirkung: Wir haben nicht nur mit einem Sofortprogramm, dessen Kernelement die Reduktion aller nicht operativen Kosten bildete, die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen eingefroren, wir haben nicht allein erste Ergebnisse des eingeleiteten Personalabbaus registrieren können, sondern auch eine schlagkräftige Aufbau- und Ablauforganisation verwirklicht und in diesem Zusammenhang 500 Führungspositionen neu besetzt, wobei wir eine Hierarchieebene abgeschafft und die Matrixorganisation beseitigt haben.

Wir sind dabei, weit über hundert als vorrangig priorisierte Projekte abzarbeiten, die zum einen der Integration der DV-Strukturen dienen, zum anderen Abläufe und Prozesse gegenüber früher wesentlich vereinfachen. Wichtige technische Plattformen wurden

bereits angepasst, Prozessabläufe, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten, erfolgreich verzahnt. Wir haben darüber hinaus eine homogenere Angebotspalette geschaffen und bei vielen Produkten eine Preisharmonisierung vorgenommen.

Im Vordergrund einer Neustrukturierung des Firmenkundengeschäftes der DZ BANK stand die qualitäts- und risikobewusste Zusammenarbeit im Metakreditgeschäft. Neue Grundsätze für diesen Geschäftszweig sehen vor, dass eine Mindestrentabilität bei kompromissloser Beachtung der Bonitäten sichergestellt wird. Ebenfalls Bestandteil des Maßnahmenpaketes ist die verbesserte Unterstützung der Primärbanken in allen relevanten Produkt- und Dienstleistungsangeboten durch die Kundenbetreuer der DZ BANK.

Für das Inland ist ein neues Standortkonzept gültig und in Teilen umgesetzt, das eine Straffung des regional teilweise zu dichten Geschäftsstellennetzes vorsieht und sich an Effizienz und Profitabilität sowie Potenzial und damit auch an der Zahl der zu betreuenden Ortsbanken orientiert. Das internationale Stützpunktnetz wird künftig primär verbundbezogen und kapitalmarktorientiert betrieben. Mit zahlreichen genossenschaftlichen Partnern im europäischen Ausland bestehen Kooperationsvereinbarungen, welche die direkte Präsenz der DZ BANK an Finanzplätzen ohne nationale genossenschaftliche Banken oder Bankgruppen ergänzen. In diesem Sinne haben wir im Dezember eine Vereinbarung mit der Natexis Banques Populaires getroffen. Sie sieht eine Erhöhung der Überkreuzbeteiligung beider Banken, gemeinsame Beteiligungen an Auslandsbanken sowie eine intensiviertere Zusammenarbeit u. a. in den Feldern Kapitalmarktaktivitäten, Projektfinanzierung und Corporate Finance vor.

Auch in der Konzernintegration haben wir bereits vieles erreicht. Die DZ BANK verfügt über qualifizierte Beteiligungen an den Spezialanbietern des Verbundes im Immobilien-, Fonds-, Versicherungs- und Leasinggeschäft. Ein Teil dieser Gesellschaften war zuvor schon konsolidiert. Infolge der Fusion gehören nunmehr auch die Union Investment, die R+V Versicherung und die bws bank zum Konsolidierungskreis der neuen Institutsgruppe. Die Tochtergesellschaften der Vorgängerinstitute in Luxemburg und in der Schweiz wurden noch im Berichtsjahr fusioniert oder neu aufgestellt. Wir planen, die Immobilienaktivitäten in eine Immobilien-Holding zusammenzuführen und die Leistungsbündel der im Asset Management bzw. in der Vermögensverwaltung tätigen Töchter hinsichtlich effizienter Produktions- und Vertriebswege zu optimieren. Ein weiterer Schwerpunkt ist die intensivere Verschränkung der Kerngeschäftsfelder mit den Aktivitäten der in der Unternehmensfinanzierung und -zusammenführung tätigen Corporate-Finance-Einheiten. Desgleichen haben wir damit begonnen, mit dem Projekt DZ Systems die IT-Prozesse innerhalb des Konzerns zu standardisieren und zu optimieren. Hiervon versprechen wir uns weitere erhebliche Kostensynergien.

Es ist sicherlich noch zu früh, über den Erfolg all dieser Maßnahmen zu befinden. Aber wir sind sehr zuversichtlich, die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen und die in uns gesetzten Erwartungen erfüllen zu können. Dazu gilt unser Blick nunmehr in verstärkter Weise der Ertragsseite: Unsere Marktstrategie ist klar ausgerichtet auf einzelne Segmente, die wir stärken wollen und in die wir auch investieren. Eine Bestandsaufnahme der Kapitalallokation zeigt, dass wir in der Vergangenheit im Vergleich zum Wettbewerb zu viel Eigenkapital in dem relativ renditeschwachen Bereich des klassischen Kreditgeschäftes gebunden hatten. Hier wollen wir künftig innovative Produkte des Firmenkundengeschäftes – Asset Backed Securities, Strukturierte Finanzierungen, Bonitätshandel – forcieren, während wir für das klassische Kreditgeschäft klare Zielvorgaben definiert haben. Zu den Kernaktivitäten zählen ferner alle Tätigkeitsbereiche des Investment Bankings: Aufgrund der hohen Platzierungskraft über die Volksbanken und Raiffeisenbanken haben wir hier ganz besonders gute Wettbewerbschancen, die wir weiter ausbauen wollen. Sehr aussichtsreich ist darüber hinaus das Private Banking, in dem die DZ BANK und der Verbund ihr gutes Marktpotenzial bislang nur unzureichend ausnutzen konnten. Hier werden wir uns kurzfristig neu aufstellen, um mit signifikanterem Markenauftritt und besserer Marktbearbeitung Ertragspotenziale für die Primärbanken und den DZ BANK-Konzern zu heben. Im Transaction Banking sind wir schon jetzt mit Abstand Marktführer. Diese Ausgangsposition wollen wir nutzen, um in einer Zeit sinkender Margen durch Größen- und Rationalisierungseffekte die entsprechenden Geschäfte profitabler betreiben zu können.

Konsequenz und Elan in der Umsetzung der von uns als notwendig erachteten Schritte, rigide Kostenanpassung, vereinfachte Prozessstrukturen, striktes Risikomanagement, klare Kundenorientierung – vor allem gegenüber unseren genossenschaftlichen Partnern –, das sind die Leitgedanken, an denen wir uns orientieren, um unseren Beitrag zu leisten im Rahmen der Verbundstrategie, für die sich der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken das Motto „Bündelung der Kräfte“ gegeben hat und die dazu dient, die Wettbewerbsposition des genossenschaftlichen Finanzverbundes nachhaltig zu stärken. Erste Fortschritte können wir verbuchen – aber es bleibt noch viel zu tun.

Der Vorstand, im März 2002



Dr. Ulrich Brixner, Vorsitzender des Vorstandes

Ver
bund

Ver
bund

ver
bund

ver
bund

DZ BANK im Verbund

Die DZ BANK versteht sich in ihrer Zentralbankfunktion ausdrücklich als subsidiärer Partner der Institute vor Ort und in der Region, der eine Reihe von Dienstleistungen entwickelt oder in gemeinsamer Marktbearbeitung zusammen mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie den Spezialdienstleistern die Position des genossenschaftlichen Verbundes stärkt.

Die 1.621 Volksbanken, Raiffeisenbanken, PSD-Banken und sonstigen genossenschaftlichen Institute sind im Berichtsjahr wieder gewachsen: Die Bilanzsumme nahm nach der Stagnation des Vorjahres um 3,4 Prozent auf 553 Mrd € zu; damit beträgt die Bilanzsumme der gesamten Gruppe – einschließlich DZ BANK, WGZ-Bank und der Spezialinstitute wie der Bausparkasse Schwäbisch Hall oder der Hypothekenbanken – 903 Mrd €.

Engagement nach dem Subsidiaritätsprinzip

Die DZ BANK fungiert als Zentralbank für 1.315 dieser 1.621 Kreditgenossenschaften auf der Basis einer intensiven, verbundorientierten Betreuung der Primärstufe. Bereits im März 2001 haben sich die Vorstände der Fusionsinstitute auf eine nach den Gesichtspunkten der Subsidiarität und Dezentralität ausgerich-

teten Geschäftspolitik zur Förderung der Volksbanken und Raiffeisenbanken verpflichtet. In der Vereinbarung wurde die genossenschaftliche Funktions- und Arbeitsteilung nachdrücklich bekräftigt: Im Rahmen einer ausgeprägten dezentralen Entscheidungsbefugnis werden die lokalen und regionalen Märkte vorrangig von der Primärstufe bearbeitet und erhalten dazu zusätzliche Unterstützung durch die Verbundunternehmen. Die DZ BANK wird daher keine unabgestimmten Aktivitäten unternehmen, die auf die Kundschaft der Volksbanken und Raiffeisenbanken abzielen.

Auf dieser Basis wurde schon frühzeitig begonnen, aus den bisherigen Betreuungsansätzen und Aktivitäten der Fusionspartner eine neue einheitliche Lösung zu entwickeln, die dem Bedarf der Kreditgenossenschaften vor Ort entspricht. Mit einer Reihe von organisatorischen Maßnahmen wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Belange der Genossenschaftsbanken künftig stärker berücksichtigt werden können. Im Ergebnis ist eine eindeutige und klare Kundenverantwortung festgelegt worden, die im Bereich Verbund der DZ BANK angesiedelt ist und von den Verbunddirektoren wahrgenommen wird, denen wiederum die Regionaldirektoren zugeordnet sind. Die Verbunddirektoren und die Regionaldirektoren erhalten Kompetenzen für Konditionen und Geschäftsabschlüsse, damit sie – legitimiert durch den unmittelbaren und intensiven

Kontakt mit den Kunden – auch direkt Entscheidungen treffen können. Die Produktbereiche der DZ BANK haben für die Genossenschaftsbanken neben der Produktverantwortung auch Vertriebsverantwortung. Vertriebsplanung und Vertriebscontrolling für die Genossenschaftsbanken werden aber zentral durch den Bereich Verbund gesteuert.

Schwerpunkte der Verbundtätigkeit

Die DZ BANK hat im Jahre 2001 die Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken auf vielfältige Weise intensiviert. Eine wichtige Komponente des neuen Antrittes bestand in der wesentlichen Vereinfachung der Leistungsabwicklung und Konditionengestaltung. So wurden beispielsweise im Depot-B-Geschäft und im Geldhandel bereits die Preise harmonisiert und attraktiver gestaltet. Ähnliches gilt für die Führung von Kontokorrentkonten, die jetzt schlanker, auch hinsichtlich kostenreduzierter Abläufe, gestaltet sind. Weitere Schwerpunkte der Verbundtätigkeit waren Multikanalaktivitäten, die Unterstützung der Volksbanken und Raiffeisenbanken bei der Marktbearbeitung auf dem Gebiet der Altersvorsorge, die fachliche Begleitung beim Auslandsgeschäft sowie in der Firmenkundensparte das Metageschäft (siehe auch das Kapitel „Mittelstand und Großunternehmen“) mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Mit dem Ziel eines kosteneffizienten Angebotes im Direct Brokerage hat die DZ BANK in enger Zusammenarbeit mit den genossenschaftlichen Verbänden sowie Rechenzentralen ein Multikanal-konzept formuliert, das die Integration des bankstellenbezogenen und des über elektronische Wege führenden Direkt-geschäftes beinhaltet. Das Direct Broke-rage-System, das die DZ BANK zusam-men mit den Rechenzentralen zum Leis-tungsspektrum der genossenschaftli-chen Bankengruppe beisteuert, sieht sowohl umfassende Angebote für die Kun-denberater der Volksbanken und Raiff-eisenbanken als auch Depot-Inforna-tions- und Börsenorder-Systeme vor (siehe auch „Asset Management/Private Banking“).

Einen hohen Stellenwert hatte der Auf- und Ausbau der elektronischen Ver-triebsinformationen als Bestandteil der E-Commerce-Strategie der DZ BANK im Verbund. Im Herbst des vergangenen Jah-res wurde dazu ein Projekt gestartet, das die Systeme InfoNET und InfoService mit ihren jeweiligen Stärken vereint.

Einen wesentlichen Beitrag für das Fir-menkundengeschäft der Volksbanken und Raiffeisenbanken liefert das Konzept RAMA (Regionales Akquisitionsmodell Auslands-geschäft). RAMA ist ein Vertriebs-konzept, bei dem Genossenschaftsban-ken gemeinsam mit der DZ BANK Unter-

nehmen mit bestehenden oder geplan-ten Auslandsaktivitäten akquirieren bzw. in diesem wichtigen Geschäftssegment begleiten können.

Durch die Gründung der VR-DirektService AG, Karlsruhe, wurde 2001 der Grund-stein für die Vereinheitlichung der Call-Center-Aktivitäten des Verbundes gelegt. Daran haben sich neben der DZ BANK auch die WGZ-Bank, die FIDUCIA AG, Karlsruhe/Stuttgart, die GAD eG, Münster, sowie drei badische Genossenschafts-banken beteiligt. Die GENO Direkt Center GmbH & Co. KG, Karlsruhe, die DG Tele-service Verbund GmbH, Kassel, und die RFV-DirektService GmbH, Münster, sollen zu einem leistungsstarken Anbieter ver-schmolzen werden, um die Genossen-schaftsbanken beim Vertriebsweg Telefon optimal zu unterstützen. Eine enge Zu-sammenarbeit mit der VR-NetWorld GmbH, Bonn, ist vorgesehen.

Von besonderer Bedeutung in der Ver-bundtätigkeit war die Unterstützung der Volksbanken und Raiffeisenbanken bei der Marktbearbeitung auf dem Gebiet der Altersvorsorge. In diesem Zusammen-hang hat die DZ BANK über die veränder-ten Rahmenbedingungen der gesetz-lichen, betrieblichen und privaten Alters-vorsorge informiert und die sich daraus ergebenden Marktchancen aufgezeigt. Mit Informationsmaterialien auf Basis von innovativer Beratungssoftware, deren Rechenkerne in Abstimmung mit der Bausparkasse Schwäbisch Hall, der R+V

Versicherung und der Union Investment entwickelt worden sind, erhalten die Genossenschaftsbanken eine einheitliche, aufeinander abgestimmte Unterstüt-zungsleistung der Verbundunternehmen zur Marktbearbeitung.

Im Wertpapiergeschäft erweiterte die DZ BANK die Angebotspalette der Volks-banken und Raiffeisenbanken durch die Emission von Optionsscheinen, Partizipa-tionsscheinen und Garantiezertifikaten. Die Akquisitionstätigkeit der Genossen-schaftsbanken wurde dabei durch Kun-deninformationen unterstützt. Im Markt-segment Aktienemissionen lag der Schwerpunkt der Vertriebs- und Marketing-unterstützung bei den namhaften Börsengängen des Jahres (siehe auch „Investment Banking“). Zusätzlich zu den konventionellen vertriebsunterstützen-den Leistungen hat die DZ BANK den Kreditgenossenschaften Direct-Mail-Aktio-nen angeboten und damit großen An-klang bei den Volksbanken und Raiffeisen-banken gefunden.

Vorangetrieben wurden im Berichtsjahr die Outsourcingaktivitäten von zentralen Logistikaufgaben. Die Leitlinie besteht darin, Doppel- oder Mehrfacharbeiten zu vermeiden, Systeme mit günstigerer Kosten-Nutzen-Relation zusammenzufüh-ren und – wo sinnvoll – auch für Dritt-partner nutzbar zu machen. Das Spektrum reicht von der Optimierung (z. B. Ver-sand von Hauptversammlungsunterlagen

börsennotierter Unternehmen an Endkunden) bzw. Auslagerung administrativer Funktionen (z. B. in der Geldwäscheprävention) bis hin zu Back-Office-Aktivitäten im Zahlungsverkehr (siehe auch „Transaktionen und Services“), die im laufenden Jahr weiter forciert werden.

Zusammenarbeit im Verbund

Ebenfalls von hohem Stellenwert sind die Unterstützungsleistungen der DZ BANK bei den gemeinsam im Verbund und vom Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) federführend begleiteten Produkten und Projekten. Zu nennen ist hierbei in erster Linie das Gesamtbanksteuerungsinstrument VR-Control. VR-Control macht die Erfolgsquellen und Risikopotenziale im

Rahmen eines Standardreportings transparent und umfasst alle Tools, die zur Steuerung der Gesamtbank, des Adressenausfallrisikos sowie des Marktpreisrisikos notwendig sind, und erlaubt beispielsweise eine risikoadäquate, Basel-II-konforme Steuerung des Kreditportefolles der jeweiligen Bank. Die DZ BANK hat nicht nur mit einzelnen Modulen wie einem Mittelstandsrating (MIRA) beigetragen, sondern bezieht in ihre Unterstützungsleistung auch kontinuierliche Beratungsfunktionen ein. So wurde im Berichtsjahr erfolgreich ein Beratungsangebot eingeführt, das die Banken an die barwertige Gesamtbanksteuerung über VR-Control heranführt. Aufbauend auf mittlerweile über 80 individuellen Barwertanalysen und -beratungen konnten erste Erfahrungen bei der Umsetzung gewonnen werden, die jeweils an die Volksbanken und Raiffeisenbanken weitergegeben werden.

Im Sinne der BVR-Strategie „Bündelung der Kräfte“ hat die DZ BANK zum Teil in enger Zusammenarbeit mit weiteren Verbundunternehmen zahlreiche Projekte entweder bereits umgesetzt oder in Angriff genommen: Dazu zählen neben der Unterstützung des VR-NetWorld-Konzeptes, das als wesentlicher Baustein des Multi-Channel-Banking realisiert wird, Maßnahmen und Vorhaben im Zusammenhang mit dem erwähnten Marktbearbeitungskonzept Ausland, die Straffung und Standardisierung der Produktpalette und die Direktbeteiligung von Volksbanken und Raiffeisenbanken an Verbundunternehmen.

Mittelstand
und
Großunter
nehmen

Mittelstand
und
Großunter
nehmen

Direktkredit- und Metakreditgeschäft

Im Firmenkundengeschäft sieht sich die DZ BANK als Partner für die Volksbanken und Raiffeisenbanken, der die Primärbanken in den entsprechenden Produkt- und Dienstleistungsfeldern unterstützt, und als Partner ihrer Direktkunden, denen sie eine umfangreiche Angebotspalette qualitativ hochwertiger spezialisierter Produkte und Dienstleistungen bereitstellt.

Die Bank konzentriert sich insbesondere auf das mit den genossenschaftlichen Primärinstituten betriebene Metageschäft sowie die Kunden des gehobenen Mittelstandes. Im Gemeinschaftsgeschäft unterstützen die Kundenbetreuer der DZ BANK Firmenkundenaktivitäten der Primärbanken in allen relevanten Produkt- und Dienstleistungsangeboten. Im Direktgeschäft stellt die DZ BANK ihre komplette Produktpalette sowie die Angebote von Spezialinstituten des Verbundes bereit.

Neben einer aktiven Kreditrisikosteuerung – den neuen Grundsätzen entsprechend – wird im Firmenkundengeschäft der DZ BANK die Optimierung der Erträge aus Zins- und Provisionsgeschäften im Vordergrund stehen. Einen weiteren Schwerpunkt bilden neben dem Kreditgeschäft die Aktivitäten im Corporate Finance und Investment Banking.

Das Berichtsjahr war sowohl im mittelständischen Firmenkundendirektgeschäft als auch im gemeinsam mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken betriebenen Metageschäft von der gesamtwirtschaftlichen Situation beeinträchtigt. Die zurückhaltende Geschäftsentwicklung war begleitet von bankinternen Anstrengungen zur Risikooptimierung – auch im Hinblick auf die künftigen Anforderungen von Basel II.

Im Kreditgeschäft mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken, das im Wesentlichen gewerblichen Kunden der Genossenschaftsbanken zugute kommt, verlief die Entwicklung unterschiedlich. Während die Refinanzierungsmittel der DZ BANK in Form von Globaldarlehen konjunkturbedingt verhaltener nachgefragt wurden, registrierten die Förderprogramme, bei denen die DZ BANK in Durchleitungsfunktion Mittel der öffentlichen Förderinstitute zur Verfügung stellt, ein leicht gestiegenes Interesse. Weiterhin auf hohem Niveau bewegen sich die Bestandsvolumina. Gemessen an den Inanspruchnahmen beträgt der Bestand an ausgereichten Fördermitteln 19,2 Mrd € und die Summe der Globaldarlehen 22,2 Mrd €.

Im Großkundengeschäft positionierte sich die DZ BANK als starker Partner im Kapitalmarktgeschäft. In den Vorjahren lag der Schwerpunkt auf der Equityseite; hier waren die Vorgängerinstitute der DZ BANK in namhafter Position an allen wichtigen IPOs beteiligt. Im Be-

richtsjahr richtete sich das Interesse der Firmenkunden auf Fremdkapitalfinanzierungen, insbesondere auf Corporate Bonds und Schuldschein-Emissionen. Im Mittelpunkt der produktbegleitenden Dienstleistung stand dabei die finanzstrategische Beratung (siehe auch „Investment Banking“).

Corporate Finance

Im Zusammenhang mit der Fusion wurden auch die bisherigen Aktivitäten der DG BANK und GZ-Bank im Corporate Finance neu geordnet. In dieser Hinsicht wurde zum 31. Dezember 2001 das Beteiligungsgeschäft mit mittelständischen Unternehmen, das bislang verschiedenen Tochtergesellschaften zugeordnet war, in der neuen DZ Equity Partner GmbH zusammengefasst. Das Beteiligungsportfolio dieser Gesellschaft hat ein Gesamtvolumen von 121 Mio € mit 24 Direktbeteiligungen sowie zugesagte Fondsinvestments von insgesamt 115 Mio €. Im Geschäftsjahr 2001 wurden zwei Neuengagements in den Branchen Kfz-Zulieferer und Hydrauliksysteme sowie vier Beteiligungen an Fonds eingegangen. Im Übrigen litt das Geschäft unter der Marktschwäche, insbesondere im Bereich der Technologieunternehmen. Die DZ Equity Partner wird sich künftig auf Minderheitsbeteiligungen an mittelständischen Unternehmen im deutschsprachigen Raum mit einem positiven wachsenden Cashflow konzentrieren

und dabei eine enge Zusammenarbeit mit den Banken des genossenschaftlichen Verbundes suchen.

Die zweite Dienstleistung innerhalb des Corporate-Finance-Geschäftes der DZ BANK ist die M&A-Beratung, die von der DZ Corporate Finance GmbH angeboten wird. Die Gesellschaft ist kundenspezifischer Dienstleister für Unternehmenstransaktionen im deutschen Mittelstand und begleitet international ihre Kunden über Kooperationspartner weltweit. Besondere Branchenschwerpunkte liegen in den Bereichen Logistik, Maschinenbau, Life Science sowie Telekommunikation, Medien und Technologie. Im Geschäftsjahr 2001 hat sich die DZ Corporate Finance personell neu ausgerichtet und zahlreiche Mandate in ihren Schwerpunktbranchen akquiriert, die ein positives Ergebnis im laufenden Jahr erwarten lassen.

Structured Finance

Bei den Akquisitionsfinanzierungen war eine spürbare Zurückhaltung des Mittelstandes zu verzeichnen. Dies hatte seine wesentlichen Ursachen in den Erwartungen an die Steuerreform. Deshalb beschränkten sich die Finanzierungsvorhaben weitgehend auf die Akquisition von Konzernanteilen durch große Finanzinvestoren. Die DZ BANK konnte sich dabei in prominenter Position als Co-Lead-Arranger bei mehreren LBO-Finanzierungen etablieren. Bei den ebenfalls im Geschäftsfeld Structured Finance gemagten Projektfinanzierungen änderten sich die Interessen der Kunden. Einen deutlichen Zuwachs verzeichnete das Geschäft im Infrastrukturbereich, während die Finanzierungen im Strommarkt und im Telekommunikationssektor merklich zurückgingen. Ausschlaggebend dafür war zum einen die abwartende Haltung hinsichtlich der Entwicklung von UMTS und zum anderen die Liberalisierung und Konsolidierung der Strommärkte weltweit. Das Geschäft mit ungebundenen Finanzkrediten und strukturierten Handelsfinanzierungen veränderte sich vor allem im Hinblick auf die Nachfragemärkte. Die Syndizierungsaktivitäten bei den ungebundenen Finanzkrediten verlagerten sich von Lateinamerika, Asien und Afrika auf West- und Osteuropa. Deutlich zugenommen haben die strukturierten Handelsfinanzierungen im Zusammenhang mit der für die deutsche Energieversorgung außerordentlich wichtigen Öl- und Gasförderung in Russland.

Außenhandelsfinanzierung

In der Außenhandelsfinanzierung umfasst die Produktpalette sowohl das kurzfristige kommerzielle Auslandsgeschäft mit den Kernprodukten Akkreditive und Inkassos als auch langfristige Finanzierungsformen wie Hermes-/ECA-gedeckte Bestellerkredite.

Das Geschäft mit Exportfinanzierungen war von einem Rückgang der Hermes-Deckungen für deutsche Exporte in die Emerging Markets und dem damit verbundenen Finanzierungsbedarf geprägt. Ursache dafür war die veränderte Weltkonjunktur, insbesondere nach den Anschlägen des 11. Septembers, wodurch die regionalen Märkte stark belastet wurden. Hervorzuheben sind Finanzierungen in Algerien, Iran, Kuba, Russland, Usbekistan und Weißrussland. Der DZ BANK ist es überdies als erster deutscher Bank gelungen, ein Liefergeschäft für einen mittelständischen Exporteur nach Kuba mit Hermes-Deckung zu finanzieren. Gleiches gilt für ein Liefergeschäft auf Gegengeschäftsbasis für einen Großkunden in Weißrussland. Neue Rahmenverträge für Hermes-gedeckte Geschäfte konnten für Bulgarien, Indien, Kasachstan, Kroatien, Mexiko, Weißrussland, Thailand und Usbekistan abgeschlossen werden. Diese bilden die Basis für zukünftige Geschäftsabschlüsse.

Invest
ment
Banking

Invest
ment
Banking

Treasury

Am nationalen und internationalen Geldmarkt ist die DZ BANK ein bedeutender Marktteilnehmer, der durch die Bündelung der Geldmarktaktivitäten von DG BANK und GZ-Bank seine Position nochmals erheblich verbessern konnte. Die kurzfristigen Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken in den verschiedenen Währungen werden zentral unter Einsatz aller vorhandenen Geldmarktinstrumente gesteuert. Dabei hat auch die Nutzung von Repo-Geschäften zur Steuerung der Liquiditätsflows deutlich zugenommen. Insbesondere in den Währungen Euro und CHF konnten die Anzahl der Transaktionen und die Volumina der Repo-transaktionen im Jahresverlauf ausgeweitet werden.

Ein Multi-Currency-CP-Programm der DZ BANK Frankfurt sowie weitere Multi-Currency-CD-Programme der ausländischen Niederlassungen ergänzten im verbrieften Markt die kurzfristigen Produkte zur Liquiditätssteuerung und Geldmarktrefinanzierung der Bank. Erneut erfolgte der Absatz an internationale Investoren auf einer breiten Kundenbasis.

Im Geldhandel mit Kunden besitzt die Bank weiterhin ein Top-Rating. Das Einlagengeschäft mit institutionellen Anlegern und Firmenkunden konnte wiederum ausgeweitet werden.

Mit Blick auf die Optimierung der Konzernliquiditätssteuerung werden nunmehr neben den ausländischen Niederlassungen auch die Tochterunternehmen im In- und Ausland steuerungspolitisch integriert. Der einheitliche Ansatz kommt nicht zuletzt auch den Anstrengungen zugute, Treasury-Produkte einem breiten Anlegerkreis anbieten und dabei Standortvorteile komparativ nutzen zu können.

Eine wesentliche Aufgabe der Aktiv-Passiv-Steuerung ist das Management der zentralen Marktpreisrisiken der Bank. Der Managementansatz ist dabei produktübergreifend und portfolioorientiert.

Im Sinne einer ausgewogenen Risikodiversifizierung des Aktivgeschäftes werden verstärkt innovative Strukturen eingesetzt. Hierdurch können neben den Marktpreisrisiken gezielt auch Kreditrisiken weiter diversifiziert und granuliert werden. Mit dem Einsatz von ABS-Produkten beispielsweise verfügt die Bank über ein Instrumentarium zur professionellen Steuerung bilanzieller Risikoaktiva sowie zur Optimierung des Einsatzes von regulatorischem Eigenkapital.

Unterstützt wird dieser Ansatz durch die Weiterentwicklung des Collateral-Management-Prozesses als zusätzliches Instrument für das Management von Ausfallrisiken. Dieser Geschäftsprozess wird unter Mitwirkung der in der Prozesskette nachgelagerten Bereiche derzeit im Treasury operativ mit Nachdruck etabliert.

Die DZ BANK fungiert zur Sicherstellung ihrer Refinanzierungserfordernisse mit einer Vielzahl von Eigenemissionen als aktiver Teilnehmer am Kapitalmarkt. So wurden im Jahr 2001 annähernd 14 Mrd € über Schuldverschreibungen aufgenommen, fast 2 Mrd € davon über gedeckte Schuldverschreibungen. Das Volumen der von der DZ BANK insgesamt begebenen Kapitalmarktpapiere belief sich per Ende 2001 auf 40 Mrd €, darunter 19 Mrd € der mit AAA bewerteten gedeckten Schuldverschreibungen („DZ BANK Briefe“).

Durch die Ausstattung von Emissionen mit derivativen Elementen konnte sich die Bank weiterhin zu attraktiven Sätzen refinanzieren. Das Gros der Emissionen wurde von den Volksbanken und Raiffeisenbanken im Geschäftsgebiet der DZ BANK übernommen. Großer Nachfrage erfreuten sich dabei insbesondere die Emissionen mit Kündigungsrechten bzw. Aktienkomponenten.

Die nicht im Wettbewerb zur Einlagenbasis der Volksbanken und Raiffeisenbanken stehenden und bislang sehr erfolgreich getätigten Emissionen von strukturierten Schuldscheinen und Schuldverschreibungen für institutionelle Anleger wurden verstärkt. Dabei ist es gelungen, über innovative Produktangebote weltweit neue Investorenkreise zu erschließen und damit die eigene Refinanzierung stärker zu diversifizieren.

Die Zusammenführung der Systeme von DG BANK und GZ-Bank bedeutete für die Treasury-Einheiten Liquiditätsmanagement, Aktiv-Passiv-Steuerung und Funding eine große Herausforderung. Die Anbindung der Volksbanken und Raiffeisenbanken aus den Teilgeschäftsgebieten der Vorgängerinstitute im „Geld Information und Ordersystem“ (GIOS) wird aufgrund der Komplexität der bisher unterschiedlichen IT-Plattformen auch im laufenden Geschäftsjahr zusätzlichen Aufwand erfordern. Gut vorangekommen ist in diesem Segment die Vereinfachung der Leistungsabwicklung und die Konditionengestaltung. Ein Staffellmodell in der Kontokorrentverzinsung, das sich am EONIA-Satz und an der Einlagenhöhe ausrichtet, bietet den Bankpartnern des Verbundes deutliche Entlastung bei der Gelddisposition zu marktgerechten Konditionen.

Fixed Income

In der Geschäftssparte Fixed Income versteht sich die DZ BANK als Drehscheibe für Zins-, Devisen- und Kreditrisiken im genossenschaftlichen Verbund. Um dieser Funktion gerecht zu werden, betreut Fixed Income im Wholesalegeschäft neben Kunden aus dem Verbund auch Firmenkunden, Regionalbanken und institutionelle Kunden in Rentenprodukten, Zins-

und Kreditderivaten sowie Devisenprodukten. Fixed Income deckt alle Prozessschritte ab: vom Neuemissionsgeschäft über Strukturierung, Risikomanagement, Handel bis hin zu Consulting und Vertrieb. Die Fusion stärkt die Position der DZ BANK als eine der führenden deutschen Banken im europäischen Rentenmarkt und erlaubt es, die Prozesse im Kapitalmarktgeschäft noch effizienter zu gestalten.

Bei den klassischen Rentenprodukten Staatsanleihen, Pfandbriefe und Bankanleihen hat die DZ BANK ihre Marktposition weiter gefestigt. Sie konnte ihren Platz als Bieter für deutsche Staatsanleihen unter den ersten zehn behaupten und in Österreich sogar den dritten Rang von 23 Primary Dealern der Primary-Dealer-Liste einnehmen. Im Handel mit Jumbo-Pfandbriefen stellt die DZ BANK bei über 250 Anleihen Quotierungen als Marketmaker.

Weitere Schwerpunkte im Geschäftsjahr 2001 waren das Geschäft mit strukturierten Anleihen und strukturierten Zinsderivaten, insbesondere mit Produkten für das Zinsrisikomanagement im Rahmen der modernen Unternehmenssteuerung von Kreditgenossenschaften und mittelständischen Firmenkunden mit derivativen Zinsinstrumenten. Hinzu kommt das Geschäft mit Repos sowie mit Devisenprodukten, die um weitere Produktkombinationen und -strukturen ergänzt wurden. Diese Produkte ermöglichen den

Kunden einen gezielten und auf die jeweiligen Bedürfnisse zugeschnittenen Einsatz von Sicherungsinstrumenten.

Hervorzuheben ist dabei, dass der Marktanteil und die Kundenakzeptanz bei Firmenkunden insbesondere in Fremdwährungsprodukten deutlich ausgeweitet werden konnten. Die DZ BANK nimmt bei Fremdwährungsprodukten eine führende Position als Berater und Devisenhandelsbank deutscher Unternehmen ein. Im Vergleich zu anderen „mittelgroßen Devisenhandelsbanken“ gelang es der DZ BANK als einzigem Institut, in den vergangenen Jahren den Marktanteil auszuweiten.

Eine sehr erfreuliche Entwicklung nahm der Absatz von Bonitätsprodukten, wobei sich insbesondere die Umsätze bei Unternehmensanleihen außerordentlich gut entwickelt haben. Des Weiteren wurden mehrere Credit-Linked-Notes im Rahmen des COBOLD-Programms (**C**orporate **B**ond **L**inked **D**ebt) strukturiert, die vor allem bei den institutionellen Kunden und den Kreditgenossenschaften eine gute Resonanz fanden.

Im Geschäft mit Asset Backed Securities (ABS) setzte sich die positive Entwicklung des Vorjahres fort. Im Rahmen des **Program for Mittelstand Securitization (PROMISE)** der KfW wurden mit der

PROMISE-Z-Transaktion Mittelstandskredite der DZ BANK mit einem Volumen von 1 Mrd € synthetisch verbrieft. Neben der klassischen Verbriefung von Forderungen bietet die DZ BANK nunmehr im Rahmen des ABS-Geschäftes den Firmenkunden die Möglichkeit, Forderungen an deren Geschäftspartner über ein Conduit in Form von Commercial Papers zu verbriefen und am Kapitalmarkt zu platzieren. Ebenfalls auf positive Resonanz stießen die Strukturierung von nachrangigen Verbindlichkeiten und Eigenkapitalsurrogaten. Das Angebot richtet sich an Banken und Versicherungen.

Im Anleihe-Emissionsgeschäft behauptete die DZ BANK ihre starke Marktposition. Hervorzuheben im Segment der Unternehmensanleihen sind vor allem die beiden unter Federführung der DZ BANK als Joint-Lead-Manager begebenen „ECOSAV“- („European Cooperative and Savings Banks“-)Anleihen für Ford Motor Credit Company mit einem Gesamtvolumen von 2,75 Mrd €. Diese Emissionen fanden bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken großes Interesse, dem aufgrund des innovativen Emissionskonzeptes besonders gut Rechnung getragen werden konnte. Des Weiteren hat die DZ BANK auch Emissionen für Unternehmen wie DaimlerChrysler, Linde und weitere international tätige Unternehmen – zum Teil federführend – begleitet.

Im Markt für Jumbo-Pfandbriefemissionen deutscher Hypothekenbanken hat die DZ BANK bei starkem Wettbewerb weiterhin eine führende Position inne. Bei der Federführung von entsprechenden Emissionen nahm die Bank im Jahr 2001 den sechsten Platz in der Rennliste der „Börsen-Zeitung“ ein. Unter den renommierten Adressen, für die Federführungen großvolumiger Emissionen übernommen wurden, befinden sich unter anderen die Deutsche Genossenschaftshypothekenbank, die Münchener Hypothekenbank, die Essener Hypothekenbank und die Landwirtschaftliche Rentenbank. Auch im Markt für spanische Cédulas Hipotecarios wurden jeweils eine Benchmark-Emission für die Caja Madrid sowie eine so genannte „Cédulas Cajas“-Emission für spanische Sparkassen federführend begleitet.

Das Emissionsgeschäft im europäischen Finanzsektor wurde weiter verstärkt. Beispielhaft sind hierfür Anleihen der Bausparkasse Schwäbisch Hall, die Debütanleihe der Raiffeisen-Landesbank Niederösterreich-Wien sowie eine Emission der Caixa Económica Montepio Geral. Im Fremdwährungsbereich hat die DZ BANK erstmals eine Tschechenkronen-Euroanleihe als alleiniger Lead-Manager für die Kommunalkredit Austria AG geführt. Außerdem wurden zahlreiche Privatplatzierungen für deutsche und europäische Unternehmen sowie Banken durchgeführt.

Darüber hinaus bewies die DZ BANK ihre Platzierungskraft durch zahlreiche Beteiligungen an den Führungskonsortien bei Neuemissionen deutscher Unternehmen aus DAX und M-DAX sowie bekannter internationaler Unternehmen. Im Primärmarktgeschäft hat die Bank damit konsequent ihre Position bei der Emission von Unternehmensanleihen sowie bei Bankemissionen ausgebaut.

Equities

Das Aufgabenspektrum des Bereiches Equities reicht von der Emission neuer Aktien über sonstige Kapitalmarkttransaktionen bis hin zu den damit verbundenen Aufgaben auf der Primärseite: Dazu zählen Interbanken-Kommunikation, Syndizierung von Equity-Transaktionen, Durchführung des Bookbuilding, Kundenberatung nach dem Börsengang und die Betreuung aller politischen Kapitalmarktmandate sowie wertpapierbezogene Verbund- und Börsenmandate. Zudem werden Unternehmen bewertet sowie Due Diligences durchgeführt. Auf der Sekundärmarktseite werden Aktien und Aktienderivate gehandelt, Optionsscheine und andere derivative Produkte emittiert, Risiko- und Banklimate gesteuert, Marketing und Sales für Equity-Wholesale-Produkte, Designated Sponsoring, Eigen-

handel mit Aktien des Neuen Marktes betrieben. Sales und Brokerage (u. a. Aktiensales, Handel mit Termin- und Kassaprodukten) runden schließlich das Angebotsspektrum ab.

Aufgrund der starken Kurseinbrüche an den Weltbörsen haben auch in Deutschland die Börsenbewertungen der Unternehmen in allen Sektoren stark nachgegeben. Das führte wiederum zu einem starken Rückgang des Emissionsgeschäftes der DZ BANK. Neuemissionen und Kapitalerhöhungen waren davon gleichermaßen betroffen. Im Jahr 2001 führten insgesamt 22 Unternehmen den Bör-

sengang durch: elf davon im Neuen Markt, drei im SMAX, vier im Amtlichen Handel und vier im Geregeltten Markt. Von diesen IPOs hat die DZ BANK zwei Neuemissionen (W.O.M. World of Medicine AG und LS Telcom AG) als Lead-Manager begleitet. Zusätzlich war die DZ BANK Konsortialmitglied bei den Börseneinführungen der Deutschen Börse AG und der Fraport AG. Bei den Kapitalerhöhungen DEAG und Südzucker war sie als Joint-Lead-Manager bzw. als Konsorte vertreten. Weiterhin platzierte die DZ BANK gemeinsam als Joint-Lead-Manager mit UBS Warburg einen Blocktrade von über 3.541.000 Aktien der Deutschen Börse AG und im Accelerated-Bookbuilding-Verfahren Syskoplan-Aktien aus dem Altaktionärsbesitz im alleinigen Bookrunning.

Erstmals wurden auch Aktienrückkaufprogramme und Aktienumplatzierungen durchgeführt. Ferner war die DZ BANK im Segment der Equity-Linked-Produkte bei der Platzierung des 250-Mio-€-Exchangeable-Bond von Haniel & Cie GmbH, umtauschbar in Gehe-Aktien, im Konsortium als Co-Lead-Manager vertreten. Außerdem wurde Spar bei ihrem öffentlichen Übernahmeangebot begleitet.

Asset
Management
Private
Banking

Asset
Management
Private
Banking

Asset Management im Verbund

Die Kombination von Bankdienstleistungen, Versicherungsangeboten und Vermögensverwaltung hat im genossenschaftlichen Verbund eine große Tradition. Durch die Fusion der DG BANK und der GZ-Bank mit ihren maßgeblichen Beteiligungen an Spezialinstituten ist eine Konzernplattform entstanden, die eine noch intensivere Zusammenarbeit der genossenschaftlichen Dienstleister, besonders im Asset Management/Private Banking, ermöglicht. Dies bietet in der Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken eine hervorragende Voraussetzung zur Entwicklung erstklassiger Produkte und effizienter Vertriebskonzepte zugunsten einer angemessenen Positionierung des Verbundes in allen Segmenten des Wachstumsmarktes der Vermögensanlage.

Produkt- und Vertriebssteuerung

Kernaktivitäten im neuen Produkt- und Vertriebsmanagement sind die Entwicklung und der Vertrieb von Asset-Management- und Retail-Produkten. Für die Hauptkundengruppe der DZ BANK, die Volksbanken und Raiffeisenbanken, werden die Vertriebsaktivitäten für alle Depot-B-Produkte gebündelt. Ergänzend dazu werden die Genossenschaftsbanken durch Consultingmaßnahmen unterstützt. Im Rahmen ihrer Vertriebsaktivitäten gegenüber institutionellen Anlegern

bietet die DZ BANK zudem Institutionellen Kunden im Inland und im europäischen Ausland maßgeschneiderte Problemlösungen für aktiv gemanagte Kapitalanlagen in allen Asset-Klassen an.

Die DZ BANK agiert sowohl als Intermediär als auch als Produktentwickler und -lieferant. Sie strukturiert und kombiniert ihre Asset-Management-Produkte den kundenspezifischen Anforderungen entsprechend und entwickelt Konzepte und Produkte für die betriebliche und private Altersvorsorge in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Verbundunternehmen.

Auf der Kapitalanlagenseite von Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie Institutionellen Kunden werden vermehrt so genannte Kreditsatzprodukte als Alternative zum Kreditgeschäft oder zur Verbesserung der Kapitalerträge gesucht. Dies spiegelt sich wider im Vertriebs- und Absatzerfolg der beiden Eigenanlagensfonds „ABS Invest“ und „Global Corp. Invest“, die gemeinsam mit der Union Investment entwickelt und aufgelegt wurden. Das Fondsvolumen betrug zum Jahresende für den „ABS Invest“ seit Auflegung im April 2001 rund 250 Mio € und für den „Global Corp. Invest“ seit Auflegung im November 2001 rund 240 Mio €.

Auf eine hohe Resonanz bei den Volksbanken und Raiffeisenbanken stoßen auch die 2001 erstmals angebotenen White-Label-Zertifikate. Diese Zertifi-

kate werden zwar von der DZ BANK aufgelegt, die Vermarktung erfolgt jedoch unter dem Namen der jeweiligen Volksbank oder Raiffeisenbank sowie einzelner Regionen.

Neben Produktentwicklung und Vertrieb von Asset-Management- und Retail-Produkten ist der Bereich Produkt- und Vertriebsmanagement auch für die Koordination von Private-Banking- und Asset-Management-Aktivitäten im DZ BANK-Konzern verantwortlich.

Im Berichtsjahr wurde ein Konzept zur Neustrukturierung der Private-Banking-Aktivitäten der DZ BANK-Gruppe erarbeitet, dessen Umsetzung im ersten Halbjahr 2002 erfolgt. Ziel ist es, den Volksbanken und Raiffeisenbanken ein wettbewerbsstarkes Produkt- und Dienstleistungsangebot für ihre Endkunden zur Verfügung zu stellen und sie bei der aktiven Marktbearbeitung zu unterstützen. Durch Bündelung der Ressourcen im Vertrieb und Zentralisierung von Teilprozessen in der Produktion werden Effizienzpotenziale gehoben sowie Doppelarbeiten vermieden.

Im Mittelpunkt des neuen Angebotes steht mit dem Produkt PPS Private Portfolio Strategie eine Vermögensverwaltung für Volksbanken und Raiffeisenbanken ohne zusätzliche Investitionen oder

Bindung personeller Ressourcen aufseiten der Banken. Der Endkunde wird exklusiv durch die Volksbanken und Raiffeisenbanken betreut, Konto sowie Depot werden vor Ort geführt. Das Vermögensmanagement und das Back Office hingegen werden von der DZ BANK-Gruppe übernommen. Als Kooperationspartner steht hierfür die DZ BANK International S.A. in Luxemburg zur Verfügung.

Spezielle Private-Banking-Lösungen runden das Angebot ab. Für Kunden, die Wert auf das exklusive Image des Private-Banking-Standortes Schweiz legen, steht den Volksbanken und Raiffeisenbanken als Kooperationspartner die cosba private banking ag in Zürich zur Verfügung. Für hoch vermögende Privatkunden mit komplexen Vermögensstrukturen, die eine umfassende und individuelle Finanzplanung sowie eine exklusive Betreuung suchen, bietet die künftige DZ Capital Management GmbH in Frankfurt umfassende Leistungen an.

Die Vertriebsaktivitäten der einzelnen Kooperationspartner der DZ BANK-Gruppe sind in der neuen Struktur in der DZ Private Banking Vertriebsgesellschaft gebündelt. Diese ist zentraler Ansprechpartner für das Private-Banking-Gesamtangebot. Die Private-Banking- und kundenerfahrenen Mitarbeiter der Gesellschaft unterstützen die Volksbanken und Raiffeisen-

banken bei Planung und Umsetzung ihres Marktantrittes und stellen den Kontakt zu den Kooperationspartnern her.

Kundennähe, Kompetenz in Beratung und Betreuung in einem arbeitsteiligen Prozess mit Expertise im Research und Portfolio Management sind das gemeinsame Erfolgsrezept der Private-Banking-Partnerschaft zwischen der DZ BANK-Gruppe und den Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Die Aktivitäten im Bereich geschlossene Fonds wurden ebenfalls gebündelt. Gemeinsam mit der WGZ-Bank erfolgt die Marktbearbeitung zukünftig durch die GVA Geno-Vermögens-Anlage Gesellschaft als Kompetenzzentrum des gesamten genossenschaftlichen Finanzverbundes.

Sales & Brokerage

Im Mittelpunkt des Aufgabenspektrums von Sales & Brokerage steht die Absicherung und Weiterentwicklung der genossenschaftlichen Retailplatzierungskraft und -qualität mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken als Kernkundenzielgruppe. Dies beinhaltet insbesondere die Bereitstellung von retailspezifischen Produkten und Dienstleistungen in den Bereichen Wertpapiere, Derivate sowie Sorten und Edelmetalle. Außerdem werden kapitalmarktnahe Sales-Aktivitäten mit dem Schwerpunkt auf den im Wertpapiergeschäft aktiven Genossenschaftsbanken betrieben und der Auf- und Aus-

bau effizienter Vertriebskanäle (in Form von digitalen und traditionellen Vertriebswegen) wird forciert.

Schwerpunkte bestanden 2001 im Projekt GENO-Broker, das mit seinen Modulen Depotanalyse und Research 240 inzwischen angeschlossenen Banken ein umfassendes und aktuelles Beratungsangebot für ihre Privatkunden bereitstellt, sowie in der Komplettierung des Internet Brokerage, das mittlerweile 80 Prozent der betreuten Volksbanken und Raiffeisenbanken nutzen. An der Gestaltung und Markteinführung des Fondsabwicklungssystems INVESTRO sowie an der Umsetzung des Projektes „Market Making mit Exchange Traded Funds“ hat die DZ BANK – in enger Zusammenarbeit mit der Union Investment – maßgeblich mitgewirkt. 2001 konnte zudem ein entscheidender Schritt hin zur Implementierung einer europäischen Retailplattform durch die Weiterentwicklung von Online-Schnittstellen getan werden.

Im Zuge der Fusion wurden bereits im vierten Quartal 2001 erste Retail-Aktivitäten zusammengeführt. Hierzu zählen die Vereinheitlichung des Offertenangebotes in Zinsprodukten sowie die Konzentration des Eurex- und des Aktien-Retailhandels Ausland an jeweils einem Standort. Die Zielvorgabe, einen zentralen Ansprechpartner pro Produkt zu

etablieren, konnte hier noch vor der Migration erreicht werden. Darüber hinaus wurde ein neues Leistungs- und Preismodell entwickelt. Im Vordergrund der Konditionenanpassung stand dabei die Bonifizierung der Online-Orders zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Volksbanken und Raiffeisenbanken im Direct Brokerage.

Dem Bereich Sales & Brokerage fällt zusätzlich die Aufgabe des Prozess- und Informationsmanagements für das Geschäftsfeld Asset Management/Private Banking zu. Im Fokus dieser Tätigkeiten steht die Umwandlung der Plattformstrategie des Geschäftsfeldes in direkten Kundennutzen.

Research

Die Research-Kapazitäten beider Vorgängerinstitute der DZ BANK wurden im neuen Bereich Research und Volkswirtschaft gebündelt. Die Volkswirtschaftliche Abteilung trug vor allem mit Studien zu praxisbezogenen Themen wie Basel II, Euro-Finanzmarktstrukturen und Riester-Rente zur internen Meinungsbildung und externen Positionierung der Bank bei. Diese Studien wie auch die beiden Mittelstandsumfragen mit den Sonderthemen „Basel II“ und „Fachkräfte-

mangel“ fanden großen Anklang in den Medien. In Anbetracht der Anforderungen, die Basel II künftig an die Risiko-steuerungssysteme der Banken stellt, wurde in einer unabhängigen Untersuchung aller Ratingsysteme im genossenschaftlichen Verbund das Rating der Volkswirtschaftlichen Abteilung für das Segment Länderrisiko als der am besten geeignete Ansatz für eine verbundübergreifende Weiterentwicklung bestimmt. Weiterentwickelt wurde auch das Brancheninformationssystem der DZ BANK, das mittlerweile ein Rating für mehrere Hundert deutsche Branchen enthält und an zahlreiche Volksbanken und Raiffeisenbanken vertrieben wird.

Im Rentenresearch wurde im Berichtsjahr erstmals eine Masterliste für Corporate Bonds eingeführt, welche die Kunden der DZ BANK regelmäßig und aktuell über geänderte Bonitätseinschätzungen von rund 100 Unternehmensschuldern auf Basis des Cresta-Score-Ansatzes informiert. Eine vergleichbare Liste für Bank-emittenten erscheint seit Jahresanfang 2002. Zudem wurde ein neuer Cresta-Score-Ansatz zur Bewertung von Gebietskörperschaften entwickelt. Cresta Score ist ein anerkanntes Scoring-Verfahren für das Rating von Unternehmen (insbesondere des Mittelstandes), Institutionen und Gebietskörperschaften. Darüber hinaus wurde die Geldmarktanalyse ausgebaut, die zukünftig die Volksbanken und Raiffeisenbanken bei ihrem strategischen Liquiditätsmanagement unterstützen wird.

Besonderes Gewicht wurde auf die Verbesserung der Aktienanalyse für die Anlageberatung des genossenschaftlichen Verbundes gelegt. Das Research-Portfolio der DZ BANK umfasst derzeit knapp 400 Titel, darunter eine wachsende Anzahl internationaler Werte. Das Aktienresearch erstellte für die Kunden der DZ BANK eine Vielzahl von Unternehmens- und Branchenstudien, in denen sich die hohe Expertise der Analysten im Bereich der deutschen Small- und Mid-caps dokumentiert.

Das Portfolioresearch unterstützte die Volksbanken und Raiffeisenbanken auch im vergangenen Jahr bei der strukturierten Anlageberatung in Form von Strategiedepots und Aktienkorbzertifikaten. Die im Jahr 2000 vom Research neu entwickelten Strategiedepots, welche die Kreditgenossenschaften den unterschiedlichen Risikoneigungen und Wertpapiervermögen der Privatanleger entsprechend einsetzen können, werden inzwischen bundesweit von rund 80 Prozent der Banken genutzt. Mit den STARS-Aktienkörben, die auf einer fundierten Einzelwertselektion und einer rendite-/risiko-optimierten Anlagestrategie basieren, bietet die DZ BANK attraktive Anlagevarianten.

Trans
aktionen
und
Services

Trans
aktionen
und
Services

Informatik und Organisation

Eine große Herausforderung bestand im Verlauf der Fusion vor allem darin, die rasche Integration der unterschiedlichen DV-Systeme der Vorgängerinstitute bereits ab Mitte 2001 in die Wege zu leiten und parallel die technische Fusion der Alt-GZ-Bank sowie die Europrojekte zum Jahresende 2001 abzuschließen.

Die IT-Strategie der neuen DZ BANK basiert dabei auf dem Einsatz von Standardsoftware, wo immer dies wirtschaftlich sinnvoll ist.

Vor diesem Hintergrund ist die bereits vorliegende SAP-Migrationsplanung zu sehen, die eine Ablösung des Zentralbank-Informationssystems (ZIS) durch SAP-Banking-Module in den Kernbank- sowie den Unternehmenssteuerungsfunktionen vorsieht. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit SAP ist auch geplant, in den Themenbereichen Basel II und IAS sowie in der Sicherheitenverwaltung weitere Pilotpartnerschaften gemeinsam mit mehreren Landesbanken einzugehen. Die erste erfolgreiche SAP-Migration wurde zum Jahreswechsel 2001/2002 in den Personalmanagement-Systemen durchgeführt.

Auch im Bereich der Handels- und Abwicklungssysteme erfolgt die konsequente Migration auf moderne integrierte Client-Server-Systeme.

Die Zusammenführung der Zahlungssysteme gestaltet sich aufgrund der durch die langjährige Kooperation der Vorgängerinstitute im Rahmen von ODIN gelegten einheitlichen IT-Basis als einfach.

Im Bereich E-Business war es notwendig, einheitliche Inter-, Intra- und Extranet-Präsenzen auf Basis einer neuen Technologie zu schaffen. Im Vorfeld der rechtlichen Verschmelzung beider Vorgängerinstitute wurde der neue Internetauftritt in einem gemeinsamen Projektteam konzipiert und realisiert; die Planungen und Arbeiten für das Extranet und Intranet folgten direkt im Anschluss. Auch der Internetauftritt wurde inhaltlich und strukturell vollständig neu gestaltet, um allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gleichermaßen Zugang zu gewährleisten.

Eine besondere Aufgabe war die Optimierung der Informationsversorgung der Volksbanken und Raiffeisenbanken über einen exklusiven Zugang zu den Angeboten der Bank. Dazu werden die bestehenden Extranets (Infoservice und infoNET) durch ein neues System abgelöst, das die Zielgruppen und Inhalte beider bisherigen Services kombiniert. Hierbei wird mit dem neuen Extranet der Portalcharakter

dieses Mediums von Beginn an im Vordergrund stehen. Für die Mitarbeiter der Volksbanken und Raiffeisenbanken entsteht somit ein zentraler Zugang zu den Leistungen der DZ BANK. Schrittweise wird nach dem Start des neuen DZ-Portals die Funktionalität erweitert und durch Personalisierung die Informationsversorgung und die Geschäftsanbahnung sowie der Geschäftsabschluss zwischen den Mitarbeitern in den Volksbanken und Raiffeisenbanken mit ihrer Zentralbank optimiert und integriert. Durch die Ergänzung um zusätzliche, auf die Zielgruppen der DZ BANK abgestimmte Leistungen wird das Angebot sukzessive im laufenden Jahr 2002 vervollständigt.

Zahlungssysteme

Im Vordergrund der Aktivitäten der Geschäftssparte Zahlungssysteme standen die Vorbereitungen aller Produkte und Verfahren des Bereiches Zahlungssysteme auf die Euromstellung zum 1. 1. 2002. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere die Verbindungen zu ausländischen Kunden und Banken überprüft, um einerseits bereits vor dem Wechsel die auf Inlands-Währungen laufenden Konten zu reduzieren und andererseits im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung von zentralen Abrechnungs-/Clearingsystemen die Anzahl der Korrespondenzbankverbindungen abzubauen.

Im Rahmen des Projektes „ZahlungsverkehrService (ZVS)“ arbeitet die DZ BANK an der Realisierung einer neuen integrierten Abwicklung des Zahlungsverkehrs für den inländischen und grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr: Die Entwicklung erfolgt im Rahmen eines Stufenkonzeptes und sieht in der ersten Phase die Realisierung der Abwicklung des Inlands-Massenzahlungsverkehrs vor. Der Produktiveinsatz hierzu ist für Anfang 2003 geplant. In weiteren Stufen ist die kurzfristige Erweiterung der Anwendung für die Abwicklung des Individual- und Großbetragszahlungsverkehrs sowie für den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr vorgesehen. Insbesondere durch die integrierte Abwicklung des Inlands- und Auslands-Zahlungsverkehrs, die Modularität, Plattform- und Formatunabhängigkeit dieses Systems sichert die DZ BANK nicht zuletzt auch den Volksbanken und Raiffeisenbanken eine markt- bzw. zukunftsorientierte Zahlungsverkehrsabwicklung.

Die Einführung der VR-NETWORLD-Software für Privatkunden war ein Schritt zur Vereinheitlichung des Produktportfolios im Verbund und versetzte die Volksbanken und Raiffeisenbanken in die Lage, mit Produkten, die sich auf neuestem technischen Stand befinden, alle Kundengruppen zielgruppen- und marktgerecht bedienen zu können. Ebenso wurde mit der Einführung des „Eurocard- und VISA-Kartendoppels“ ein wichtiger Baustein zur Abrundung der Kartenaktivitäten fertiggestellt.

Mit dem Wegfall des Rabattgesetzes stieg das Interesse am DZ BANK-Angebot GeldKarte plus als einem Instrument zur Kundenbindung. Daraufhin wurden zusätzliche Aktivitäten vorbereitet, die den verstärkten Einsatz dieses Produktes im Jahr 2002 vorsehen, so zum Beispiel die Planung eines bundesweiten City-Card-Kongresses.

Der Bereich Zahlungssysteme registrierte außerdem eine signifikante Steigerung des Transaktionsvolumens auf allen Gebieten des inländischen und ausländischen Zahlungsverkehrs. Nachdem infolge

der Fusion von DG BANK und GZ-Bank in der DZ BANK ein Zahlungsverkehrsbereich entstanden ist, der als Dienstleister für die Volksbanken und Raiffeisenbanken und andere Kunden mit 17 Prozent Marktanteil in Deutschland und 5 Prozent Marktanteil in Europa über eine nachhaltige Marktposition verfügt, sind potenzielle Partner an die Bank herangetreten, um Kooperationsmöglichkeiten zu sondieren. Die DZ BANK nutzt dies, um in einem Umfeld, das von branchenweiten Anpassungsnotwendigkeiten in der Bepreisung von Dienstleistungen des nationalen und grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs sowie dem wachsenden Kostendruck in den entsprechenden Geschäftssparten geprägt ist, Handlungsalternativen zum Ausbau ihrer starken Marktposition zu prüfen.

Die Zusammenführung von DG BANK und GZ-Bank hat auch für die erforderliche Optimierung im Geschäftsfeld rund um die Immobilie verbesserte Voraussetzungen geschaffen. Dies ist vor dem Hintergrund des verschärften Wettbewerbs-, Margen- und Kostendruckes bei allen Baufinanzierern auf der einen und gestiegenen Kundenansprüchen auf der anderen Seite eine vordringliche Aufgabe. In einem ersten Schritt zur Bündelung der Kräfte im genossenschaftlichen Finanzgeschäftsfeld Immobilie beabsichtigt die DZ BANK, ihre Anteile an der Bausparkasse Schwäbisch Hall und an der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank (DG HYP) in eine Immobilien-Holding einzubringen. Die Holding soll als neues strategisches Band um Schwäbisch Hall sowie DG HYP und VR Kreditwerk AG als gemeinsame Tochtergesellschaft gebildet werden. Die beiden anderen genossenschaftlichen Hypothekenbanken, die Münchener Hypothekenbank und die Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, sind eingeladen, die Bündelung der Kräfte abzurunden. Gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken wäre dies eine der größten Finanzdienstleistungsgruppen für die private Immobilienfinanzierung in Deutschland.

In Verbindung mit einem einheitlichen, stringenten Support für die Genossenschaftsbanken soll die Marktausschöpfung des Verbundes bei der privaten Immobilienfinanzierung verbessert werden. Die Stärken und die Investitionskraft der

Bausparkasse, der Hypothekenbank und des Kreditwerkes werden kombiniert. Einen Schub wird auch das Geschäftsfeld der gewerblichen Immobilienfinanzierung erhalten durch die Zusammenlegung dieses Geschäftsfeldes bei der DG HYP auch im Rahmen des Meta-Geschäftes mit den Genossenschaftsbanken. Höhere Bedeutung kann darüber hinaus das Kapitalmarktgeschäft rund um die Immobilienfinanzierung gewinnen, einschließlich des Refinanzierungs- und Portfoliogeschäftes. Von der neuen Immobilieneinheit werden nicht nur die beteiligten Unternehmen profitieren, sondern vor allem die Genossenschaftsbanken und deren Kunden.

Bausparkasse Schwäbisch Hall

Die Bausparkasse Schwäbisch Hall erzielte im Geschäftsjahr 2001 europaweit Zuwächse im Bauspargeschäft und einen neuen Zuteilungsrekord in Deutschland. Darüber hinaus konnten im Ausland erstmals mehr Bausparverträge abgeschlossen werden als im Inland. Schwäbisch Hall sieht die vor rund drei Jahren eingeleitete strategische Neuausrichtung der Unternehmensgruppe in den Kerngeschäftsfeldern Bausparen, Baufinanzierung und Vertrieb bestätigt.

Im Bausparneugeschäft verzeichnete Schwäbisch Hall für 2001 europaweit mit 1,8 Mio Verträgen und einem Zuwachs von rund zehn Prozent eine neue Höchstmarke. In Deutschland wurden gemeinsam mit den genossenschaftlichen Ban-

ken 892.000 Verträge über eine Bausparsumme von 20,7 Mrd € abgeschlossen; das ist ein Plus von 3,2 Prozent. Eingelöst wurden 861.000 Verträge über 19,5 Mrd € (plus 4,6 Prozent). Der Marktanteil stieg von 25,4 auf 25,8 Prozent. Damit bauten Schwäbisch Hall und der genossenschaftliche FinanzVerbund ihre führende Marktposition im Bausparen weiter aus.

Zum 31. 12. 2001 hatten die über sechs Millionen Kunden rund 7,2 Mio Bausparverträge mit 162 Mrd € beim Branchenführer (plus 2,7 Prozent). Mit 533.000 zuteilten Verträgen über 10,3 Mrd € (plus 1,1 Prozent) erzielte Schwäbisch Hall einen neuen Zuteilungsrekord. 215.000 Häuser, Wohnungen, Umbauten und Modernisierungsmaßnahmen wurden mitfinanziert. Die Bauspareinlagen betrugen zum 31. 12. 2001 24,4 Mrd €, der Bestand an Baudarlehen belief sich auf 20,6 Mrd €, die Bilanzsumme erreichte 32,4 Mrd €.

Im Rahmen der ausgebauten Vertriebskooperationen hat 2001 der mobile Schwäbisch Hall-Vertrieb für die Kreditgenossenschaften rund 65.400 Bankprodukte und Baufinanzierungen über ein Volumen von 1,8 Mrd. € verkauft (plus 28,6 Prozent).

Das Bausparneugeschäft der Schwäbisch Hall-Beteiligungsgesellschaften im Ausland erlebte 2001 mit einer Steigerung der abgesetzten Verträge um über 20 Pro-

zent ein Boomjahr. Insgesamt zählen die Bausparkasse Schwäbisch Hall und ihre ausländischen Beteiligungsunternehmen europaweit 8,2 Mio Kunden mit 10,1 Mio Verträgen über 181 Mrd €.

Der 1999 eingeleitete Prozess der strategischen Neuausrichtung von Schwäbisch Hall wird 2002 konsequent fortgesetzt. Er hat zum Ziel, über verstärkte Marktausschöpfung zu mehr Wertschaffung für die genossenschaftlichen Banken und Schwäbisch Hall aus dem Potenzial von 30 Millionen genossenschaftlichen Kunden beizutragen. Das Unternehmen entwickelt sich damit weiter zum partnerschaftlichen Finanzdienstleister für Bausparen, Baufinanzierung und Cross Selling. Rund 60 Prozent der Genossenschaftsbanken arbeiten zwischenzeitlich auf der Basis einer erweiterten Vertriebsvereinbarung mit Schwäbisch Hall zusammen.

Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank

Die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG (DG HYP) konnte im Geschäftsjahr 2001 entgegen dem Branchentrend (-1,8 Prozent) das Zuzugvolumen der Immobilienkredite um 29,5 Prozent steigern. Damit baute die DG HYP ihren Marktanteil im Wohnungsbau unter den deutschen Hypotheken-

banken von 6,5 Prozent auf 9 Prozent aus. Bei nahezu unverändertem Gesamtbestand des Kreditgeschäftes mit einem Volumen in Höhe von 66,1 Mrd € (-0,1 Prozent) verzeichnet die DG HYP-Gruppe (einschließlich der Schleswig-Holsteinische Landschaft Hypothekenbank) eine um 2,7 Prozent (1,9 Mrd €) auf 72,5 Mrd € gewachsene Bilanzsumme. Im Vergleich zum Vorjahr wurden in dem derzeit stagnierenden Markt die Immobilienkreditzusagen um 29,5 Prozent auf 2,4 Mrd € erhöht. Davon entfielen rund 1,8 Mrd € auf den Wohnungsbau, knapp 0,5 Mrd € auf gewerbliche Finanzierungen und 0,1 Mrd € auf das Agrarkreditgeschäft. In einem Marktumfeld, das weiterhin von einem engen Konditionenwettbewerb gekennzeichnet ist, erzielte das gewerbliche Investorenkreditgeschäft ein Plus im Neugeschäft von 42,9 Prozent. Darin spiegelt sich auch die Übernahme des Geschäftsfeldes „Gewerbliche Immobilienfinanzierung“ mit 44 Mitarbeitern per 1. 12. 2001 der DZ BANK AG wider.

In der DG HYP-Gruppe wurden Staatsfinanzierungen in Höhe von 6,9 Mrd € zugesagt. Im Verhältnis zu den Zusagen des Vorjahres mit 11,5 Mrd € betrug der Rückgang 40,4 Prozent. Das Staatsfinanzierungsgeschäft verteilte sich im Berichtsjahr mit 1 Mrd € auf Schuldscheinkredite, 4,7 Mrd € auf Anleihen und mit 1,2 Mrd € (Vorjahr: 3,3 Mrd €) auf das originäre Geschäft mit den Kommunen.

Der Bestand an Staatsfinanzierungen betrug per Jahresende 41,3 Mrd €. Da das Neugeschäft die Fälligkeiten nicht vollständig ersetzen konnte, reduzierte sich der Bestand um 2,8 Prozent oder 1,2 Mrd €.

VR Kreditwerk

Die VR Kreditwerk AG konzentriert sich als gemeinsames Tochterunternehmen der Bausparkasse Schwäbisch Hall und der DG HYP auf die Kerngeschäftsfelder Processing und Informationstechnologie. Beide Muttergesellschaften setzen somit die Verbundstrategie aktiv um und bündeln im Kreditwerk die Bearbeitung der Geschäfte „rund um die Immobilie“. Zurzeit werden etwa 9 Millionen Verträge vom Kreditwerk gemanagt. Die Strategie, Processing- und IT-Dienstleistungen nicht nur für die Bausparkasse Schwäbisch Hall und die DG HYP anzubieten, sondern auch für andere Unternehmen, zeigt erste Erfolge: Die Anzahl der Klienten stieg bis zum 31. 12. 2001 auf 22. Mit dem Softwarepaket „RUDI“ (Rund um die Immobilie) wird es den Genossenschaftsbanken ermöglicht, sich noch stärker auf die Marktaktivitäten zu konzentrieren und Back-Office-Tätigkeiten zu attraktiven Preisen auf das Kreditwerk zu verlagern.

R+V Versicherung

Die R+V Versicherung ist der zentrale Versicherer des genossenschaftlichen Finanzverbundes und gleichzeitig der größte Bankenversicherer in Deutschland. Sie ergänzt das Finanzdienstleistungsangebot der Genossenschaftsorganisation mit modernen und bedarfsgerechten Versicherungslösungen.

Ihren mehr als fünf Millionen Kunden mit rund 15 Millionen Versicherungsverträgen bietet die R+V fast alle bekannten Versicherungsarten an. In den meisten Sparten gehört sie zu den führenden Anbietern am deutschen Markt. Als Universalversicherer bietet die R+V nicht nur Privatkunden, sondern auch Unternehmen aus Industrie, Handel, Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft spezielle Problemlösungen an.

Über die rund 15.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken ist die R+V Versicherung flächendeckend in Deutschland präsent. Insgesamt stehen rund 4.200 R+V-Außendienstmitarbeiter einschließlich erfahrener Fachleute für die Industrie- und Firmenberatung zur Verfügung.

Die R+V Versicherung ist über Tochtergesellschaften, Beteiligungen, Niederlassungen und Repräsentanzen in zahlreichen europäischen Ländern vertreten. So kann sie ihren deutschen Kunden auch über die Grenzen Deutschlands

hinaus internationalen Versicherungsschutz und den bewährten Leistungsstandard bieten.

Die R+V Versicherung konnte auch im Geschäftsjahr 2001 wieder Marktanteile gewinnen und ihre Position unter den größten Versicherungsunternehmen Deutschlands behaupten. Mit einem Beitragsvolumen von 6,3 Mrd € (R+V Gruppe: 6,5 Mrd €) und einem Kapitalanlagenbestand von mehr als 30 Mrd € ist die R+V ein weit über den Finanzverbund hinausragender Marktfaktor in der Vermögens- und Vorsorgebranche.

Die anhaltende politische Diskussion um die gesetzliche Rentenversicherung hat im Geschäftsjahr 2001 die Privatvorsorge in den Mittelpunkt gerückt. Das schlug sich auch im Neugeschäft der R+V Lebensversicherungsgesellschaften nieder, das sich um mehr als 12 Prozent gesteigert hat. Sprunghaft angestiegen ist das Neugeschäft bei den Berufs- und Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherungen als Folge der per Gesetz deutlich eingeschränkten staatlichen Erwerbsminderungsrenten.

Erneut Marktanteile hinzugewinnen konnten die inländischen Kompositversicherer der R+V. Wachstumsträger war hier vor allem das Kraftfahrtgeschäft, das überdurchschnittlich um mehr als sieben Prozent wuchs.

Im Jahr 2002 erwartet die R+V Versicherung insbesondere in der Lebensversicherung Wachstumsimpulse durch die be-

ginnende Riester-Förderung und die neuen gesetzlichen Bestimmungen zur betrieblichen Altersvorsorge (bAV). Mit Compertis, der gemeinsam mit der Union Investment gegründeten Beratungsgesellschaft für betriebliches Vorsorge-Management, sieht sich die R+V Versicherung gut gerüstet für die neuen Anforderungen des bAV-Marktes.

Union-Investment-Gruppe

1956 gegründet, ist die Union-Investment-Gruppe heute die drittgrößte deutsche Investmentgruppe mit einem Fondsvermögen von rund 100 Mrd € per Ende Dezember 2001. Union Investment verwaltet Publikumsfonds mit einem Volumen von rund 70 Mrd € sowie rund 30 Mrd € in Spezialfonds. Mit Nettomittelzuflüssen von 10,7 Mrd € belegte Union Investment beim Absatz von Publikumsfonds im Jahr 2001 bundesweit Platz 1. Die breite Publikumsfondspalette umfasst Aktien-, Renten-, Geldmarkt- und gemischte Wertpapier- und Immobilienfonds sowie offene Immobilienfonds. Zum Ende Dezember 2001 erreichte der Marktanteil im Wertpapier-Publikumsfondsgeschäft 16,6 Prozent, im Immobilien-Publikumsfondsgeschäft sogar 17,5 Prozent.

Neben Investmentfonds bietet die Union-Investment-Gruppe auch Depotdienstleistungen an, die über dreieinhalb Millionen Anleger europaweit nutzen. Sitz der Union-Investment-Gruppe mit ihren mehr als 1.800 Mitarbeitern ist

Frankfurt am Main. Darüber hinaus befinden sich Tochtergesellschaften und eigene Niederlassungen in Hamburg sowie außerhalb Deutschlands in Luxemburg, Zürich, Madrid, Mailand, Warschau und Budapest. Die Union-Investment-Gruppe setzte im vergangenen Jahr die BVR-Strategie „Bündelung der Kräfte“ konsequent um. So wurden die Deutsche Immobilien Fonds AG (DIFA) für das Immobilien-Publikumsfondsgeschäft sowie die Spezialfondsgesellschaft DEVIF Deutsche Gesellschaft für Investment-Fonds GmbH (seit 23. 1. 2002: Union Investment Institutional GmbH) in die Gruppe integriert. Darüber hinaus zählt seit Dezember 2001 die vor über 25 Jahren gegründete DEFO Deutsche Fonds für Immobilienvermögen GmbH zur Union-Investment-Gruppe. Sie betreut institutionelle Mandate im Immobilien-Spezialfondsgeschäft.

Die neue Struktur erlaubt dem FinanzVerbund, Synergiepotenziale im Asset Management bestmöglich auszuschöpfen. Eine Reihe von qualitativen Synergien ergeben sich für die genossenschaftlichen Partner im einheitlichen Marktauftritt der Gruppe. Dazu gehören ein größeres Leistungsangebot – neben Wertpapier-Publikumsfonds nun auch Immobilienfonds und Spezialfonds – ebenso wie eine noch intensivere Betreuung und eine einheitliche Vertriebsunterstützung für die Partner.

Über die stärker vertriebsorientierte Unternehmensstruktur hinaus unterstützt die Union-Investment-Gruppe die genossenschaftlichen Partner mit marktgerechten Produktinnovationen. So stellt die Gruppe mit der UniProfiRente eines der wenigen riesterfähigen Fondsprodukte am deutschen Markt zur Verfügung. Gemeinsam mit der Bausparkasse Schwäbisch Hall wird die UniProfiRente im Kombiprodukt 4P bereits seit dem Herbst 2001 vermarktet.

Die heftigen Kursrückschläge im Jahr 2001 hinterließen auch bei den Aktienfonds der Union Investment Spuren. Gleichwohl bleibt der längerfristige Ausblick für Aktienanlagen positiv. Dies bestätigt der weltweit in Aktien anlegende UniGlobal, der in den letzten fünf Jahren eine durchschnittliche Wertsteigerung von 17,8 Prozent pro Jahr erzielte.

Die Märkte für festverzinsliche Wertpapiere boten hingegen ein sehr erfreuliches Bild. Zudem war das Sicherheitsbedürfnis der Anleger infolge der Rückschläge an den Aktienmärkten und der schwächeren Konjunktur deutlich gestiegen. Vor diesem Hintergrund erlebten die Immobilien- und Rentenfonds der Union Investment einen starken Nachfrageschub und glänzten zum Teil mit hervorragenden Wertsteigerungen. Dabei stach vor allem der UniEuroAspirant hervor, der in europäische Rentenpapiere mit Schwerpunkt auf den Beitrittskandidaten zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion investiert. Der Fonds legte im vergangenen Jahr 16,2 Prozent zu.

Im Zuge einer wieder erstarkten Sachwertorientierung der Anleger waren zudem die Offenen Immobilienfonds der DIFA sehr gefragt. Der DIFA-Fonds Nr. 1 erzielte in den vergangenen 10 Jahren eine Wertsteigerung von durchschnittlich 5,9 Prozent jährlich, der DIFA-GRUND legte jährlich durchschnittlich um 6 Prozent zu.

DZ BANK International

Durch die Fusion der DG BANK Luxembourg S.A. und der GZ-Bank International S.A. zur DZ BANK International S.A. ist gemessen an Kundenzahl und Bilanzsumme eines der größten Bankinstitute deutscher Provenienz am Finanzplatz Luxemburg entstanden. Beide Partner können auf eine langjährige Präsenz am Bankplatz Luxemburg zurückblicken und bringen ihre umfassende Erfahrung im Finanzgeschäft mit ein. Gleichzeitig sichert der Sitz des Institutes in Luxemburg den Mitgliedern des FinanzVerbundes den ständigen Kontakt und den schnellen Zugang zu den Möglichkeiten eines der bedeutendsten und dynamischsten Finanzplätze der Welt.

Die DZ BANK International ist integraler Bestandteil der Private-Banking-Strategie der DZ BANK-Gruppe und in dieser Funktion Dienstleister für Vermögensmanagement und Back Office der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Deutschland.

Im wachsenden und wettbewerbsintensiven Markt für Investmentfonds positioniert sich die DZ BANK International mit der Fondsserviceplattform @ttrax als paneuropäisches Kompetenzzentrum. Das Leistungsangebot für Institutionelle Kunden umfasst Fondsbrokerage für deren Kunden, Custodian Service und Lagerstellenfunktion sowie Transfer- und Registerstelle für Drittfondsmandate.

Im Geschäftsfeld Kredit konzentriert die Bank ihre Aktivitäten auf Fremdwährungskredite im genossenschaftlichen Finanzverbund. Durch den Ausbau der elektronischen Unterstützung kann das Geschäft ressourcenschonend abgebildet werden. Bedingt durch die Übertragung der Konzernzuständigkeit für das Währungskreditgeschäft auf die DZ BANK International S.A., wurde bereits begonnen, die bisher an verschiedenen Standorten getätigten Geschäfte nach Luxemburg zu verlagern. Die Positionierung im Kreditgeschäft bildet ein solides Fundament für eine nachhaltige Ertragssteigerung.

Für das Geschäftsfeld Treasury erwachsen im Hinblick auf Refinanzierungsaktivitäten und Liquiditätssteuerung erhöhte Anforderungen aufgrund der zentralen Konzernzuständigkeit für das Fremdwährungskreditgeschäft. Hierbei sind die Aktivitäten des Geschäftsfeldes voll in die Treasury-Strategie des DZ BANK-Konzerns integriert.

cosba private banking

Die Schweizer Private-Banking-Tochter der DZ BANK AG firmiert seit dem 2. Mai 2001 als cosba private banking ag (vormals DG BANK (Schweiz) AG). Der neue Name steht für cooperative swiss banking und dokumentiert die genossenschaftlich ausgerichtete internationale Strategie der Bank, die im Berichtsjahr ihre Kooperation mit der Schweizer Raiffeisen-Gruppe umsetzte. cosba private banking bietet im Rahmen dieser Zusammenarbeit, die durch eine 25-Prozent-Beteiligung des SVRB unterlegt ist, ihre Dienstleistungen im Private Banking den Kunden der Raiffeisenbanken in der Schweiz an. Den Banken steht ein kompetenter und erfahrener Partner in diesem wichtigen Geschäftsfeld zur Seite. Den Volksbanken und Raiffeisenbanken in Deutschland steht das Produkt- und Dienstleistungsangebot der cosba private banking als integraler Bestandteil der gruppenweiten Private-Banking-Strategie zur Verfügung.

Die Geschäftsentwicklung von cosba private banking war geprägt von der deutlichen, zum Teil dramatischen Konsolidierung an den Finanzmärkten, die sich besonders in den Geschäftsfeldern Investment Banking und Vermögensverwaltung niederschlug. Dennoch haben sich die von cosba private banking angebotenen Verwaltungsmodelle gut behauptet. Eine Benchmark-Betrachtung der Performance über alle Modelle hinweg zeigt, dass cosba private banking im

Quervergleich erfreuliche Ergebnisse für die Kunden erzielen konnte. Neben dem Hauptsitz in Zürich befinden sich cosba-Standorte in Basel, Luzern und Willi/St. Gallen. In Zürich und Lausanne werden zudem im Jahre 2002 weitere Niederlassungen gemeinsam mit der Schweizer Raiffeisen-Gruppe eröffnet.

DZ BANK Ireland

Die Ende 1994 in Dublin gegründete hundertprozentige Tochter der DZ BANK AG änderte am 25. 9. 2001 ihre Firmierung in DZ BANK Ireland plc um. Zum Ende ihres siebten Geschäftsjahres erreichte die Bank eine Bilanzsumme von 4,7 Mrd €, was einem Anstieg von 15,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Das Kreditgeschäft als Hauptgeschäftsfeld der DZ BANK Ireland plc umfasst die mittel- und langfristige Bankenrefinanzierung mittels der Vergabe von Festsatzkrediten sowie das Kreditgeschäft auf Roll-over-Basis. Als Kreditnehmer stehen bonitätsmäßig einwandfreie Schuldner wie Kreditinstitute, multinationale Unternehmen und Staaten im Vordergrund. Das Kreditportfolio umfasst Konsortialkredite, Floating Rate Notes, Asset Swaps sowie Asset Backed Securities (ABS).

Das Kreditgeschäft wurde im Jahr 2001 weiter ausgebaut und erreichte ein Gesamtvolumen von 4,1 Mrd €, was einer Zunahme von 20,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dabei

konnte das Volumen an herausgelegten mittel- und langfristigen Interbank-Festsatzkrediten trotz moderater Nachfrage und eines hohen Volumens an Fälligkeiten auf 1,5 Mrd € gesteigert werden. Das Kreditgeschäft auf Roll-over-Basis entwickelte sich im Geschäftsjahr weiter und erreichte zum 31. Dezember 2001 ein Volumen von 2,6 Mrd €. Auch das ABS-Portfolio der DZ BANK Ireland plc wurde im Jahr 2001 erheblich ausgebaut.

Zur Steuerung der Liquidität und zur Refinanzierung des Kreditgeschäftes bedient sich die DZ BANK Ireland plc des Geldmarktes und eines Wertpapierhandelsbestandes. Außerdem verfügt die Bank über ein „Euro Commercial Paper“- (ECP)-Programm mit einem Volumen von 2 Mrd USD und ist Emittent unter dem Debt Issuance Programme (DIP) der DZ BANK-Gruppe.

VR-LEASING

Die Leasinggesellschaft der Volksbanken und Raiffeisenbanken steigerte im vergangenen Jahr ihren Bestand des Leasingvermögens, einschließlich der ausländischen Beteiligungen, auf 7,8 Mrd €. Im Neugeschäft wurden 83.600 Verträge mit einem Volumen von insgesamt 2.471 Mio € abgeschlossen. Hiervon entfielen 1.428 Mio € auf das inländische Mobillengeschäft, das sich damit deutlich über dem Branchendurchschnitt entwi-

ckelt hat. Im Immobilienbereich wurde auf Zuwächse verzichtet, da die am Markt getätigten Geschäfte häufig nicht die Margen- und Risikoanforderungen der VR-LEASING erfüllten. Das Neugeschäft im Segment „nationale und internationale Vertriebspartner“ konnte 2001 um 33 Prozent auf 131 Mio € ausgeweitet werden. Dabei gehörten die Volksbanken und Raiffeisenbanken wieder zu den stärksten Vertriebspartnern der VR-LEASING. Das gemeinsam mit der Primärstufe abgewickelte Geschäft betrug 662 Mio € mit rund 14.000 Verträgen und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent erhöht. Trotz dieser guten Entwicklung werden weitere Wachstumsraten aus diesem Segment erwartet, da das Leasingpotenzial der Primärstufe erst zu knapp 20 Prozent ausgeschöpft wurde. Um die Verbindung weiter zu optimieren, wurde das Produkt VR-LeasyOnline entwickelt – eine Internetlösung, die die optimale Beratung der Kunden am Bankschalter und eine schnelle Entscheidung sicherstellt. Als einen ihrer erfolgreichsten Vertriebskanäle sieht die VR-LEASING weiterhin auch ihre Tochter BFL Leasing GmbH an, ein gemeinsames Unternehmen mit rund 160 Gesellschaftern aus dem Bereich der Handels- und Systemhäuser der Bürowirtschaft, das zu rund 65 Prozent der VR-LEASING gehört.

Neben ihren inländischen Aktivitäten verfolgt die VR-LEASING AG zahlreiche Aktivitäten im Ausland. Gemeinsam mit der Österreichischen Volksbanken AG betreibt die VR-LEASING die Volksbanken

Leasing International Holding GmbH in Wien. Diese Gesellschaft ist mit eigenen Leasinggesellschaften in Polen, Tschechien, der Slowakei, in Slowenien, Kroatien und Ungarn vertreten, die in diesen Ländern zu den führenden Gesellschaften gehören. Neu hinzugekommen ist 2001 Rumänien. Insgesamt wurde von diesen Gesellschaften ein Neugeschäft von 457 Mio € abgewickelt, das um 151 Mio € über dem Vorjahr lag. An der Lombard Lizing, einer der führenden Gesellschaften in Ungarn, ist die VR-LEASING direkt mit 82 Prozent beteiligt. Die übrigen Anteile werden von den ungarischen Spargenossenschaften gehalten. Mit einem Neugeschäft von 163 Mio € konnte die Lombard Lizing ihr Geschäft um 50 Mio € steigern. Nachdem sie zu Beginn des neuen Jahres einen Kooperationsvertrag mit der Bail Banque Populaire, Paris, abgeschlossen hat, verfügt die VR-LEASING in nahezu allen europäischen Staaten über eigene Gesellschaften und Kooperationspartner und kann sowohl das Domestikgeschäft in den einzelnen Ländern betreiben als auch Kunden mit grenzüberschreitendem Leasing in ihren Vertriebsaktivitäten unterstützen.

Des Weiteren übernahm die VR-LEASING sämtliche Anteile an der DG BANK Bank für Absatzfinanzierung GmbH sowie weitere 20 Prozent der Anteile der schon zum Konzern der VR-LEASING gehörenden VR-Immobilien Leasing GmbH, die danach zu 100 Prozent der VR-LEASING

zuzurechnen ist. Die DG BANK Bank für Absatzfinanzierung GmbH wird zukünftig den Namen VR DISKONTBANK GmbH führen. Die Bank zählt schon heute zu den führenden Instituten im Bereich Factoring und Zentralregulierung. Durch diese Maßnahme ist die VR-LEASING in der Lage, dem genossenschaftlichen Verbund und den Kunden weitere innovative Produkte zur Verfügung zu stellen. Sie gehört damit zu den wenigen Anbietern, die Investitions-, Einkaufs- und Absatzfinanzierung – ergänzt um eine Vielzahl von Dienstleistungen für den gewerblichen Kunden – aus einer Hand anbieten können.

bws bank

Die bws bank hat ihre führende Position als Wertpapiertransaktionsbank in Deutschland auch im Geschäftsjahr 2001 halten können. Dies wird an der Anzahl der verwalteten Depots deutlich, die mit 4,2 Millionen gegenüber 4,5 Millionen im Vorjahr nur leicht rückläufig war. Die Schwäche an den Wertpapiermärkten hat sich allerdings in den Transaktionszahlen niedergeschlagen. Diese sind mit 20,4 Millionen nach 36,5 Millionen 2000 deutlich zurückgegangen. Auch im vergangenen Jahr konnte wieder eine Reihe von neuen Mandanten gewonnen werden. 2002 wird die bws bank ihre Vertriebsaktivitäten durch die Schaffung einer eigenen Vertriebseinheit weiter ausbauen.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2001 hat die bws bank ihre Grundsatzentscheidung für die künftige Systemplattform im Wertpapierbereich gefällt. Aufbauend auf den vorhandenen Funktionalitäten des Wertpapierverbundsystems (WVS) wird die bws bank unter dem Projektnamen „bb2k“ eine neue technologische und fachliche Architektur entwickeln, die das Kernstück der künftigen Wertpapierplattform darstellen wird. Die grundlegenden Arbeiten an diesem Projekt sind 2001 gestartet worden.

Bei den Projektaktivitäten hervorzuheben sind die Begleitung der Migration von Clearstream Banking auf deren Luxemburger Plattform, die endgültige Ersetzung der D-Mark in allen Wertpapieranwendungen zum Jahreswechsel 2001/2002, die störungsfrei verlief, und die Umsetzung des Steuersenkungsgesetzes.

Die bws bank hat das Geschäftsjahr positiv abschließen können. Trotz des schwierigen Umfeldes hielt sie für ihre Kunden die Preise in allen Dienstleistungen konstant.

DVB Group

Die DVB Group, Konzern der Deutschen VerkehrsBank AG, hat sich in den vergangenen Jahren erfolgreich auf das internationale Transport Finance fokussiert. Sie gehört zu den führenden Beratern sowie Finanziers des globalen Verkehrsmarktes und gestaltet ihre Kundenbezie-

hungen an elf wichtigen Verkehrsstandorten weltweit. Innerhalb der Gruppe ist die DVB NedshipBank für Shipping Finance und die DVB VerkehrsBank für Aviation Finance, Land Transport Finance sowie für Corporate Finance kompetenter Anbieter integrierter Finanzierungs- und Beratungslösungen.

Mit der DVB Group verfügt die DZ BANK über ein Tochterunternehmen, das als Spezialbank von der Entwicklung des international langfristig wachsenden Verkehrsmarktes profitiert. Die DVB Group nimmt so in der europäischen Schiffs- und Flugzeugfinanzierung bereits heute eine führende Rolle ein. Kernprodukte sind auch die Finanzierung von rollendem Eisenbahnmaterial sowie von Lkw- und Busflotten einschließlich der entsprechenden Infrastrukturvorhaben wie Bahnanlagen, Flughäfen und Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs. Dabei stehen Strukturierung und Syndizierung großvolumiger und komplexer Verkehrsprojekte sowie der Ausbau der Corporate-Finance-Beratungsdienstleistungen im Mittelpunkt. Die DVB Group erreichte Ende 2001 eine Bilanzsumme von 10,98 Mrd € (2000: 9,47 Mrd €, 1999: 6,87 Mrd €).

Die Fusion von DG BANK und GZ-Bank hat an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Häuser besonders hohe Anforderungen gestellt. Innerhalb kurzer Zeit waren die Fusionsvorbereitungen zu treffen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, im gemeinsamen Haus DZ BANK erfolgreich die neuen Aufgaben wahrnehmen zu können. Zum neuen Arbeitsumfeld, das zu gestalten war, gehörte die Umsetzung der neuen Organisationsstruktur ebenso wie die Neugestaltung von Arbeitsprozessen und -inhalten.

Die neu geschaffene organisatorische Struktur stellt sicher, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Unternehmen reibungslos in die Arbeitsabläufe integriert werden können. Auch die Führungsebene der DZ BANK wurde neu bestimmt: Nach Ernennung der Bereichsleitersebene durch den Vorstand wurden sämtliche Abteilungsleiterpositionen (insgesamt 140 Führungsfunktionen) zur Bewerbung ausgeschrieben und ein Stellenbesetzungsverfahren durchgeführt. Für die Ebene der Gruppenleiter (360 Positionen) wurde im Anschluss daran auf die gleiche Weise verfahren. Die ursprünglich über 750 Führungspositionen sind somit auf rund 500 reduziert worden.

Von den notwendigen Kosteneinsparungen, aber auch von dem Erfordernis, Doppelfunktionen auszuschließen, sind die Beschäftigten der Bank in besonderer Weise betroffen: 1.381 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GZ-Bank und

3.923 der DG BANK waren zu Beginn der Fusion in der neuen DZ BANK unbefristet beschäftigt. Diese Zahl konnte noch bis Ende 2001 auf rund 5.108 reduziert werden und soll sich bis Ende 2002 auf 4.250 belaufen. Dazu werden auch betriebsbedingte Kündigungen notwendig sein. Nach intensiven und zielführenden Verhandlungen zwischen der Bank und dem Gesamtbetriebsrat konnte in den ersten Monaten des Jahres 2002 eine Einigung über einen Interessenausgleich zum vorgesehenen Personalabbau erzielt werden. Ein gemeinsam ausgearbeiteter Maßnahmenkatalog sieht vor, dass die sozialverträglichen Einzelschritte – darunter ein attraktives Modell für Aufhebungsvereinbarungen, befristete Teilzeitarbeitsverhältnisse und Sabbaticals zur Steuerung von Personalauslastungen – noch in diesem Jahr zu einer deutlichen Kostensenkung führen und gleichzeitig das Ausmaß betriebsbedingter Kündigungen begrenzen.

Im Berichtsjahr wurden neue Entgelt- und Arbeitszeitmodelle sowie eine betriebliche Altersversorgung konzipiert, um die bisherigen Systeme der GZ-Bank und der DG BANK abzulösen. Damit werden allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DZ BANK eine leistungsorientierte Entlohnung und marktgerechte einheitliche Konditionen angeboten.

Eine Herausforderung für die Personalarbeit war und ist die unternehmenskulturelle Integration der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Vernetzung, gegenseitiges Kennenlernen sowie Festlegung und Information über neue Strukturen und

Prozesse waren Themen in einer Vielzahl von Workshops, die auf allen Ebenen mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten durchgeführt wurden. Die im vierten Quartal 2001 begonnenen Veranstaltungen werden 2002 fortgesetzt. Die 335 Nachwuchskräfte der DZ BANK hatten Gelegenheit, sich in gleicher Weise in Integrationsveranstaltungen kennen zu lernen und mit den Strukturen und Prozessen des neuen Institutes vertraut zu machen.

236 dieser jungen Kollegen absolvierten 2001 eine Ausbildung in den angebotenen Programmen Bankkaufmann, Kaufmann für Bürokommunikation, Fachinformatiker, Informatikkaufmann, Studium Berufsakademie mit Fachrichtung Bank und Wirtschaftsinformatik. 99 junge Kollegen erwarben Praxiswissen in den Entwicklungs- und Studierendenprogrammen (Traineeprogramme, Fachausbildung, Promotion, Studium an der HfB). Im Laufe des Jahres konnten 110 Nachwuchskräfte in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die durch ihre Leistung und großen persönlichen Einsatz zum Gelingen der Fusion beigetragen haben, spricht der Vorstand seinen Dank und seine Anerkennung aus. Das gilt in besonderem Maße für diejenigen, die unter erschwerten Bedingungen neue Aufgaben übernommen haben und gezwungen waren, sich stark veränderten Arbeitsumgebungen anzupassen.

Lagebericht 2001 des DZ BANK-Konzerns

I. Geschäftsentwicklung 2001

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich gegenwärtig in der schwierigsten Phase seit der letzten Rezession 1993. Nach einer noch positiven konjunkturellen Entwicklung zu Beginn des Geschäftsjahres verstärkten sich im weiteren Jahresverlauf 2001 bei zunehmender Eintrübung der Weltkonjunktur die Einflussfaktoren mit gegenläufiger Wirkung.

Der Außenhandel hat im Jahr 2001 insgesamt noch einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten können. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen war jedoch bei einem gleichzeitigen Abbau der Lagerbestände rückläufig. Vor dem Hintergrund der zum 1. Januar 2001 eingetretenen Entlastungen durch die Steuerreform und einer Zunahme der verfügbaren Einkommen war für den privaten Verbrauch eine Belebung festzustellen, wobei die privaten Haushalte ihre Ersparnisbildung leicht ausweiteten.

Mit dem konjunkturellen Rückschlag hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland erheblich verschlechtert. An-

gesichts der zumindest bis zur Jahresmitte 2002 erwarteten Fortdauer der ungünstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen ist hier nicht mit einer baldigen Besserung zu rechnen. Ebenfalls sehr deutlich schlug sich die Klimaver-

schlechterung an den Finanzmärkten nieder, nicht zuletzt in der Folge der Ereignisse des 11. Septembers. Mehrmaligen Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank um insgesamt 150 Basispunkte standen recht niedrige langfristige Kapi-

Ertragsrechnung DZ BANK-Konzern 2001/2000

in Mio €			
	2001	Vorjahr	Veränderungen in Prozent
Zinsüberschuss ¹⁾	2.264	1.935	+17,0
Provisionsüberschuss	920	1.689	-45,5
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	119	205	-42,0
Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft	131	128	+2,3
Personalaufwand	1.237	1.168	+5,9
Sonstige Verwaltungsaufwendungen ²⁾	1.480	1.356	+9,1
Verwaltungsaufwand	2.717	2.524	+7,6
Saldo der sonstigen betrieblichen Aufwendungen/Erträge	328	313	+4,8
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	1.045	1.746	-40,1
Risikovorsorge	-851	-1.061	-19,8
Betriebsergebnis	194	685	-71,7
Saldo der übrigen Aufwendungen/Erträge ³⁾	-277	-298	-7,0
Gewinn vor Steuern	-83	387	>100,0
Steuern	-197	333	>100,0
Jahresüberschuss	114	54	>100,0

¹⁾ einschließlich laufender Erträge, Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen

²⁾ andere Verwaltungsaufwendungen sowie Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

³⁾ Ergebnis aus Finanzanlagen, Sonderposten mit Rücklageanteil, außerordentlichen Aufwendungen und übrigen Posten

talmarktrenditen gegenüber. Der DAX verlor im Jahresverlauf rund 20 Prozent; am Neuen Markt gaben die Kurse im Berichtsjahr sogar um rund 60 Prozent nach.

Ergebnisentwicklung

Im zurückliegenden Geschäftsjahr belief sich das **Betriebsergebnis** auf 194 Mio €. Ohne Einbeziehung des im Vorjahreswert enthaltenen Einmalbetrages in Höhe von 639 Mio € betreffend die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG (BSH) verzeichnete es einen Anstieg in Höhe von 148 Mio €.

Die **operativen Erträge** von insgesamt 3.762 Mio € erhöhten sich gegenüber dem um den genannten BSH-Sondereffekt bereinigten Vorjahreswert um 131 Mio €.

Der **Verwaltungsaufwand** stieg um 193 Mio €.

Der **Risikoversorgensaldo** in Höhe von –851 Mio € ermäßigte sich um 210 Mio € gegenüber dem hohen Vorjahresniveau (–1.061 Mio €).

Im Einzelnen stellt sich die Ergebnisentwicklung im Geschäftsjahr 2001 wie folgt dar:

Der **Zinsüberschuss** nahm gegenüber dem Vorjahr um 17,0 Prozent auf 2.264 Mio € zu. Das zinstragende Geschäft steuerte damit in einem schwa-

chen Kapitalmarktumfeld einen Anteil von rund 60 Prozent zum insgesamt erwirtschafteten operativen Erfolg bei. Allerdings entwickelte sich diese maßgebliche Ergebnisgröße im Berichtsjahr keineswegs einheitlich.

Einen erneut erfreulichen Beitrag zum Zinsergebnis lieferten die Kredit- und Geldmarktgeschäfte der DZ BANK. Im Geschäftsfeld der Strukturierten Finanzierungen war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein steigender Finanzierungsbedarf bei komplexen Transaktionen zu verzeichnen, dem mit den durch die Fusion gebündelten Kapazitäten künftig noch wirkungsvoller entsprochen werden soll. Im Rahmen verstärkter Syndizierungsaktivitäten konnte die Kreditvergabe an west- und osteuropäische Adressen aus- geweitet und damit der Rückgang des Geschäftes in Lateinamerika, Asien und Afrika ausgeglichen werden. Trotz Ver- schiebungen der Geschäftsschwerpunkte innerhalb einzelner Industriezweige konnte sich die DZ BANK im Bereich der Strukturierten Handelsfinanzierungen und der Projektfinanzierungen am Markt behaupten. Die globale Konjunkturschwäche ließ ein insgesamt nur verhaltenes Exportfinanzierungsgeschäft zu.

Die in den vergangenen Jahren mit ausländischen Banken abgeschlossenen Rahmenverträge schufen jedoch die Voraussetzung dafür, dass sich die DZ BANK im Bereich der Finanzierung Hermes-gedeckter Liefergeschäfte insbesondere in Osteuropa und – nach der

erst im vergangenen Jahr auf politischer Ebene ermöglichten Wiedereröffnung der Hermes-Deckungen für Kuba – als erste deutsche Bank auch dort erfolgreich positionierte.

Das zinsabhängige Geschäft der DVB Deutsche VerkehrsBank AG erfuhr eine kräftige Stärkung in Höhe von +35,1 Prozent. Maßgeblich für diesen Ergebniszuwachs war die erstmalige ganzjährige Einbeziehung der im Jahr 2000 erworbenen NedshipBank N.V. in den Konsolidierungskreis der auf die internationale Verkehrsfinanzierung spezialisierten DVB Deutsche VerkehrsBank AG; die Erstkonsolidierung der NedshipBank N.V. erfolgte zum 1. Juni 2000.

In einem konjunkturell schwierigen Marktumfeld stabilisierte sich das Neugeschäft der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank AG (DG HYP) bei Immobilienkrediten mit Privatkunden leicht über dem Vorjahresniveau. Die Nachfrage der öffentlichen Hand im Kommunalkreditgeschäft war angesichts der fortgeführten Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Haushalte ausgesprochen zurückhaltend. Trotz der anhaltenden Konditionen- und Margenverengung ist es gelungen, das Zinsergebnis um 5,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu steigern.

Die BSH erzielte im Jahr 2001 nochmals eine erfreuliche Verbesserung ihres Zinsüberschusses. Die gestiegenen Refinanzierungskosten wurden deutlich überkompensiert durch einen Zinsertragszuwachs,

der vor allem auf eine Bestandsausweitung bei Zwischenkrediten und Bauspardarlehen zurückging.

Die aus der Verschmelzung von DG BANK Luxembourg S.A. und GZ-Bank International S.A. hervorgegangene DZ BANK International S.A. (DZI) erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr in allen Geschäftsfeldern, insbesondere im Treasury, eine Verbesserung ihres Zinsüberschusses.

Der Rückgang des **Provisionsüberschusses** in Höhe von 769 Mio € ist mit einem Betrag in Höhe von 639 Mio € auf die im Vorjahresausweis der BSH berücksichtigte Erfolgsrealisierung bilanziell abgegrenzter Abschlussprämien zurückzuführen. Ohne die Einbeziehung dieses die BSH betreffenden Sondereffektes unterschreitet das Provisionsergebnis den Vergleichswert des Vorjahres um 12,4 Prozent.

In einem im Vorjahr noch ausgesprochen dynamischen Wertpapiergeschäft hat die DZ BANK im Berichtsjahr deutliche Einbußen hinnehmen müssen; konzernweit traf dies in gleicher Weise für die schweizerische Tochtergesellschaft cosba private banking ag sowie die DZI zu. Während sich die Bereiche Treasury und Fixed Income der DZ BANK weiterhin angemessen entwickelten, litt die Equityseite branchenkonform unter der allgemeinen Marktverfassung. Insbesondere

auch das Aktienemissionsgeschäft blieb bei merklich niedrigeren Indizes am Neuen Markt hinter den Erwartungen zurück; erst mit einem Wiedererstarren der Konjunktur ist für diesen bedeutungsvollen Geschäftszweig mit angemessenen Ergebnissen zu rechnen.

Die Sparte Zahlungsverkehr konnte ihren Ergebnisbeitrag zum Provisionsüberschuss im Konzern gegenüber dem Vorjahr verbessern. In den Geschäftsfeldern Auslands- und Kreditgeschäft war das Ergebnis rückläufig.

Die Union-Investment-Gruppe – die über die Union-Fonds-Holding (UFH) die Asset-Management-Aktivitäten des genossenschaftlichen Finanzverbundes steuert – ist trotz des weltweit rückläufigen Kursniveaus der Aktienmärkte mit einer Veränderung beim Provisionsergebnis in Höhe von –1,6 Prozent nur knapp hinter dem Vorjahreswert zurückgeblieben. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die Fondsgesellschaften DEVIF Deutsche Gesellschaft für Investment-Fonds GmbH und DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG noch nicht im Vorjahresergebnis der UFH enthalten waren. Bei einer Bereinigung dieses Vorjahreseffektes beträgt die Verminderung des Provisionsüberschusses gegenüber dem Jahr 2000 rund 17 Prozent. Ursächlich hierfür waren Verschiebungen der verwalteten Fondsvolumina aus den Aktienfonds in die margin schwächeren Renten- und Geldmarktprodukte. Mit einem zum Jahresende 2001

gegenüber dem Vorjahresresultato um 3,4 Prozent auf 99,5 Mrd € gesteigerten Volumen verwalteter Sondervermögen konnte die UFH beim Nettoabsatz ihre Marktposition als eine der erfolgreichsten deutschen Investment-Gruppen erneut unter Beweis stellen. Gemeinsam mit der Schweizer Privatbank Julius Bär bietet die Union-Investment-Gruppe seit Beginn 2002 eine eigene Fondsvermögensverwaltung für gehobene Privatkunden an, um der in diesem Marktsegment kräftig wachsenden Nachfrage nachzukommen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Vervollständigung des Allfinanzangebotes des genossenschaftlichen Finanzverbundes soll auch das von der Union-Investment gemeinsam mit dem Verbundunternehmen BSH entwickelte so genannte „4P“-Kombiangebot leisten, das einen ganzheitlichen Lösungsansatz zur Altersvorsorge darstellt. Das Kundenangebot „4P“ steht für vier Prämien und umfasst neben einer von der Union-Investment entwickelten Fonds-Vorsorgestrategie mit Nutzung der Riester-Förderung einen Aktienfonds zur Anlage vermögenswirksamer Leistungen sowie einen Bausparvertrag, auf den ebenfalls vermögenswirksame Leistungen sowie Sparleistungen nach dem Wohnungsbauprämiengesetz angelegt werden können.

Die BSH konnte ihr Bauspar-Neugeschäftsvolumen gegenüber dem Vorjahr nochmals steigern. Begünstigt wurde

diese Entwicklung von einem gestiegenen Sicherheitsbedürfnis der Anleger vor dem Hintergrund einer ausgesprochen schwachen Verfassung der Börsen. Damit hat die BSH erneut ihre führende Marktposition beim eingelösten Neugeschäft ausgebaut.

Sowohl die BSH als auch die DG HYP haben für die Vertragsabschlüsse über die Primärbanken an diese Provisionen zu leisten, die bei beiden Gesellschaften – aufgrund des gestiegenen Bauspar- und Immobilienkredit-Neugeschäftes – höher als im Vorjahr ausfielen. Allerdings hatten die bei der BSH im Jahr 2000 einmalig angefallenen Sonderbelastungen zur Optimierung der Vertriebskostenstruktur zur Folge, dass sich der Provisionsaufwand insgesamt gegenüber dem Vorjahr ermäßigte. Bei der DG HYP ergab sich infolge der im Jahr 2001 stark verminderten Emissionsprovisionen ebenfalls eine wesentliche Aufwandsentlastung. Dies führte bei beiden Gesellschaften zu einer Verbesserung ihrer Provisionsergebnisse.

Die DVB Deutsche VerkehrsBank AG erhöhte ihren Provisionsüberschuss um 9,2 Prozent. Erwirtschaftet wurde dieser Ergebniszuwachs insbesondere durch das Geschäft der ReiseBank, das die gesamte Finanzdienstleistungspalette rund um die Reise einschließt. Ferner profitierte der Provisionsüberschuss von bereitgestellten Finanzierungslösungen für komplexe Kundenanforderungen im internationalen Transport Finance.

Der **Nettoertrag aus Finanzgeschäften**, der den anspruchsvollen Vorjahreswert um 86 Mio € oder 42,0 Prozent unterschritt, wird wesentlich von den Handelsaktivitäten der DZ BANK bestimmt.

Die gravierende Ergebnisminderung im Bereich der aktienreagiblen Produkte spiegelt die gegenüber dem Vorjahr eingetretene deutliche Performance-Verschlechterung wider. Einer ausgesprochen schwachen Verfassung der Finanzmärkte – maßgeblich verstärkt durch die Ereignisse des 11. Septembers – stand ein vergleichsweise hohes Ausgangsniveau weitaus stabilerer Kapitalmärkte im Vorjahr gegenüber.

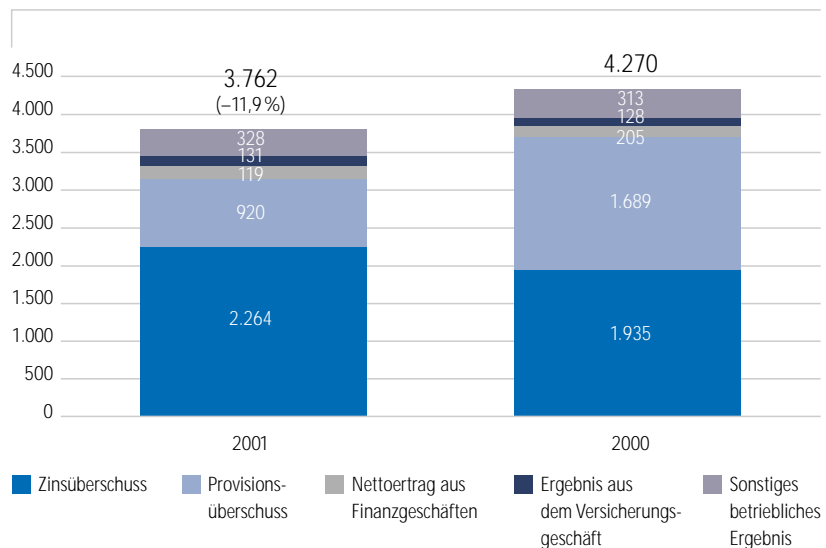
Im Ergebnis aus Währungsrisiken wurde der Vorjahreswert übertroffen, während sich das Zinsrisikoergebnis gegenüber der hohen Vorjahresbasis verminderte.

Der **Verwaltungsaufwand** stieg um 7,6 Prozent auf 2.717 Mio €. Dabei nahm der Sachaufwand um 9,1 Prozent zu, der Personalaufwand erhöhte sich um 5,9 Prozent. Einen maßgeblichen Anteil an dem Zuwachs der Verwaltungskosten hatte der UFH-Teilkonzern, dessen Jahresergebnis die Fondsgesellschaften DEVIF und DIFA im Berichtsjahr erstmals berücksichtigt.

Mit der Fusion wurden dem neuen Institut DZ BANK Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung eröffnet, deren Umsetzung für eine zukünftig erfolgreiche Präsenz am Markt als Teil des genossenschaftlichen Finanzverbundes unabdingbar ist. Im Rahmen des Vorhabens „Building DZ BANK“ wurden bereits erste Maßnahmen getroffen, die – neben den beschlossenen Personalanpassungsmaßnahmen und Änderungen im Standortkonzept auf der Ebene der DZ BANK als Einzel-

Operative Erträge DZ BANK-Konzern 2001/2000

(in Mio €)



gesellschaft – auf eine wirksamere Einbindung der Konzernunternehmen des DZ BANK-Konzerns in das Aufgabenfeld des FinanzVerbundes und damit auf eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition ausgerichtet sind. Darüber hinaus sind die Steigerung der operativen Erträge und die Reduzierung der Risiken im Kreditgeschäft Schwerpunkte von diesem Vorhabenportfolio.

Diesen Zielsetzungen folgend ist die Zusammenfassung der genossenschaftlichen Finanzdienstleistungen des Geschäftsfeldes Immobilien unter dem gemeinsamen Dach der VR Immobilien-Holding beschlossen worden. Aus der Zusammenführung der Refinanzierungsstärke der DG HYP mit der Vertriebsstärke der BSH und den in der Abwicklung zu erzielenden Skaleneffekten bei der VR Kreditwerk Hamburg-Schwäbisch Hall AG wird eine spürbare Erhöhung der Rendite der Immobilienaktivitäten der genossenschaftlichen Bankengruppe erwartet.

Dem zunehmenden Konkurrenz- und Margendruck soll ferner mit der effizienzsteigernden Vereinheitlichung und Straffung des genossenschaftlichen Vertriebs- und Leistungsangebotes begegnet werden. Zu diesem Zweck hat sich die DZ BANK mit einem Anteil von rund 60 Prozent an der neu gegründeten Verbundgesellschaft VR-DirektService AG beteiligt. Es ist das gemeinsame Ziel aller genossenschaftlichen Gründungsgesell-

schafter, die noch bestehenden heterogenen Lösungen innerhalb des FinanzVerbundes schrittweise durch ein gleichartiges Kundenangebot moderner Multi-Kanal-Banking-Dienstleistungen zu ersetzen. Abgerundet wird dieser Marktauftritt durch die Einbeziehung des zentralen Internet-Finanzportals VR-NetWorld der gleichnamigen Betreiber-gesellschaft. Die damit einhergehende verbundübergreifende Implementierung einer leistungsstarken, bedarfsorientierten IT-Infrastruktur soll gleichfalls einen wirkungsvollen Beitrag zur Kostenentlastung leisten.

Auch bei der weiterführenden Geschäftsstrategie mit Blick auf den europäischen Währungs- und Binnenmarkt ist die Realisierung von Synergien vorrangig. So bildet die im vergangenen Jahr verstärkte kapitalunterlegte Kooperation mit der Groupe Banques Populaires die Basis für eine gemeinsame Erschließung von Auslandsmärkten. Die getroffenen Vereinbarungen sehen zudem eine intensivierte Zusammenarbeit in der Projektfinanzierung und im Corporate Finance vor.

Eine zukunftsfähige Marktpositionierung strebt die DZ BANK darüber hinaus im transaktionsorientierten Geschäft des Bereiches Zahlungssysteme an. Mit der Fusion ist in der DZ BANK ein Zahlungsverkehrsbereich entstanden, der die DZ BANK bei einem Marktanteil von rund 17 Prozent im Inland und rund 5 Prozent in Europa als einen attraktiven

Partner für Kooperationsmöglichkeiten in einem Geschäftsfeld ausweist, das von einem branchenweiten Anpassungs- und Kostendruck geprägt ist.

Die notwendigen Maßnahmen zur Strukturanpassung haben sich als investive Ausgaben unmittelbar belastend im Verwaltungsaufwand ausgewirkt. Der angespannten Kostensituation ist die DZ BANK mit einem weitreichenden Strukturprogramm begegnet; erste Einsparziele wurden bereits erreicht. Die fortgesetzten Anstrengungen zur Realisierung weiterer Einsparpotenziale haben unverändert höchste Priorität; die Dringlichkeit unterstreicht die im Berichtsjahr auf 72,2 Prozent gestiegene Cost-Income-Ratio (Vorjahr, ohne Einbeziehung des die BSH betreffenden Sondereffektes: 69,5 Prozent).

Der **Saldo der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge** in Höhe von 328 Mio € geht vornehmlich auf das ausschließlich von der VR-LEASING AG erwirtschaftete Leasingergebnis zurück, das um 10,2 Prozent über dem Vorjahr lag. Die im Vorjahr vollzogene Neustrukturierung des Unternehmens in eine geschäftsfeldorientierte Organisation mit dem Ziel einer noch stärkeren Marktdurchdringung hat sich im Berichtsjahr bewährt und bietet die Grundlage für eine auch weiterhin erfolgreiche Geschäftsentwicklung.

Das deutlich eingetrübte wirtschaftliche Umfeld hatte insbesondere für die Kredite an die inländischen mittelständischen Firmenkunden der DZ BANK einen erhöhten Risikobedarf zur Folge, dem in angemessenem Umfang Rechnung getragen wurde. Hier waren vor allem die Wirtschaftszweige Agrar und Ernährung, Dienstleistungen, Handel und Bau betroffen, in denen vor allem die frühere DG BANK traditionell in erheblichem Maße engagiert war. Von grundlegender Bedeutung waren ebenfalls die nach Vollzug der Fusion eingeleiteten Maßnahmen, den gesamten Kreditbestand der DZ BANK einer strengeren Überwachung und Beurteilung zu unterziehen und noch restriktivere Kriterien für die Neugeschäftsvergabe festzulegen.

Im Vergleich zu dem außergewöhnlich hohen Vorsorgebedarf, der im Wesentlichen aus Kreditengagements der früheren DG BANK resultierte, die in früheren Berichtsperioden eingegangen worden waren, blieb die Ausfallquote im Konzernkreditgeschäft mit 0,25 Prozent auf einem moderaten Niveau.

Der Saldo aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und den wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren belief sich im DZ BANK-Konzern – nach der gemäß § 340c Abs. 2 HGB zulässigen Verrechnung mit den Aufwendungen – auf 73 Mio € (Vorjahr: –19 Mio €). Der gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserte positive Saldo berücksichtigt

neben Wertanpassungen der Wertpapiere des Finanzanlagevermögens insbesondere einen Ergebnisbeitrag in Höhe von 128 Mio €, der aus der Rückführung der als nicht strategisch anzusehenden Beteiligung der DZ BANK an der Deutsche Börse AG von einem Anteil in Höhe von 4,2 Prozent auf nunmehr 0,6 Prozent resultiert.

Die außerordentlichen Aufwendungen

in Höhe von 152 Mio € enthalten im Wesentlichen bei der DZ BANK angefallene Restrukturierungsaufwendungen und Fusionskosten sowie Aufwendungen im Zusammenhang mit Sozialplan- und Vorruhestandszahlungen.

Der **Gewinn vor Steuern** nahm gegenüber dem um den BSH-Einmaleffekt bereinigten Vergleichswert des Vorjahres um 169 Mio € zu; er belief sich auf –83 Mio €.

Nach Steuern beträgt der **Jahresüberschuss** 114 Mio €.

Volumensentwicklung

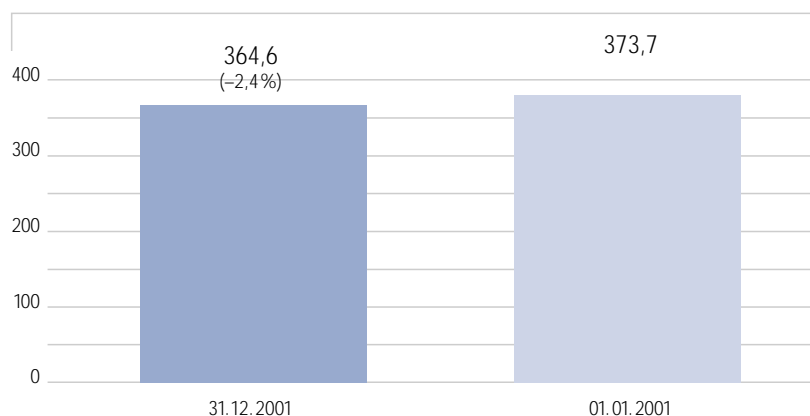
Die **Bilanzsumme** des Konzerns verminderte sich per 31. Dezember 2001 um 9,0 Mrd € oder 2,4 Prozent auf 364,6 Mrd €. Die Volumensminderung war dominiert von der Entwicklung bei der DZ BANK. Daneben hat sich die Bilanzsumme bei der BSH sowie bei der cosba private banking ag ermäßigt.

Das **Kreditvolumen** belief sich zum Ende des Berichtsjahres auf 178,7 Mrd € (1. Januar 2001: 183,5 Mrd €).

Die **Forderungen an Kreditinstitute** reduzierten sich um 6,4 Mrd € oder 5,7 Prozent auf 107,0 Mrd €. Bei der DZ BANK war ein Rückgang in Höhe von 3,3 Mrd € festzustellen. Die DG HYP wies eine Veränderung gegenüber dem Vorjahr von –1,2 Mrd € auf, bei der BSH ergab sich eine Abweichung zum Vorjahrresultimo in Höhe von –1,1 Mrd €.

Bilanzsumme DZ BANK-Konzern 31.12.2001/01.01.2001

(in Mrd €)



Die **Forderungen an Kunden** lagen mit 119,1 Mrd € nahezu auf dem Niveau des Vorjahres. Während die Kundenforderungen der DZ BANK um 2,8 Mrd € abnahmen, konnten die DG HYP (+1,3 Mrd €) mit einem gegenüber dem Vorjahr nochmals leicht verstärkten Hypothekar- und Kommunalkreditgeschäft und die BSH (+0,3 Mrd €) infolge der Ausweitung der von ihr begebenen Bauspardarlehen und Zwischenkredite Zuwächse verzeichnen.

Die **Wertpapiere** verminderten sich um 0,7 Mrd € auf 89,2 Mrd € vornehmlich aufgrund der Rückführung von Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von 6,2 Mrd € bei der DZ BANK, wobei sich der Bestand der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere bei der Muttergesellschaft um 1,2 Mrd € erhöhte. Zugenommen haben auch die Wertpapiere der BSH um 0,4 Mrd € bzw. der DZI um 0,5 Mrd €. Die DG HYP verzeichnete zum 31. Dezember 2001 einen gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mrd € gestiegenen Bestand an festverzinslichen

Wertpapieren. Dabei nutzte die DG HYP die ihr gemäß dem dritten Finanzmarktförderungsgesetz eröffnete Möglichkeit, Anleihen öffentlicher Emittenten und öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute als ordentliche Deckung für öffentliche Pfandbriefe zu nutzen.

Die **Ausgleichsforderungen** stellten sich zum 31. Dezember 2001 auf 0,3 Mrd € (1. Januar 2001: 4,7 Mrd €). Ausschlaggebend für den Rückgang dieser Bilanzposition war die Tilgung von Ausgleichsforderungen durch den Bund, die sich bei der DZ BANK in einem um 4,4 Mrd € niedrigeren Bilanzausweis auswirkte.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** beliefen sich zum Ende des Berichtsjahres auf 129,8 Mrd € und waren damit insgesamt in Höhe von 7,7 Mrd € niedriger als zum Vorjahresultimo. Einer Reduzierung dieser Verbindlichkeiten bei der DZ BANK in Höhe von 10,6 Mrd € und bei der BSH um 1,1 Mrd € standen bei der DZI und bei der DG HYP jeweils Erhöhungen um 2,2 Mrd € gegenüber.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** blieben mit einem Betrag in Höhe von 79,7 Mrd € gegenüber dem Vorjahr fast unverändert. Die Kundeneinlagen der DG HYP und der BSH nahmen um 1,1 Mrd € bzw. 0,2 Mrd € zu, diejenigen der DZI ermäßigten sich um 1,4 Mrd €.

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten** verminderten sich um 5,4 Mrd € oder 5,2 Prozent auf 98,1 Mrd €. Dies resultiert maßgeblich aus einem um 5,7 Mrd € niedrigeren Bestand an begebenen Schuldverschreibungen der DZ BANK.

Das **Eigenkapital** des Konzerns belief sich im Jahr 2001 auf 5,8 Mrd € (Vorjahr: 5,6 Mrd €). Die Eigenmittel nach BIZ betragen 12,9 Mrd €, das Kernkapital (BIZ) stellte sich auf 6,2 Mrd €. Die vorgegebenen Mindeststandards wurden mit 4,9 Prozent für die Kernkapitalquote nach BIZ und mit 9,1 Prozent für die Eigenmittelquote nach BIZ deutlich übertroffen.

II. Risiküberwachung im DZ BANK-Konzern

Allgemeine Anmerkungen

Wesentliches Merkmal von Bankgeschäften und Finanzdienstleistungen ist das Management von Risiken als Voraussetzung zur Wahrnehmung von Geschäftschancen. Risiko und Rendite stehen somit in einem engen Zusammenhang.

Unter **Risiko** wird dabei die negative Abweichung einer Werteposition von ihrem Erwartungswert verstanden. Risiko stellt also die Gefahr unerwarteter Verluste dar.

Der DZ BANK-Konzern klassifiziert Risiko nach den folgenden Kategorien:

- Marktpreisrisiken
- Adressenausfallrisiken
- Liquiditätsrisiken
- Operationelle Risiken
- Strategische Risiken

Dieser Differenzierung folgt auch die Struktur des vorliegenden Risikoberichtes.

Der DZ BANK-Konzern unterliegt einer Vielzahl **rechtlicher Regelungen**, die bei der Implementierung des Risiküberwachungssystems zu beachten sind. Besonders hervorzuheben ist dabei § 25a Absatz 1 KWG, der Kreditinstitute verpflichtet, über geeignete Regelungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken sowie über angemessene

Regelungen zur jederzeitigen Bestimmung der finanziellen Lage des jeweiligen Institutes zu verfügen.

Ergänzend hierzu sind Aktiengesellschaften seit dem 1. 5. 1998 aufgrund des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) verpflichtet, adäquate Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere ein konzernweites Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, frühzeitig erkannt werden können (§ 91 Absatz 2 AktG). Das KonTraG betont bei der Ausgestaltung des Risikofrüherkennungssystems das Kriterium der Wesentlichkeit von Risiken im Sinne der Bestandsgefährdung für die Muttergesellschaft.

Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften verlangen zudem von allen Instituten die Einhaltung bestimmter Relationen der **Eigenmittel** zu den abgeschlossenen risikobehafteten Geschäften. Die Eigenmittel stellen somit einen die Geschäftsmöglichkeiten und damit auch das Risiko begrenzenden Faktor dar.

Die konsolidierte Summe der anrechnungspflichtigen Positionen gemäß Grundsatz I betrug per 31. 12. 2001 in der **DZ BANK-Gruppe** 138,5 Mrd € bei anrechenbaren Eigenmitteln von 13,1 Mrd €. Die Gruppen-Gesamtkennziffer wurde mit 9,5 Prozent ermittelt. Bei Betrachtung der entsprechenden Werte der **DZ BANK AG** ergab sich per

31. 12. 2001 ein Volumen der Summe der anrechnungspflichtigen Positionen gemäß Grundsatz I von 86,8 Mrd €. Die anrechenbaren Eigenmittel betragen zum gleichen Zeitpunkt 10,5 Mrd €. Daraus resultiert eine Gesamtkennziffer für das Einzelinstitut zum Jahresende 2001 von 12,1 Prozent.

Der DZ BANK-Konzern bereitet sich intensiv auf die zukünftigen **Anforderungen des neuen Baseler Eigenkapitalakkordes** (Basel II) vor. In der Ausgestaltung dieses Risikoberichtes orientiert sich die DZ BANK AG an den zukünftigen Baseler Anforderungen an die Risikoberichterstattung gemäß Säule 3 (Marktdisziplin).

Die dominierende Aufgabe im Jahr 2001 stellte für die Bank die Umsetzung der **Fusion** der DG BANK AG und der GZ-Bank AG zur DZ BANK AG dar. Dabei waren im Berichtsjahr erhebliche organisatorische, personelle und technische Herausforderungen zu bewältigen, die im Jahr 2002 ihre Fortsetzung finden werden. Die Bank wird auch im Jahr 2002 den eingeschlagenen Weg zum erfolgreichen Abschluss dieser richtungweisenden Bündelung der Kräfte im genossenschaftlichen Verbund mit dem nötigen Nachdruck verfolgen.

Die Basis der Risiküberwachung bilden die unter dem Begriff **„Risikostrategie“** zusammengefassten Vorgaben der Geschäftsleitung der Konzernmutter zur

risikopolitischen Ausrichtung. Die Risikostrategie ist Ausdruck der angestrebten Risikoneigung in den Geschäftsfeldern des Konzerns und steckt grundsätzlich über die Vergabe von begrenzenden Risikolimiten den Handlungsrahmen für die risikotragenden Einheiten ab.

Das „**Risikomanagement**“ beinhaltet die Maßnahmen, die zur Umsetzung der Risikostrategie von den risikotragenden Einheiten ergriffen werden. Insbesondere werden hierunter Entscheidungen zur bewussten Risikübernahme oder aber zur Risikoverringerung verstanden.

Das „**Risikocontrolling**“ umfasst die Aufgaben Erarbeitung, Implementierung und Weiterentwicklung der Messinstrumente sowie Abbildung des Portfolioergebnisses und Risikos für jeden Verantwortungsbereich. Hinzu kommen die Überwachung und Aktualisierung von Risikoparametern sowie die Information der Geschäftsleitung über die aktuelle Risiko- und Ertragslage der Bank. Diese Aufgaben werden bis auf die Ebene der Geschäftsleitung unabhängig von den Verantwortungsbereichen für das operative Risikomanagement wahrgenommen. Die DZ BANK AG hat damit die Funktions-trennung zwischen Risikomanagement und Risikocontrolling umgesetzt und erfüllt diesbezüglich die Voraussetzungen an eine moderne Risikosteuerung.

Der Bereich **Risiko-Controlling** ist strukturell grundsätzlich nach Risikoarten mit den Abteilungen Marktpreisrisiko-Controlling, Kreditrisiko-Controlling und Controlling Operationelle Risiken aufgestellt. Die Abteilung Risikosteuerung Gesamtbank ist dafür verantwortlich, risikoarten-übergreifende Analysen und Handlungsempfehlungen abzugeben sowie eine integrierte Risiko- und Eigenkapitalsteuerung von Bank und Konzern sicherzustellen. Die Abteilungen Prozess- und Informationsmanagement, Handelsüberwachung und Compliance-Office runden den Risikosteuerungsprozess ab.

Die **Interne Revision** überwacht gemäß MaIR (Mindestanforderungen an die Ausgestaltung der Internen Revision) die Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit des Risikoüberwachungssystems. Sie führt Prüfungsmaßnahmen aufgrund eines unter Risikogesichtspunkten aufgestellten Prüfungsplanes durch und überwacht die Beseitigung der festgestellten Beanstandungen. Alle risikorelevanten Bereiche der Bank werden dabei ausreichend berücksichtigt. Hierbei ist auch das Risiko-früherkennungssystem als Teil des Risikoüberwachungssystems des DZ BANK-Konzerns gemäß KonTraG Ende des Jahres 2001 selbst Gegenstand einer solchen Prüfung gewesen.

Die Umsetzung des Konzeptes der Risikoüberwachung in AG und Konzern wird durch verschiedene **Gremien** unterstützt:

- Für den Bereich des Marktpreisrisikos und des Liquiditätsrisikos der DZ BANK AG wird das **Große Treasury Komitee** monatlich über die Managemententscheidungen der einzelnen Portfolios informiert. Das Reporting an das Komitee beinhaltet regelmäßig den Bericht nach MaH, das heißt eine kurze Darstellung der Risiko- und Ertragslage der Gesamtbank, die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Einhaltung der Grundsätze I und II und die Refinanzierungssituation der Gesamtbank. Das Komitee berät über die Steuerung dieser Größen und unterbreitet dem Gesamtvorstand entsprechende Dispositionsvorschläge. In diesem Gremium sind die Leiter der Bereiche Treasury, Fixed Income, Equities, Rechnungswesen, Research/Volkswirtschaft und Risiko-Controlling sowie die für diese Bereiche zuständigen Vorstände vertreten.
- Ein zusätzlich quartalsweise stattfindendes Konzern-Komitee (**Group Treasury Komitee**) greift die Themen des Großen Treasury Komitees auf, ergänzt sie um spezifische Konzernthemen und integriert so die wesentlichen Konzerngesellschaften in eine abgestimmte Management- und Controlling-Sichtweise.

- Im **Kredit- und Beteiligungsausschuss** als Gremium des Aufsichtsrates werden Entscheidungen über wesentliche Kreditengagements unter besonderer Beachtung der Implikationen für die Adressenausfallrisikoposition der Bank getroffen.
 - In einem separat geregelten Verfahren wird sichergestellt, dass die Auswirkungen neuer Bankprodukte auf die banktypischen Kernrisiken vor ihrer Markteinführung geprüft werden. Hier entwickeln sämtliche von einer eventuellen Neueinführung betroffenen Bereiche in einem **Produkteinführungsteam** gemeinsam einen Entscheidungsvorschlag für den Vorstand.
 - In der DZ BANK AG wird die budget- und termingerechte Durchführung von Projekten durch den vom Vorstand geleiteten **Lenkungsausschuss** überwacht. Das Gremium steuert die Projektbündel „Verbund“, „Mittelstand und Großunternehmen“, „Investment Banking“, „Asset Management und Private Banking“, „Transaktionen und Services“ sowie „Unternehmenssteuerung“. In den Projektbündeln sind die Projekte analog zu den Geschäftsfeldern der DZ BANK AG zusammengefasst. Die für das jeweilige Geschäftsfeld verantwortlichen Vorstandsmitglieder werden über die Berichts- und Eskalationswege in die Projektarbeit eingebunden.
 - Um das Funktionieren der fusionsbedingten komplexen Projektorganisation sicherzustellen, wurde das **Fusions- und Integrationsmanagement** installiert. An der Schnittstelle zwischen Projektbündeln und Lenkungsausschuss koordiniert dieses Gremium alle Aktivitäten im Hinblick auf die Zusammenführung beider Vorgängereinstitute; es hat die Funktion eines übergeordneten Multiprojektmanagements und berichtet direkt an den Lenkungsausschuss.
 - Zur Diskussion von **Technologie Risiken**, die für den Konzern von Relevanz sind, ist ein Gremium eingerichtet worden, in dem auch die als DV-Dienstleister auftretenden Tochter- und Beteiligungsgesellschaften vertreten sind.
 - Nicht zuletzt erlangen die Vorstandsmitglieder der DZ BANK AG jeweils im Rahmen der aktiven Wahrnehmung ihrer **Aufsichtsratsmandate** bei den Tochter- und Beteiligungsgesellschaften Kenntnis über gegebenenfalls entstehende bestandsgefährdende Risiken.
- Darüber hinaus umfasst das **Überwachungssystem für strategische Risiken** im DZ BANK-Konzern die vorausschauende Beurteilung der Erfolgsfaktoren und der daraus erwachsenden strategischen Risiken und Chancen für die wesentlichen Beteiligungsgesellschaften der DZ BANK AG. Auf seiner Basis werden Zielgrößen für die Beteiligungsgesellschaften abgeleitet, für deren Erreichung die Gesellschaften selbst die Verantwortung tragen.
- Die Risikoüberwachung erfolgt prinzipiell in drei Prozessschritten, die im DZ BANK-Konzern für die einzelnen Risikoarten unterschiedlich realisiert sind:
- Im Zuge der **Risikoidentifikation** werden die in die Risikoüberwachung einzubeziehenden Risikofelder durch Zuordnung der Risikoarten zu den risikotragenden Einheiten im Konzern festgelegt. Dies erfolgt nach den Kriterien der Wesentlichkeit und der Bestandsgefährdung für die DZ BANK AG als Muttergesellschaft.
 - Die **Risikomessung** umfasst die Entwicklung, Implementierung und Anwendung geeigneter Verfahren zur Messung der identifizierten Risiken.
 - Die **Risikosteuerung** beinhaltet die Bereitstellung entscheidungsrelevanter Risikoinformationen für die Risikomanager sowie die Entscheidung über die Behandlung der aufgezeigten Risiken. Die risikotragenden Einheiten können dabei auf einen Mix von Instrumenten zurückgreifen, der es ihnen erlaubt, Risiken entweder zu vermeiden, zu reduzieren oder bewusst einzugehen.

Der Prozess der Risikoüberwachung im DZ BANK-Konzern ist durch Dezentralität geprägt. Die zurzeit im Aufbau befindliche **Konzernsteuerung** wurde im Jahre 2001 deutlich erweitert.

In den Jahren 1999 und 2000 wurde der Schwerpunkt auf die Aufnahme qualitativer Komponenten bereits vorhandener Risikoüberwachungssysteme in den Dimensionen Methoden, Prozesse, Verantwortlichkeiten und DV-Systeme gelegt. Im ersten Schritt wurde von Ende Dezember 1999 bis März 2000 eine **Bestandsaufnahme** bezüglich der Risikostrategie, des Risikomanagements und des Risikocontrollings in relevanten Einheiten der Bank durchgeführt.

In die Konzernerhebung wurden ausgewählte Tochter- und Beteiligungsgesellschaften einbezogen, von denen aufgrund von Haftungsrisiken, insbesondere bei abgegebenen Patronatserklärungen, bei Freistellung von der BVR-Sicherungseinrichtung sowie sonstigen Haftungsübernahmen, potenzielle Bestandsgefahren für das Mutterunternehmen ausgehen können.

Mittels eines standardisierten Fragebogens wurden die verschiedenen Risikoeinheiten zur Ausgestaltung des derzeit implementierten Risikoüberwachungssystems bezüglich Marktpreisrisiken, Adressenausfallrisiken, Liquiditätsrisiken, Operationeller Risiken und Strategischer Risiken befragt.

Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung der Risikoüberwachung bis hin zur Harmonisierung des bestehenden Instrumentariums wurden in die Wege geleitet. So wurde ein **Arbeitskreis Konzernrisikosteuerung** mit Vertretern bedeutender Tochtergesellschaften eingerichtet, der zunächst den Ausbau des Konzernrisikoberichtswesens vorantreibt.

Eine zweite Erhebung zu Beginn des Jahres 2001 diente dazu, den Erfolg der bisher eingeleiteten Maßnahmen zu überprüfen. Die dabei benutzten Erhebungsbögen waren insbesondere hinsichtlich der konkreten Risikomessverfahren und der darin verwendeten Risikoparameter sowie der jeweiligen Risikoindikatoren überarbeitet worden. Auch wurden die in den einzelnen Risikoeinheiten bestehenden Reportinginhalte und -strukturen detaillierter abgefragt. Im Rahmen des Group Treasury Komitees und des Arbeitskreises Konzernrisikosteuerung werden diese Arbeiten im Jahr 2002 fortgesetzt.

Innerhalb der DZ BANK AG wird zur internen Steuerung eine **Verlustobergrenze** als Maßgröße zur Quantifizierung der Risikotragfähigkeit der Bank bestimmt. Die Verlustobergrenze leitet der Vorstand grundsätzlich aus den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln der Bank ab und legt damit den maximalen Betrag fest, den die Bank durch das Eingehen von Risiken in einem Geschäftsjahr verlieren darf. Die Verlustobergrenze bezieht sich auf die Risikoarten Marktpreisrisiko, Adressen-

ausfallrisiko (Kredit- und Handelsgeschäft) sowie Operationelles Risiko. Die weitere Aufteilung der Verlustobergrenze auf Limite der einzelnen Risikoeinheiten erfolgt im Rahmen des Planungsprozesses über eine Beschlussvorlage des Großen Treasury Komitees durch den Gesamtvorstand. Somit entstehen risikoartenspezifische Verlustobergrenzen, die die dahinter liegende (Risiko-)Limitstruktur bestimmen. Bis zum 1. 3. 2002 basierte die interne Risikosteuerung auf den Verlustobergrenzen beider Vorgängereinstitute.

Im Folgenden werden der Stand des Risikoüberwachungssystems und die Risikolage des DZ BANK-Konzerns für die einzelnen Risikoarten beschrieben; zum Abschluss des Risikoberichtes folgt ein Ausblick auf die geplanten Weiterentwicklungen des Risikoüberwachungssystems im Jahr 2002.

Marktpreisrisiko

Unter Marktpreisrisiko wird der unerwartete Verlust verstanden, der aufgrund nachteiliger Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern entstehen kann. Das Marktpreisrisiko untergliedert sich gemäß dem zugrunde liegenden Geschäftsgegenstand in die Risikoarten Zinsänderungs-, Währungs-, Aktienkursrisiko und sonstiges Preisrisiko.

Im Jahr 2001 wurde ein **konzernübergreifendes Marktpreisrisiko-Berichtswesen** unter Einbeziehung bedeutender Konzerngesellschaften (DZ BANK AG, Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Deutsche Genossenschafts-Hypothekbank AG, Deutsche Verkehrsbank AG und DZ BANK International S.A.) implementiert. Damit sind die wesentlichen, Marktpreisrisiko tragenden Risikoeinheiten im Konzern in das Berichtssystem eingebunden. Das quantitative Vorstandsreporting erfolgt auf Quartalsbasis und berücksichtigt sowohl Value-at-Risk-orientierte Risikozahlen als auch Marktpreisrisikowerte, die nach dem Szenario-Ansatz ermittelt werden. Einem über die beteiligten Gesellschaften aggregierten Marktpreisrisikolimit von 931 Mio € stand per 31. 12. 2001 ein kumulierter Risikowert von 537 Mio € gegenüber.

Des Weiteren melden die beteiligten Konzerngesellschaften im Rahmen eines **Ad-hoc-Berichtswesens** auf Einzelinstitutsebene auftretende Limitüberschreitungen unverzüglich an die DZ BANK AG. Im Berichtszeitraum wurde eine solche Limitüberschreitung auf Institutsebene nicht registriert.

Zudem wurde im Jahr 2001 mit dem Aufbau eines **Value-at-Risk-basierten Konzernberichtes** über Marktpreisrisiken begonnen. Ziel dieses Berichtswesens

ist die Ermittlung einer Risikokennzahl für die einbezogenen Konzerngesellschaften nach der gleichen Methodik unter Berücksichtigung institutsübergreifender Hedge- und Korrelationseffekte. Die Projektaktivitäten werden im Jahr 2002 fortgesetzt.

Im Rahmen der **Risikosteuerungspolitik der DZ BANK AG** sind alle marktpreisrisikobehafteten Positionen der Bank, sowohl des Handels- als auch des Anlagebuches, jeweils exakt definierten Teilportfolios zugeordnet. **Das Management eines Teilportfolios** erfolgt dezentral durch Teilportfolio-Manager, denen die Verantwortung für Risiko und Performance von der Geschäftsleitung übertragen wurde.

Das Controlling für die marktpreisrisikobehafteten Positionen der Bank wird durch den Bereich Risiko-Controlling wahrgenommen, der zur Wahrung seiner Unabhängigkeit bis zur Ebene der Geschäftsleitung aufbauorganisatorisch von den für das Risikomanagement zuständigen Einheiten getrennt ist. Der Bereich informiert im Rahmen des **Management-Reportings** sowohl die für das Risikomanagement und das Risikocontrolling verantwortlichen Mitglieder der Geschäftsleitung als auch die für das aktive Management der Teilportfolios verantwortlichen Führungskräfte täglich über Marktpreisrisiko und Performance der Gesamtbank beziehungsweise der relevanten Teilportfolios.

Die interne Steuerung des Marktpreisrisikos beruht in der DZ BANK AG auf dem so genannten **Teilportfolio-Konzept**, das die Bank – im Sinne eines Portfoliobaums – als eine hierarchisch aufgebaute Portfoliostruktur aus Teilportfolios definiert hat (Portfoliohierarchie). Auf der höchsten Ebene der Portfoliohierarchie befindet sich das Gesamtbank-Portfolio, das als Aggregation aller marktpreisrisikobehafteten Positionen der DZ BANK AG verstanden wird. Nach eindeutig abgegrenzten Verantwortungsbereichen wird das Gesamtbank-Portfolio auf den nachfolgenden Ebenen der Portfoliohierarchie auf Teilportfolios disaggregiert. Für die Zwecke der Risikosteuerung und -überwachung wurde bis zur Zusammenführung der Portfolios am 1. 3. 2002 zwischen den Teilportfolios der beiden Vorgängerinstitute unterschieden. Für die ehemalige DG BANK sind dies die Handelsbereiche der Organisationseinheit Investment Banking Aktien/Corporate Finance/Strukturierte Finanzierung, die Handelsbereiche der Organisationseinheit Investment Banking/Zins und Währung, die Handelsbereiche der Filialen New York, London und Hongkong, der Nicht-handelsbereich Zentraldisposition sowie der Nichthandelsbereich der strategischen Portfolios. Für die ehemalige GZ-BANK sind dies die Handelsbücher der Bereiche Fixed Income, Aktienhandel, Treasury und Brokerage sowie das Anlagebuch, das auch die Risikopositionen der Auslandsfilialen Singapur und

Luxemburg umfasst. Mit der am 1. 3. 2002 erfolgten Portfoliozusammenführung wurde für die DZ BANK AG eine einheitliche Portfoliohierarchie geschaffen. Unterhalb des Gesamtbank-Portfolios sind dies die inländischen Handelsbereiche Fixed Income, Equities, Sales & Brokerage und Treasury, die Nichthandelsbereiche Zentraldisposition und strategische Portfolios sowie die Auslandsfilialen New York, London, Hongkong, Singapur und Luxemburg.

Zur Steuerung des Marktpreisrisikos besteht ein sich auf alle Teilportfolios beziehendes **Limitsystem**, mit dem neben dem eingegangenen Marktpreisrisiko auch die sich im Geschäftsjahresverlauf kumulierenden Verluste limitiert werden. Die Marktpreisrisikolimiten sind als asymmetrisch dynamische Limite definiert. Dabei werden im Geschäftsjahr aufgelaufene Verluste auf die Limitauslastung angerechnet, während erwirtschaftete Gewinne unberücksichtigt bleiben. Zur Risikosteuerung werden die Teilportfolio-Limiten der zweiten Ebene von den hierfür zuständigen Führungskräften auf die nachfolgenden Hierarchieebenen disaggregiert. Das Marktpreisrisikolimit ist abhängig von der Risikomessmethode, auf deren Basis die interne Risikosteuerung erfolgt. In der DZ BANK AG existieren Szenario- und Value-at-Risk-Limiten. Im Zeitraum vor der Portfoliozusammenführung am 1. 3. 2002 fanden die Limitsysteme beider Vorgängerinstitute

Anwendung. Diese entsprachen im Wesentlichen der nach dem 1. 3. 2002 gültigen Limitierungslogik. Für das Anlagebuch der ehemaligen GZ-Bank AG bestand vor der Vereinheitlichung der Risikosteuerung keine Risikolimitierung, stattdessen war die Limitierung auf die Verlustbegrenzung im Sinne des handelsrechtlichen Abschreibungsbedarfes ausgerichtet.

Die interne Messung des Marktpreisrisikos erfolgt in der DZ BANK AG – mit Ausnahme der Zentraldisposition – für die gesamte Portfoliohierarchie mit Hilfe des **Value-at-Risk**-Konzeptes. Der Value-at-Risk quantifiziert – bezogen auf eine bestimmte Portfoliohaltedauer – den möglichen zukünftigen Verlust, der unter normalen Marktbedingungen mit einer festgelegten Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. In Übereinstimmung mit den Vorgaben des Grundsatzes I wird der Value-at-Risk in der DZ BANK AG auch zum Zweck der internen Risikosteuerung mit einem Konfidenzniveau von 99 Prozent und einer angenommenen Haltedauer von 10 Handelstagen berechnet.

Zur Berechnung des Value-at-Risk bedient sich die DZ BANK AG eines internen Risikomodells, das im DV-System MaRS (MarktpreisRisikoSteuerung) implementiert ist. Eine Ausnahme hierzu bilden die in der Systemwelt der ehemaligen GZ-Bank AG verbliebenen Risikopositionen. Hier erfolgt die Value-at-Risk-Messung noch auf Basis der beim Vor-

gängerinstitut bestehenden Methoden und Prozesse, wobei das Marktpreisrisiko weitestgehend ohne Berücksichtigung von Korrelations- und Hedgeeffekten zwischen den Risikofaktoren und Teilportfolios ermittelt wird.

Für die MaRS-Portfoliohierarchie wird täglich durch eine **historische Simulation** der letzten 250 Handelstage eine Berechnung des Value-at-Risk vorgenommen. Die Front-Office-Systeme liefern die erforderlichen Daten in die Geschäftsdatenbank. Eine weitere Datenbank enthält täglich aktualisierte Marktdaten wie Kurse, Zinssätze und Volatilitäten, die historisch verfügbar sind. MaRS ermittelt auf der Grundlage dieser Informationen Barwerte, Sensitivitäten und den Value-at-Risk für alle Handelsprodukte und Portfolios. Bei der Bestimmung des Gesamt-Value-at-Risk und der Aggregation auf übergeordnete Portfolioebenen werden die risikomindernden Korrelationseffekte und damit die Vorteile der Diversifikation berücksichtigt.

Das **interne Risikomodell** der DZ BANK AG wurde vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen zur Berechnung der Eigenmittelunterlegung für Marktpreisrisikopositionen auf Value-at-Risk-Basis – gemäß Grundsatz I – zugelassen. Die Eignungsbestätigung wurde für die Zentrale in Frankfurt sowie für den Auslandsstandort New York erteilt und bezieht sich auf die Währungs-

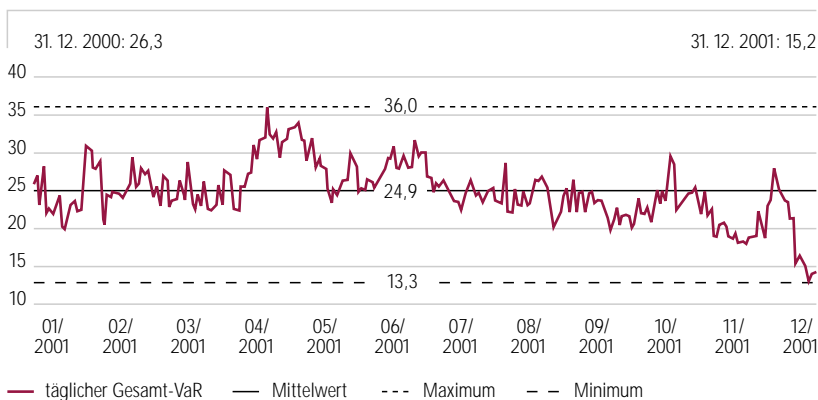
gesamtposition sowie das allgemeine Kursrisiko der Zins- und der Aktiennettoposition. Darüber hinaus ist es der DZ BANK AG erlaubt, bei der aufsichtsrechtlichen Meldung Korrelationseffekte zu berücksichtigen. Der für die Höhe der Eigenmittelunterlegung relevante Zusatzfaktor nach § 33 Grundsatz I wurde im Mai 2001 vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen mit sofortiger Wirkung von 1,6 auf 0,6 gesenkt.

Der Value-at-Risk der Handelsbereiche sowie der Auslandsfilialen

der DZ BANK AG in New York, London und Hongkong belief sich per 31. 12. 2001 auf 15,2 Mio €. Die unten stehende Grafik zeigt die Entwicklung des täglichen Value-at-Risk der Handelsbereiche sowie der genannten Auslandsfilialen in 2001 mit Kennzeichnung des Stichtagswertes sowie des minimalen, des maximalen und des durchschnittlichen Wertes.

Entwicklung des täglichen Gesamt-Value-at-Risk der Handelsbereiche

(in Mio €)



Gesamt-Value-at-Risk der strategischen Portfolios

in Mio €			
Jahresultimo	Mittelwert 2001	Minimalwert 2001	Maximalwert 2001
157,4	109,2	77,6	157,4

Die oben stehende Tabelle zeigt für die DZ BANK AG den täglich ermittelten **Value-at-Risk der strategischen Portfolios** in 2001 unter Nennung der Stichtags-, Durchschnitts-, Minimal- und Maximalwerte für das Jahr 2001.

Zur Verifizierung der Risikomodellierung wird ein tägliches **Backtesting** durchgeführt. Für die gesamte MaRS-Portfoliohierarchie werden hierbei die täglichen Gewinne und Verluste mit den anhand des internen Risikomodells auf Basis einer Haltedauer von einem Handelstag errechneten Value-at-Risk-Zahlen verglichen. Zur Ermittlung der täglichen Gewinne und Verluste bedient sich die DZ BANK AG der Konzeption „Hypotheti-

sche Wertänderung“, bei der die Marktveränderung der Tagesendposition der Portfolios bei Verwendung der am nächsten Handelstag erfassten Marktdaten berechnet wird (Clean Backtesting). Die Modellannahme zur Berechnung des Verlustpotenzials besagt, dass an höchstens einem Prozent der Handelstage der Verlust höher ausfallen kann als der simulierte Value-at-Risk. Im Jahr 2001 kam es auf der Ebene des gesamten Handelsportfolios der Bank an keinem Handelstag zu Verlusten, die den simulierten Value-at-Risk überschritten hätten. Das interne Risikomodell der DZ BANK AG hat die Marktpreisrisiken im Jahr 2001 folglich richtig eingeschätzt.

Zur Berücksichtigung extremer Marktbewegungen wird mit dem internen Risikomodell ein wöchentliches **Stress-testing** durchgeführt. Diese Krisentests beinhalten die Simulation von großen Schwankungen der Risikofaktoren im Zins-, Fremdwährungs- und Aktienbereich und dienen dem Aufzeigen von Verlustpotenzialen, die nicht über den täglichen Value-at-Risk erfasst werden. Im Rahmen der Stresstests werden sowohl tatsächlich in der Vergangenheit aufgetretene extreme Marktbewegungen als auch Krisenszenarien unterstellt, die – unab-

hängig von der Marktdatenhistorie – als ökonomisch relevant eingeschätzt werden. Auf Basis der im Rahmen der wöchentlichen Stresstests simulierten Wertverluste wird die Angemessenheit der bankweit geltenden Limithierarchie kontinuierlich einer Überprüfung unterzogen.

Die interne Steuerung des Marktpreisrisikos der **Zentraldisposition**, also des Kredit- und Eigenemissionsgeschäftes, erfolgt in der DZ BANK AG täglich auf Basis risikoavers gewählter Szenarien für das Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiko (Szenarioansatz).

Die unten stehende Tabelle zeigt für die Zentraldisposition das täglich ermittelte Marktpreisrisiko unter Nennung der Stichtags-, Durchschnitts-, Minimal- und Maximalwerte für das Jahr 2001.

Die DZ BANK AG wird auch im Jahre 2002 grundsätzlich an der **Marktpreisrisikostategie** der vergangenen Jahre festhalten. Im Handelsgeschäft wird die DZ BANK AG weiterhin den Schwerpunkt auf das Kundengeschäft setzen. Eigenhandel wird vor allem dann betrieben, wenn er der Unterstützung des Kundengeschäftes dient. Im Gegensatz zum

„klassischen“, auf Ertragserzielung durch Risikonahme ausgerichteten Eigenhandel wird die Kernkompetenz in der Fähigkeit gesehen, Risiken einzugehen und zu managen, um dadurch eine an der Kundennachfrage ausgerichtete Produktpalette anbieten zu können. Darüber hinaus wird die DZ BANK AG die eigene Marktposition im Handel mit Bonitätsprodukten weiter ausbauen. Ausgerichtet an der risikopolitischen Strategie der Bank hat die Geschäftsleitung für das Jahr 2002 keine wesentlichen Änderungen der marktpreisrisikobezogenen Limite vorgenommen.

Für das Jahr 2002 sind neben der bedarfsorientierten Anlage neuer Risikofaktoren im Bereich Aktien, speziell bei den Zins-Risikofaktoren, wesentliche Erweiterungen des Risikomodells geplant. Aufgrund des Ausbaus der Aktivitäten mit Bonitätsprodukten werden die Portfolios zukünftig in zunehmendem Maße sensitiv gegenüber Veränderungen der Bonitätseinschätzung der Emittenten reagieren. Um solche – im Sinne des Grundsatzes I – als besondere Kursrisiken bezeichneten Marktpreisrisiken über das interne Risikomodell als Value-at-Risk abzubilden, ist geplant, Risikofaktoren anzulegen, die die Renditedifferenz

(Spread) einer Bonität gegenüber einem aus Bonitätssicht als risikolos eingeschätzten Finanzinstrument (zum Beispiel einer Staatsanleihe) widerspiegeln.

Adressenausfallrisiko

Unter Adressenausfallrisiko ist die Gefahr eines unerwarteten Verlustes zu verstehen, der dadurch entsteht, dass ein Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem DZ BANK-Konzern nicht nachkommt. Die Gefahr des unerwarteten Verlustes kann aber auch daraus resultieren, dass sich durch die Verschlechterung der Bonität des Geschäftspartners die Wahrscheinlichkeit der Erfüllung seiner Verpflichtungen verringert und dadurch der wahrscheinlichkeitsgewichtete Barwert der vertraglichen Ansprüche der Bank gegenüber dem Geschäftspartner reduziert wird.

Adressenausfallrisiken innerhalb des DZ BANK-Konzerns werden unter anderem durch die umfangreichen **aufsichtsrechtlichen Anforderungen** des KWG begrenzt. Tochter- und Beteiligungsunternehmen mit nennenswerten Adressenausfallrisiken unterliegen ebenfalls entsprechenden aufsichtsrechtlichen Vorschriften. Die Adressenausfallrisiken des DZ BANK-Konzerns werden in dieser Hinsicht sowohl dezentral im Rahmen dieser aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen der einzelnen Tochter- und Beteiligungsunternehmen als auch zusätzlich zentral von der DZ BANK AG als Konzernmutter durch Herstellung einer konsolidierten

Marktpreisrisiko der Zentraldisposition

in Mio €			
Jahresultimo	Mittelwert 2001	Minimalwert 2001	Maximalwert 2001
0,51	0,92	0,10	2,74

Sichtweise gemäß den Anforderungen des Grundsatzes I und der Großkreditvorschriften überwacht.

Für die Steuerung des klassischen Kreditrisikos im **DZ BANK-Konzern** werden von ausgewählten Tochtergesellschaften regelmäßig **kreditrisikorelevante Informationen** – das sind beispielsweise Limite, Inanspruchnahmen, Branchen, Bonitäten, Sicherheiten, Risikovorsorge – erfasst und aggregiert. Die hierdurch unter den gegebenen Prämissen erzeugte Gesamtsicht auf das Engagement des Konzerns mit einem Kunden liefert wichtige Informationen für die Entscheidung über eine Ausweitung des jeweiligen Forderungsbestandes. Darüber hinaus können konzernweite Risikokonzentrationen auf diese Weise erkannt werden und durch entsprechende Maßnahmen – bis hin zu einer Anpassung der zukünftigen Risikostrategie – reduziert werden. Die Validität der erstellten Auswertungen konnte im Berichtszeitraum durch den Ausbau der technischen Unterstützung des Konzernrisikoberichtswesens weiter verbessert werden.

Zudem wurde im Jahr 2001 mit dem Aufbau eines Konzern-Adressenausfallrisikoberichtswesens begonnen, das auf der Methode des Value-at-Risk basiert. Der unerwartete Verlust wird dabei aus den Schwankungen der Nettorisikovorsorgequoten der einbezogenen Konzerngesell-

Gewichtete Aktiva bedeutender Konzerngesellschaften gemäß Grundsatz I im DZ BANK-Konzern

Beträge in Mrd €		
Konzerngesellschaften	31. 12. 2000	31. 12. 2001
DZ BANK AG ¹⁾	73,0	68,4
Bausparkasse Schwäbisch Hall AG	15,9	16,0
Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG	16,1	17,8
Deutsche Verkehrsbank AG	7,2	8,3
DZ BANK International S.A. ²⁾	5,0 ²⁾	6,0
Union-Fonds-Holding AG	0,2	0,3
VR-LEASING AG	1,6	1,6

¹⁾ Risikoaktiva per 31. 12. 2000 durch Aggregation der Werte der jeweiligen Vorgängerinstitute

²⁾ Risikoaktiva der ehemaligen GZ-Bank International S.A. nach Luxemburger Aufsichtsrecht

schaften ermittelt. Auf dieser Basis können Korrelationen zwischen den Gesellschaften untersucht, das Ausmaß der Diversifikation des Adressenausfallrisikos im Konzern dargestellt und schließlich eine Aussage über das ökonomische Eigenkapital, das durch Adressenausfallrisiken im Konzern gebunden ist, getroffen werden. Die diesbezüglichen Aktivitäten werden im Jahr 2002 fortgesetzt und intensiviert.

Zeitvergleiche der durchschnittlichen Bonitätsgewichte (gewichtete Risikoaktiva im Verhältnis zu ungewichteten einschließlich der Volumina der Null-gewichteten Risikoaktiva) liefern ergänzende Anhaltspunkte zur Entwicklung des Risikogehaltes des Kreditportfolios. Das Verhältnis der gewichteten und ungewichteten Risikoaktiva zeigt im Zeitvergleich das Ausmaß der Risikonahme im Vergleich zum Gesamtexposure des einzelnen

Institutes und des Teilkonzerns. Dem Group Treasury Komitee wird vierteljährlich über die Entwicklung der durchschnittlichen Bonitätsgewichte berichtet.

Adressenausfallrisiken ergeben sich für den DZ BANK-Konzern insbesondere aus der umfangreichen Geschäftstätigkeit mit mittelständischen Unternehmen im Direkt- und Metakreditgeschäft, aus dem Großkundengeschäft und im Bereich der Immobilienkredite. Das konsolidierte Volumen der **gewichteten Aktiva** gemäß Grundsatz I beläuft sich per 31. 12. 2001 auf 120 Mrd €. Die DZ BANK AG trug mit einem Volumen von über 68 Mrd € maßgeblich zu dieser Höhe bei. Die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG mit 16 Mrd €, die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG mit

18 Mrd €, die Deutsche Verkehrsbank AG mit 8 Mrd € sowie die DZ BANK International S.A. mit 6 Mrd € leisteten ebenfalls bedeutende Beiträge.

Im Rahmen der internen Adressenausfallrisikosteuerung wurden in der DZ BANK AG sowie in den relevanten Tochter- und Beteiligungsunternehmen **Limitsysteme** eingerichtet, um sicherzustellen, dass keine über den vom jeweiligen Vorstand genehmigten Umfang hinausgehenden Adressenausfallrisiken gegenüber einzelnen Geschäftspartnern eingegangen werden. Entsprechende geschäftspartnerbezogene Globallimite werden in der **DZ BANK AG** grundsätzlich auf Adressenausfallrisiken aus klassischem Kreditgeschäft und Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften aufgeteilt.

Die Überwachung der Einhaltung der Adressenausfallrisikolimite aus dem **klassischen Kreditgeschäft** sowie der Länderrisikolimite wird vom Bereich Kreditmanagement gewährleistet. Etwaige Überziehungen werden erkannt und an die zuständigen Einheiten gemeldet.

Die kontrahenten- und konzernbezogenen Adressenausfallrisikolimite für **Handelsgeschäfte** sind produktartenunabhängige Globallimite, die weiter in Laufzeitlimite differenziert werden. Diese laufzeitbezogene Limitstruktur ist auf sieben Standard-Laufzeitbänder (1 Monat,

1 Jahr, 2, 5, 10 und 15 Jahre sowie Overall) begrenzt worden. Dabei werden Limite für das Wiedereindeckungsrisiko (positiver Marktwert eines Handelsgeschäftes), für das Erfüllungsrisiko (Gefahr, dass der Vertragspartner nach Fälligkeit ausfällt und die eigene Leistung bereits gezahlt worden ist) und für das Emittentenrisiko (Gefahr, dass der Emittent eines Wertpapiers seinen Verpflichtungen nicht nachkommt) unterschieden. Zur Begrenzung von Transferrisiken werden darüber hinaus Länderlimite vergeben.

Die Limite für das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften werden von der Abteilung Kreditrisiko-Controlling überwacht. Zu diesem Zweck werden die ausfallrisikorelevanten Geschäftsdaten aus den Front-Office-Systemen täglich aggregiert und die hieraus resultierenden Risikobeträge entsprechenden Volumenslimiten gegenübergestellt. Grundsätzlich erfolgt dabei die Anrechnung der Wiedereindeckungsrisiken für Handelsprodukte gemäß der aufsichtsrechtlichen Marktbewertungsmethode. Für Erfüllungsrisiken wird auf die bei Fälligkeit des Geschäftes vom Kontrahenten zu leistenden Zahlungen abgestellt.

Vorwarnprozesse bei hoher Limitauslastung sowie Prozesse für den Fall einer Überziehung sind implementiert; eine Überprüfung der Limithöhen erfolgt im Rahmen der bonitätsabhängigen Kreditüberwachung in mindestens jährlichen Abständen. Neben der gegebenenfalls täglichen Meldung von Überziehungen

existiert ein monatliches Berichtswesen bezüglich schwebender Termingeschäfte mit bedeutenden Kontrahenten, in dem unter anderem Limite und Limitauslastungen differenziert nach Bonitätsklassen gemeldet werden.

Eine weitere Verbesserung des beschriebenen Limitsystems für Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften wurde im Berichtsjahr initiiert, da fusionsbedingt die Systeme und Datenbasen der beiden Vorgängerinstitute noch zu integrieren sind. Zur Erreichung dieses Zieles wurde ein Projekt initiiert, das zudem zu einer wesentlichen Verminderung des Kontrollaufwandes und, durch die Einführung einer übersichtlicheren Limitsystematik, einer Verbesserung der Steuerung führen soll. Darüber hinaus sollen Funktionalitäten für Netting sowie für die Berücksichtigung vorhandener Sicherheiten in das Limitsystem integriert werden.

Im Rahmen des Ausbaues der gesamtengagementbezogenen Adressenausfallrisikosteuerung wird die DZ BANK AG im Jahr 2002 die Arbeiten an der Optimierung der Schnittstellen zwischen klassischem Kreditgeschäft und Handelsgeschäft fortsetzen.

Zur Beurteilung der **Bonität** eines Geschäftspartners werden in der DZ BANK AG detaillierte Bilanzanalysen, Branchenvergleiche und Finanzanalysen durchge-

führt. Letztere erlauben durch ihre Cashflow-Betrachtung eine um Bewertungseinflüsse bereinigte Bonitätseinschätzung. Das ebenfalls verwendete Scoring-Verfahren hat den Charakter eines Frühwarnsystems und liefert rechtzeitig Hinweise auf eine eventuelle Insolvenzgefährdung des betrachteten Unternehmens. Die mit Hilfe dieser Analysen ermittelten Kennzahlen und Einschätzungen werden in der Folge aggregiert. Zur abschließenden Beurteilung eines Kunden werden noch das Management, die Kundenbeziehung, das Branchen-Rating sowie die weitere Unternehmensentwicklung berücksichtigt. Das Gesamturteil über den Kunden drückt sich dann in einer Bonitätseinschätzung des BVR-I-Ratings aus.

Für das Kundensegment „Oberer Mittelstand“ wurde im Jahr 2001 das BVR-I-Rating im Rahmen des BVR-Projektes VR-Control zusammen mit der WGZ überarbeitet und an den Standorten München, Stuttgart und Hannover pilotiert. Eine bankweite Einführung des **Rating-systems** erfolgte im Frühjahr 2002.

Das neue Ratingsystem unterscheidet sich vom bisherigen BVR-I-Rating durch folgende Aspekte:

- Basel-II-Konformität ist sichergestellt.
- Marktadäquate Trennschärfe („Power-Statistik“) zwischen guten und schlechten Kreditnehmern wird erreicht.
- 15 statt bisher fünf Ratingklassen für

noch nicht ausgefallene Kreditnehmer ermöglichen eine weitaus größere Bonitätsdifferenzierung als bisher.

- Kalibrierung des Ratingsystems, das heißt, jede Ratingklasse ist mit einer zu erwartenden Ausfallwahrscheinlichkeit verknüpft.

Für die anderen Kundensegmente werden sukzessive analoge Ratingsysteme erarbeitet.

Angesichts der Bedeutung von **Sicherheiten** für die Beurteilung eines Kreditengagements wird die Bewertung der Sicherheiten unter Zuhilfenahme von speziellen Checklisten gesondert geprüft. Sofern für die Übertragung von Sicherheiten keine Standardverträge Verwendung finden, werden entsprechende Vereinbarungen vorab durch den internen Rechtsbereich geprüft.

Neben der Begrenzung des Adressenausfallrisikos durch Instrumente der Limitsteuerung und der Bonitätsbeurteilung ist es für die Bank bedeutsam, für das Adressenausfallrisiko adäquate Preise zu berechnen und zu vereinnahmen. Zur Kompensation der durchschnittlich erwarteten Verluste aufgrund der Ausfälle von Kreditnehmern werden daher Standardrisikokosten sowohl vor- als auch nachkalkuliert. Im inländischen Kreditgeschäft basieren die relativen **Standardrisikokosten** auf Risikoklassen, die aus der Bonitätsbeurteilung des Kunden unter Berücksichtigung von Sicherheitenklassen resultieren (siehe oben). Im in-

landsgetriebenen Auslandskreditgeschäft werden, soweit vorhanden, auf Grundlage des einem Kunden zuordenbaren Ratings einer externen Ratingagentur und dessen historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten barwertige Ausfallrisikokosten berechnet. Wenn kein externes Rating verfügbar ist, wird die Berechnungsweise des inländischen Kreditgeschäftes zugrunde gelegt.

Aufbauend auf dem neuen Ratingsystem für den Mittelstand wurde das System zur Kalkulation von Standardrisikokosten für das Kundensegment „Oberer Mittelstand“ weiterentwickelt. Zukünftig werden die Standardrisikokosten für dieses Kundensegment auf den empirisch ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten des Ratingsystems basieren, wodurch eine bonitätsdifferenziertere Preisstellung und eine genauere Abdeckung eintretender Wertberichtigungen und Direktabschreibungen durch vereinnahmte Standardrisikokosten gewährleistet werden. Der Entwicklung von Rating-systemen für weitere Kundensegmente außerhalb des Bereiches „Oberer Mittelstand“ folgend werden zukünftig für diese Kundensegmente auch die Systeme zur Kalkulation von entsprechenden Standardrisikokosten überarbeitet.

In der DZ BANK AG beträgt das **Volumen des Kreditgeschäftes** gemäß § 19 Absatz 1 KWG per 31. 12. 2001 235,3 Mrd €. Davon entfallen 74,9 Mrd € auf Wertpapiere und Finanzderivate.

Volumen des Kreditgeschäftes gemäß § 19 Absatz 1 KWG nach Kreditarten in der DZ BANK AG

in Mrd € per 31.12.2001		
Kreditart	Betrag	Anteil (in Prozent)
Kontokorrent	6,5	2,8
Darlehen ¹⁾	103,2	43,9
Geldmarktgeschäfte	12,1	5,1
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	7,9	3,4
Wertpapiere	59,0	25,1
Finanzderivate	15,9	6,7
Offene Kreditzusagen	15,9	6,7
Sonstige ²⁾	14,8	6,3
Summe	235,3	100,0

¹⁾ inklusive Schuldscheindarlehen

²⁾ Akzepte, Forfaitierungen, Diskontwechsel, sonstiges bilanzielles Geschäft, Avale, Garantien, Akkredite, sonstiges außerbilanzielles Geschäft

Neben der Höhe des ausfallrisikobehafteten Geschäftsvolumens nach Geschäftsarten gibt die **Struktur des Kreditportfolios** Anhaltspunkte über den Risikogehalt der Kreditengagements der Bank. Die Inanspruchnahmen werden dabei getrennt nach Ländern, Branchen, Bonitäten und Kundengruppen erfasst.

Der überwiegende Anteil des Kreditvolumens wurde an Geschäftspartner herausgelegt, die ihren juristischen Sitz in Deutschland haben. Mit einem Anteil von etwa einem Drittel hat das **Länderisiko** somit für die DZ BANK AG nur eine nachgeordnete Bedeutung, zumal der größte Teil des Auslandsgeschäftes mit hoch entwickelten Ländern der EU und den USA abgeschlossen wurde.

Bei Betrachtung der **Branchenstruktur** der Geschäftspartner ist festzustellen, dass über die Hälfte des Kreditgeschäftes mit Banken betrieben wird, die regelmäßig umfangreichen bankaufsichtsrechtlichen Regelungen unterworfen sind. Nach dem Bankensektor stellen die ebenfalls stark reglementierten Leasing- und Versicherungsunternehmen sowie Dienstleistungsunternehmen, die Bau- und Wohnungswirtschaft und die öffentlichen Haushalte weitere bedeutende Branchen im Kreditportfolio der DZ BANK AG dar. Die restliche Geschäftstätigkeit im Kreditgeschäft ist auf über 30 weitere Branchen diversifiziert.

Inanspruchnahmen nach Branchen in der DZ BANK AG

in Mrd € per 31.12.2001		
Branche	Betrag	Anteil (in Prozent)
Banken	146,4	62,2
Leasing- und Versicherungsunternehmen	21,3	9,1
Dienstleistungsunternehmen	15,1	6,4
Bau- und Wohnungswirtschaft	11,7	5,0
Öffentliche Haushalte	10,5	4,5
Verarbeitendes Gewerbe	9,8	4,2
Handelsunternehmen	4,8	2,1
Bergbau, Energie- u. Wasserversorgung	4,4	1,9
Privatpersonen	3,4	1,4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Ernährungswirtschaft	3,0	1,3
Verkehrsunternehmen	2,6	1,1
Sonstige	2,3	0,8
Summe	235,3	100,0

Inanspruchnahmen nach den Bonitätsklassen in der ehemaligen DG BANK AG

in Mrd € per 31.12.2001

Bonitätsklasse	Klassisches Kreditgeschäft	
	Betrag	Anteil (in Prozent)
1	5,0	12,7
2	10,9	27,7
3	12,3	31,3
4	3,2	8,1
5	1,3	3,3
6	1,7	4,3
7	1,2	3,1
Sonstige	3,7	9,5
Summe	39,3	100,0

Für das **klassische Kundenkreditgeschäft**, das auf den Forderungen an Kunden basiert und um Wertberichtigungen und Kompensationen bereinigt ist, wurde in den Vorgängerinstituten eine Bonitätseinstufung nach BVR-I-Rating vorgenommen. Dabei handelt es sich um ein Volumen von 44,5 Mrd €. Die oben stehende Tabelle zeigt die Inanspruchnahmen nach **Bonitätsklassen für die ehemalige DG BANK AG**.

In der **ehemaligen GZ-Bank AG** verteilt sich das klassische Kundenkreditgeschäft auf die Bonitätsklassen, wie aus der nebenstehenden Tabelle zu ersehen ist.

Die aufsteigende Reihe der Bonitätskennziffern in den Tabellen drückt die abnehmende Kreditnehmerbonität aus. Engagements, für die aus verschiedenen Gründen keine Bonitätsbeurteilung vor-

Inanspruchnahmen nach den Bonitätsklassen in der ehemaligen GZ-Bank AG

in Mrd € per 31.12.2001

Bonitätsklasse	Klassisches Kreditgeschäft	
	Betrag	Anteil (in Prozent)
1	1,2	22,5
2	1,7	33,8
3	1,4	26,4
4	0,4	7,8
5	0,3	5,1
6	0,2	4,4
Summe	5,2	100,0

genommen wurde, sind in der ehemaligen DG BANK AG der Position „Sonstige“ zugeordnet.

Gemäß der für die DZ BANK AG geltenden Kreditrisikostategie ist Neugeschäft maximal bis zu einer strategiekonformen Bonitätsklasse von 3 unter Berücksichtigung weiterer Nebenbedingungen zulässig. Bereits eingegangene Kreditengagements, die nicht im Einklang mit der Kreditrisikostategie stehen, sind demzufolge zu reduzieren. Kreditengagements mit Einzelrisikovorsorge werden ausschließlich in den Bonitätsklassen 6 und 7 abgebildet.

Die Inanspruchnahmen nach **Kundengruppen** sind in der DZ BANK AG im Jahr 2001 im Vergleich zum Vorjahr durch den aktiv gesteuerten Abbau von Forde-

rungen in den Segmenten Mittelstand, Großkunden und Auslandsgeschäft gekennzeichnet.

Neben der Analyse der Kreditportfoliostruktur gibt die Untersuchung der aufsichtsrechtlichen **Großkredite** gemäß §§ 13a/13b KWG und GroMiKV Anhaltspunkte für Risikokonzentrationen. Im **DZ BANK-Konzern** entfallen per 31. 12. 2001 von 24 Großkrediten 21 auf Unternehmen des Finanzsektors. Ähnlich ist die Situation bei der **DZ BANK AG** mit 21 von 26 Großkrediten an den Finanzsektor. Die größten im Jahr 2001 belaufen sich dabei im DZ BANK-Konzern auf 2,48 Mrd € und in der DZ BANK AG auf 1,54 Mrd €.

Nach den neu verabschiedeten Richtlinien der **DZ BANK AG** zur **Risikovorsorge** ist eine Einzelrisikovorsorge zu bilden, wenn eine über das gewöhnliche Adressenausfallrisiko hinausgehende Ausfallwahrscheinlichkeit der Forderung erkennbar wird oder wenn Anzeichen dafür vorliegen, dass dem Kreditnehmer die Erbringung des Zinsdienstes nachhaltig nicht möglich sein wird und die offene Zinsforderung durch Sicherheiten nicht abgedeckt werden kann. Die Einzelrisikovorsorge ist dabei nach den handelsrechtlichen Erfordernissen, das heißt unter Gesichtspunkten des Vorsichtsprinzips, zu bilden. Insofern ist sie so zu bemessen, dass mindestens ein nach Maßgabe

der Umstände des Einzelfalles wahrscheinliches Ausfallszenario abgedeckt wird. Dies gilt insbesondere auch für die Bewertung bestehender Sicherheiten. Als Vorsorgebetrag sind dabei grundsätzlich die Differenz oder der entsprechende Anteil an der Differenz zwischen Forderungsbetrag und Sicherheiten, die Kapitaldienstfähigkeit sowie bestimmte Kostenbeiträge anzusetzen. Hierbei werden Über- und Unterdeckungen aus verschiedenen Forderungen gegen eine Rechtsperson unter Einbeziehung der Sicherheiten saldiert.

Das Berichtsjahr ist erneut durch einen erhöhten Risikovorsorgebedarf gekennzeichnet, der unter anderem auf die insgesamt noch unbefriedigende Portfoliosituation der DZ BANK AG zurückzuführen ist. Der bereits reduzierte, jedoch immer noch relativ hohe Anteil nicht strategiekonformer Geschäftspartner – also unter Bonitätsgesichtspunkten als eher schwach einzustufender Kreditnehmer ohne hinreichende Besicherung – war im besonderen Maße durch die konjunkturelle Entwicklung und durch Sondereinflüsse im Geschäftsjahr betroffen. Des Weiteren handelt es sich um Engagements, bei denen eine Anpassung der Risikovorsorge nach zum Teil längerfristigen und erfolglos gebliebenen Sanierungs- und Abwicklungsbemühungen erforderlich wurde. Kredite an Kunden, bei denen infolge konjunktureller Entwicklungen Unternehmensschieflagen erkennbar wurden, tragen ebenfalls zur erhöhten

Risikovorsorge bei. Gleiches gilt für Engagements, bei denen mehrere inländische Kreditinstitute im Rahmen offenkundig geänderter Abwicklungsstrategien von zunächst vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen Abstand nahmen und in der Folge insbesondere liquiditätsbedingte Insolvenzen nicht mehr verhindert werden konnten. Schließlich führten auch Sondereffekte wie beispielsweise der Enron-Zusammenbruch zu einem gestiegenen Vorsorgebedarf.

Der für das Adressenausfallrisiko im **DZ BANK-Konzern** gebildete Vorsorgebestand wurde gegenüber dem 31. 12. 2000 um 564 Mio € erhöht und beträgt per Jahresultimo 2.950 Mio €. Dieser Steigerung liegen unter anderem eine Ausweitung der Einzelrisikovorsorge um 579 Mio € auf 2.659 Mio €, eine Verringerung der Pauschalwertberichtigungen um 11 Mio € auf 178 Mio € sowie eine Reduzierung der Länderrisikovorsorge um 4 Mio € auf 110 Mio € zugrunde. Die für die Niederlassung Luxemburg der DZ BANK AG nach lokalem Recht bestehende Sammelwertberichtigung verbleibt mit 3 Mio € auf Vorjahresniveau.

Der für das Adressenausfallrisiko in der **DZ BANK AG** gebildete Risikovorsorgebestand wurde gegenüber dem 31. 12. 2000 um 470 Mio € erhöht und beträgt per 31. 12. 2001 2.262 Mio €.

Dabei wurde die Einzelrisikovorsorge um 494 Mio € auf 2.016 Mio € angehoben und die Länderrisikovorsorge um 1 Mio € auf 109 Mio € verringert; die Pauschalwertberichtigungen wurden um 23 Mio € auf 134 Mio € reduziert. Die für die Niederlassung Luxemburg nach lokalem Recht bestehende Sammelwertberichtigung verbleibt mit 3 Mio € auf Vorjahresniveau.

Um zukünftigen unerwarteten Verlusten besser begegnen zu können, sind im Wesentlichen folgende **Maßnahmen zur Verbesserung der Risikosituation** eingeleitet worden:

Im Zuge einer Bestandsbereinigung des Kreditportfolios wurde entschieden, welche Engagements im standardisierten Kreditprozess weiterbearbeitet werden und welche Fälle mit dem Ziel einer Sanierung oder Abwicklung an entsprechende Spezialeinheiten weitergegeben werden. Die Bündelung von Zuständigkeiten ermöglicht durch das in den betreffenden Teams vorhandene Know-how eine Steigerung der Effizienz bei der Bearbeitung kritischer Engagements.

Eine weitere Maßnahme zur kurz- und mittelfristigen Verbesserung der Risikosituation besteht in der Festlegung von noch restriktiveren Kriterien für die Neugeschäftsvergabe.

Im Fokus eines für das Jahr 2002 geplanten Projektes stehen weitere Verbesserungen der Adressenausfallrisikosteuerung der DZ BANK AG. So sollen

- Basel-II-fähige Ratingsysteme für weitere Kundensegmente entwickelt und bankweit eingesetzt werden,
- bestehende Ratingsysteme auf ihre Trennschärfe geprüft und verbessert werden und
- das Standardrisikokostensystem für weitere Kundensegmente fortentwickelt werden.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko wird der unerwartete Verlust verstanden, der dadurch entstehen kann, dass Geldmittel zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen oder zur Reduzierung von Risikopositionen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen (**Liquiditätsrisiko im engeren Sinne**) oder dass Geldmittel bei Bedarf nur zu erhöhten Konditionen beschafft werden können (**Refinanzierungsrisiko**).

Ein **Marktliquiditätsrisiko** tritt bei Finanzinstrumenten auf, die aufgrund einer unzulänglichen Markttiefe oder wegen Marktstörungen nicht oder nur mit Verlusten verkauft oder glattgestellt werden können. Definiert wird das Marktliquiditätsrisiko als der während eines Halbezeitraumes von zehn Tagen mögliche Verlust bei vollständiger Liquidierung eines Teilportfolios.

Die folgenden Ausführungen zur Überwachung und zum Management des Liquiditätsrisikos beinhalten das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne und das Refinanzierungsrisiko. Das Marktliquiditätsrisiko wird von den einzelnen Teilportfolio-Managern gesteuert und ist in dem Value-at-Risk enthalten, der zur Risikoüberwachung für die Marktpreisrisiken ermittelt wird. Eine gesonderte und zentrale Quantifizierung des Marktliquiditätsrisikos wird derzeit nicht vorgenommen.

Das Liquiditätsrisiko wird durch **aufsichtsrechtliche Vorschriften** begrenzt. Dieses gilt sowohl für die DZ BANK AG als auch für die relevanten inländischen und ausländischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften, die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Liquiditätsüberwachung unterliegen.

Im Jahr 2001 wurde mit dem Aufbau eines regelmäßigen **Konzern-Berichtswesens** zu Liquiditätsrisiken begonnen. In einem ersten Schritt werden dafür vierteljährlich die Grundsatz-II-Daten von drei relevanten inländischen Beteiligungsgesellschaften mit Bankstatus (Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, DVB Deutsche VerkehrsBank AG) sowie die mit dem Grundsatz II vergleichbaren Daten der Nichtbanken-Gesellschaft

VR-LEASING AG mit den Grundsatz-II-Daten der DZ BANK AG konsolidiert und zur Berechnung eines „Konzern-Grundsatz II“ herangezogen. Damit ist es grundsätzlich möglich, bestandsgefährdende Liquiditätsrisiken im Konzern zu erkennen.

Per 31. 12. 2001 lag die auf Basis dieser Konzern-Daten berechnete Liquiditätskennzahl bei 1,50 und wich damit nur unwesentlich von dem aufsichtsrechtlichen Wert der DZ BANK AG von 1,49 ab.

Zusätzlich werden kumulierte Liquiditätskennzahlen ermittelt, bei denen im Gegensatz zu den Berechnungen für die Beobachtungskennzahlen des Grundsatzes II eine Fortschreibung sämtlicher Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen in die nachfolgenden Laufzeitbänder vorgenommen wird. Diese Werte lagen per 31. 12. 2001 für das Laufzeitband II bei 1,31, für das Laufzeitband III bei 1,24 und für das Laufzeitband IV bei 1,22.

Des Weiteren werden in Euro ausgedrückte Liquiditätssalden für die einzelnen Laufzeitenbänder unter Verwendung von bereinigten Grundsatz-II-Daten berechnet, die konzernspezifische Liquiditätsflüsse berücksichtigen. Dem Liquiditätsmanagement stehen damit Infor-

mationen über den zukünftigen Liquiditätsbedarf auf Konzernebene zur Verfügung.

Im Jahr 2002 sollen weitere Beteiligungsgesellschaften in das Konzern-Berichtswesen integriert und methodische Weiterentwicklungen erarbeitet werden.

Im DZ BANK-Konzern wird für das **Jahr 2002** keine Zunahme der Liquiditätsrisiken erwartet.

Der Grundsatz II, der die gemäß § 11 KWG für Institute vorgeschriebene ausreichende Liquidität definiert, schreibt eine monatliche Ermittlung der Liquiditätskennzahl und der Beobachtungskennzahlen vor. Der **DZ BANK AG** dienen diese Kennzahlen als Gradmesser ihres Liquiditätsrisikos.

Das **Liquiditätsmanagement** erfolgt in der DZ BANK AG zentral in dem Bereich Treasury und umfasst sowohl die Eurowährung als auch die Fremdwährungen. In den Tochter- und Beteiligungsgesellschaften sind eigenständige Managementeinheiten installiert. Um Synergieeffekte nutzen zu können, sind einige dieser Gesellschaften auch bereits in den Managementprozess der DZ BANK AG integriert. Die Einbindung weiterer relevanter Tochter- und Beteiligungsgesellschaften in diesen Prozess ist vorgesehen.

Die **Steuerung der Liquidität** in der DZ BANK AG erfolgt auf täglicher Basis. Dabei werden die erwarteten Liquidi-

tätsströme gebündelt und ausgewertet. Im Rahmen der fortlaufenden Disposition der LZB-Konten können Über- und Unterdeckungen rechtzeitig erkannt und durch entsprechende Gegengeschäfte am Geldmarkt ausgeglichen werden. Ein täglich erstellter Report mit Angaben zu den wesentlichen steuerungsrelevanten Positionen der Bank unterstützt diese Disposition.

Darüber hinaus wird durch das Liquiditätsmanagement ein internes **Ampelmodell** zur Messung der kurzfristigen Liquidität eingesetzt. Hierfür werden regelmäßig die wesentlichen Cashflow-Positionen der Bank ermittelt und volumendefinierten Bandbreiten (grüner, gelber, roter Bereich) zugeordnet. Notwendige Maßnahmen zur weiteren Liquiditätsbeschaffung oder zur Reduzierung des Liquiditätsbedarfes können so frühzeitig erkannt und eingeleitet werden.

Zur laufenden Sicherung der Liquidität steht dem Liquiditätsmanagement der DZ BANK AG ein Portfolio von zentralbankfähigen Wertpapieren zur Verfügung, die kurzfristig veräußert oder als refinanzierungsfähige Sicherheiten für geldpolitische Geschäfte des Eurosystems eingesetzt werden können. Per 31. 12. 2001 lag diese **Liquiditätsreserve** bei 17 Mrd €.

Der Vorstand und die Mitglieder des Treasury Komitees werden täglich über die Liquiditätsentwicklung unterrichtet.

Die angemessene Steuerung der Liquiditätsrisiken im Jahr 2001 drückt sich auch in der jederzeitigen Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften aus.

Die nach dem Grundsatz II ermittelte **Liquiditätskennzahl** (Laufzeitband I) betrug für die fusionierte DZ BANK AG zum 31. 10. 2001 1,56, zum 30. 11. 2001 1,34 und zum 31. 12. 2001 1,49. Sie lag damit stets über der aufsichtsrechtlichen Untergrenze von 1,00. Für die Vorgängerinstitute DG BANK AG und GZ-Bank AG wurden bis zum 30. 9. 2001 als maximale Kennzahlen Werte von 1,46 (DG BANK AG am 30. 6. 2001) und 4,29 (GZ-Bank AG am 30. 4. 2001) sowie als minimale Kennzahlen Werte von 1,17 (DG BANK AG am 31. 5. 2001) und 2,85 (GZ-Bank AG am 31. 1. 2001) ermittelt. Per 31. 12. 2000 betrug die Liquiditätskennzahl für die DG BANK AG 1,14, für die GZ-Bank AG 2,27.

Als **Frühwarnindikator** dient eine intern festgelegte, auf Erfahrungswerten basierende Planungsuntergrenze für die Liquiditätskennzahl in Höhe von 1,20. Es wird angestrebt, diesen Wert nicht zu unterschreiten, um ständig einen ausrei-

chenden Liquiditätsfreiraum sicherzustellen. Gezielte Gegensteuerungsmaßnahmen werden ergriffen, sobald die Liquiditätskennzahl auf oder unter das Niveau der Planungsuntergrenze sinkt.

Operationelles Risiko

Unter Operationellem Risiko wird das Risiko eines direkten oder indirekten unerwarteten Verlustes, der durch menschliches Verhalten, Prozess- oder Projektmanagementschwächen, technologisches Versagen oder durch externe Einflüsse hervorgerufen wird, verstanden.

Im Jahr 2001 hat der **DZ BANK-Konzern** den Aufbau eines Berichtswesens bezüglich Operationeller Risiken im Konzern unter Einbezug bedeutender Konzerngesellschaften begonnen. Auf der Basis des in den Konsultationspapieren zu Basel II vorgestellten Standardansatzes kann die Höhe der **Eigenkapitalunterlegung für Operationelle Risiken** mittels des Gross Income (Bruttoertrag) der durch Basel II definierten Geschäftsfelder und der derzeit vorgegebenen spezifischen Gewichtungssätze (Beta-Faktoren) pro Geschäftsfeld abgeschätzt werden. Die so errechnete Eigenkapitalunterlegung stellt eine relevante Größenordnung für den DZ BANK-Konzern dar.

Darüber hinaus wurden im DZ BANK-Konzern erste Schritte zum Aufbau eines **Frühwarnsystems** unter Verwendung

geeigneter Risikoindikatoren zur antizipativen Steuerung Operationeller Risiken unternommen. Dieser Ansatz wird im Jahr 2002 weiterentwickelt.

Die **DZ BANK AG** hat im Jahr 2001 eine eigene Abteilung für das Controlling Operationeller Risiken eingerichtet, um ein einheitliches Steuerungs- und Überwachungssystem zu entwickeln. Mit der Implementierung eines Schadensfallmeldeprozesses sowie einer systematischen Schadensfallerfassung wurde begonnen. Weiterhin hat die Bank im Berichtsjahr an der von den Aufsichtsbehörden initiierten „Quantitative Impact Study“ teilgenommen, in deren Rahmen eine Erhebung von Schadensfällen und weiterer Kennzahlen über alle Bereiche der ehemaligen DG BANK AG vorgenommen wurde. Zudem beteiligte sich die Bank intensiv an der Kommentierung der neuesten Baseler Papiere.

Dem **Risiko von unerwarteten Verlusten durch Fehlverhalten von Mitarbeitern** werden gesetzeswidrige Handlungen, unangemessene Verkaufspraktiken, unautorisierte Handlungen und Transaktionsfehler sowie Beeinträchtigungen des Humanvermögens zugerechnet. Die ersten vier Unterkategorien des Risikos durch Fehlverhalten werden in der DZ BANK AG durch die Einrichtung geeigneter organisatorischer Regelungen

wie zum Beispiel des Vier-Augen-Prinzips oder der Funktionstrennung sowie die Verpflichtung der Mitarbeiter, die Compliance-Regelungen einzuhalten und zu überwachen, begrenzt.

Unter der **Beeinträchtigung des Humanvermögens** sind eine erhöhte Personalfuktuation, eine mangelhafte Personalverfügbarkeit und eine unzureichende Personalqualifikation zu verstehen. Maßnahmen zur Begrenzung der genannten Risikoarten werden vom Personalbereich in Zusammenarbeit mit dem jeweils betroffenen Fachbereich auf Grundlage regelmäßig erhobener personalwirtschaftlicher Kennzahlen wie zum Beispiel Anteil an der Gesamtfuktuation, Betriebszugehörigkeiten, Alters- und Führungskräftestruktur, Anzahl nicht besetzter Stellen usw. abgeleitet. Die erhobenen Personalkennzahlen sollen über die Ableitung konkreter Maßnahmen hinaus im Sinne eines Frühwarnsystems Entwicklungstendenzen das Humanvermögen betreffend anzeigen, wodurch bereits frühzeitig erforderliche, strategische Weichenstellungen vorgenommen werden können. Zudem werden personelle Risiken durch eine bereichsübergreifende Personalplanung und ein mitarbeiterorientiertes Personalentwicklungsverfahren begrenzt.

Die Eigenkündigungsquote als Quotient aus der Zahl der Kündigungen der unbefristet beschäftigten Mitarbeiter und der durchschnittlichen Mitarbeiterzahl der Bank ist auf 8,7 Prozent angestiegen. Von dieser Entwicklung sind einige Kernbereiche der Bank in unterschiedlichem Ausmaß betroffen.

Unerwartete Verluste, die aus **fehlerhaften Prozessen** oder aus einem **mangelhaften Management** der Projekt-tätigkeiten resultieren, stellen die zweite Kategorie des Operationellen Risikos dar. Prozesse werden dabei als hausintern geregelte Abläufe von Daueraufgaben verstanden, Projekt-tätigkeiten hingegen als hausinterne Einmal-aufgaben. Die paritätische Besetzung des Projekt-managements aller Organisations- und DV-Maßnahmen durch den Bereich Informatik/Organisation sowie durch den jeweils beteiligten Fachbereich führt zu einer einheitlichen Vorgehensweise in Projekten und begrenzt auf diese Weise die hieraus resultierenden Operationellen Risiken in der DZ BANK AG. Zur Koordination externer Dienstleistungsunternehmen, welche im Auftrag der DZ BANK AG tätig sind, wurde der Bereich Informatik/Verbund und Services eingerichtet. Im Rahmen der Fusion wurden die bestehenden Projektportfolios der beiden Vorgängerbanken auf Synergien und Einsparmöglichkeiten hin überprüft. Eine erste Tranche von Projekten wurde daraufhin bereits gestartet. Zur

Bewältigung der hohen, fusionsbedingten Komplexität in der Projektorganisation wurde das Fusions- und Integrationsmanagement im Sinne eines Multiprojekt-managements eingerichtet. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei auf die notwendige Zusammenführung der für das Marktpreisrisiko und das Adressenausfallrisiko relevanten Bestände gelegt.

Zur Begrenzung von Risiken aus vertraglichen Vereinbarungen wurden der Abteilung Recht folgende Aufgaben übertragen:

- Erarbeitung von Musterverträgen
- Prüfung von Verträgen, wenn bei Vertragsgestaltung von standardisierten Verträgen abgewichen wird
- Einsatz standardisierter nationaler und internationaler Rahmenverträge bei der Abwicklung von Handelsgeschäften
- Mitwirkung bei der Gestaltung und Verhandlung konkreter Geschäfte
- Vorabprüfungen der rechtlichen Durchsetzbarkeit von Verträgen
- Mitwirkung bei der Erstellung und Aktualisierung abteilungsübergreifender Richtlinien

Die Abteilung Recht steht anderen Einheiten als Ansprechpartner zur Verfügung und wird beispielsweise bei Änderungen der Rechtslage auch aus eigener Initiative heraus tätig. Die DZ BANK AG hat über

die Abteilung Recht zudem mit zwei Konzerngesellschaften Verträge über die Erbringung entsprechender Dienstleistungen für diese Gesellschaften geschlossen. Im Bedarfsfall beauftragt die Bank durch die Abteilung Recht externe Anwälte. Des Weiteren wird zur Begrenzung steuerlicher Risiken die Abteilung Rechnungswesen/Steuern einbezogen.

Die Risiken aus laufenden Rechtsprozessen mit Beteiligung der DZ BANK AG werden regelmäßig quantifiziert, in einem Prozessbericht zusammengestellt und dem Vorstand berichtet. Im Rahmen des Fusionsprozesses wurde im Jahr 2001 eine Bestandsaufnahme gleichartiger Verträge in den beiden Vorgängerbanken mit dem Ziel der Konsolidierung durchgeführt. Die zentrale Erfassung aller Verträge, die die IT- oder Organisationsleistungen betreffen, wird in einer speziell für das Beschaffungs- und Vertragsmanagement eingerichteten Einheit vorgenommen.

Unter **technologischem Versagen** wird das Risiko des Ausfalles oder einer maßgeblichen Beeinträchtigung von Software- oder Hardware-Komponenten, von Anlagen, Gebäuden und Haustechnik sowie der Systemsicherheit verstanden. Den Betrieb der operativen Anwendungen hat die fusionierte DZ BANK AG

wie bereits bei den Vorgängerbanken weitgehend auf hierauf spezialisierte Rechenzentren übertragen. Die DZ BANK AG selbst betreibt grundsätzlich nur Server, PCs und Netzwerkkomponenten. Verschiedene Projekte zur weiteren Verbesserung der Systemsicherheit sowie zur Migration von Datenbeständen im Rahmen der Fusion wurden begonnen. Grundlage und Zielrichtung hierfür sind der Soll-Bebauungsplan und der Migrationsplan.

Der Gefahr von Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit von Anlagen, Gebäuden und der Haustechnik beugt die DZ BANK AG durch eine systematische Wartungstätigkeit vor. Für den Fall auftretender Störungen gibt es, derzeit für die jeweiligen Vorgängerbanken getrennt, Regelungen für Zuständigkeiten bis hin zu einem Krisenstab. Zur Abdeckung der finanziellen Folgen solcher Störungen wurden darüber hinaus Versicherungen abgeschlossen.

Unter **externen Einflüssen** als vierter Kategorie des Operationellen Risikos sind gesetzeswidrige Handlungen externer Personen, politische Faktoren (einschließlich unerwarteter Gesetzesänderungen beziehungsweise Rechtsauslegungen), Versäumnisse von Verkäufern oder Lieferanten, Verluste durch Auslagerung von Geschäftsaktivitäten, Infrastrukturstörungen, öffentliche Aktivitäten, Natur-

katastrophen oder sonstige Katastrophen zu verstehen. Zur Begrenzung dieser Risiken wurden, soweit möglich, bankweit geeignete Prozesse und Notfallpläne implementiert sowie Präventivmaßnahmen ergriffen. Ergänzend wurden Versicherungen zur Abwälzung finanzieller Verluste, die aus den externen Einflussfaktoren erwachsen können, abgeschlossen.

Strategisches Risiko

Unter Strategischem Risiko wird das Erfolgsrisiko verstanden, das vor dem Hintergrund gegebener Umfeldbedingungen aus **geschäftspolitischen Grundsatzentscheidungen** zur Positionierung der Bank resultiert. Diese Entscheidungen betreffen Geschäftsfelder, Geschäftspartner und interne Potenziale.

Das Überwachungssystem für strategische Risiken im DZ BANK-Konzern umfasst die vorausschauende **Beurteilung der Erfolgsfaktoren** und der daraus erwachsenden strategischen Risiken und Chancen für die wesentlichen Beteiligungsgesellschaften der DZ BANK AG.

Auf seiner Basis werden Zielgrößen für die Beteiligungsunternehmen abgeleitet, für deren Erreichung die Gesellschaften

selbst die Verantwortung tragen. Grundlage ist ein **revolvierender Planungsprozess**, in dem die strategische Planung und die operative Jahresplanung jeweils periodisch angepasst werden.

Unterstützt wird dieser Planungsprozess durch ein Management-Informationssystem, das für die Kommunikation der strategischen Ziele und für die Berichterstattung über die Zielerreichung genutzt werden kann. Die zur Vermeidung strategischer Risiken erforderliche Transparenz über die Einhaltung der Zielvorgaben kann damit sowohl in der Konzernmutter als auch in den Beteiligungsgesellschaften sichergestellt werden.

Zur zügigen Umsetzung der Integrationsphase nach der Fusion hat die DZ BANK AG ein Bündel von Maßnahmen unter dem Titel **Building DZ BANK** eingeleitet. Die insgesamt 11 Bausteine dienen als Leitfaden zur Integrationssteuerung und Kommunikation des Umsetzungsprozesses und sind in vier logisch aufeinander aufbauenden „Stockwerken“ integriert. Von der Basis (1) der strategischen Unternehmensplanung über das inhaltliche Fundament, bestehend aus (2) der integrierten Bank- & Konzernsteuerung sowie -planung, (3) der zielkonformen EDV-Infrastruktur und (4) dem schlagkräftigen Führungsteam, bis

hin zur geschäftsfeldspezifischen Integration aus den sechs Geschäftsfeldern der Bank (5).

Darüber hinaus wurden sechs notwendige Ausbathemen identifiziert: Neben dem Erreichen substantieller Kostensenkungsziele und der Verankerung funktional optimierter Geschäftsprozesse (6) strebt die Bank ein an der Geschäftsstrategie ausgerichtetes Management von Adressenausfallrisiken (7) und Marktpreisrisiken (8), basierend auf einer zielgerichteten Konzernkapitalallokation (9), an. Eine umfassende Vertriebsoffensive zur Sicherung und zum Ausbau der Ertragsfelder (10) und der Aufbau eines strategiekonformen Beteiligungsportfolios (11) runden die Positionierung der DZ BANK AG ab.

Eine wesentliche Herausforderung der diesjährigen Jahresplanung war die Definition eines Planungsprozesses für die DZ BANK AG auf Basis unterschiedlicher Steuerungs- und Planungsprozesse in den fusionierten Einzelinstituten. Zudem galt es, die bereits laufenden Planungsaktivitäten anderer Bausteine zu berücksichtigen. Wesentliches Ergebnis der **strategischen Planung** ist die Umsetzung der in der Grundsatzvereinbarung festgelegten Ziele in konkrete Maßnahmen und grobe Quantitäten auf Geschäfts- und Bereichsebene. Um eine ganzheitliche Sicht zu ermöglichen, sind die Per-

spektiven Finanz, Kunde/Markt, Prozesse und Potenziale bei der strategischen Planung sowie ihre Ursache-Wirkungs-Beziehungen betrachtet worden.

Weiterentwicklung des Risikoüberwachungssystems

Die Perspektiven für die Ausgestaltung des Risikoüberwachungssystems der DZ BANK AG sowie im Konzern werden durch die Konsultation im Rahmen von Basel II und die Anforderungen einer Bilanzierung nach internationalen Standards immer konkreter. Nach der richtungweisenden Fusion der Obergesellschaften des DZ BANK-Konzerns und dem Aufbau eines strategiekonformen Beteiligungsportfolios sind die erforderlichen Eckbausteine dieser Neuausrichtung gelegt.

Die anspruchsvollen Aufgabenstellungen aus den Bausteinen des **Building DZ BANK** werden unter der Führung eines Lenkungsausschusses und durch die Koordination vonseiten des Fusions- und Integrationsmanagements systematisch umgesetzt. Darüber hinaus werden die Risikoüberwachungsaktivitäten der Tochtergesellschaften konsequent in der Abteilung Gesamtbanksteuerung organisatorisch zusammengeführt. Für die Bank und Teile des Konzerns sind die not-

wendigen Ausbauthemen identifiziert: Neben dem Erreichen substanzieller Kostensenkungsziele und der Verankerung funktional optimierter Geschäftsprozesse wird ein an der Geschäftsstrategie ausgerichtetes modernes Management von Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken im Interesse einer zielgerichteten Weiterentwicklung der Konzernkapitalallokation eingeführt. Im Rahmen einer umfassenden Vertriebsoffensive werden ertragsorientierte Entwicklungsszenarien und Wachstumsoptionen entwickelt. Mit deren konsequenter Umsetzung werden die vorhandenen Ertragsfelder abgesichert und zusätzliche Erfolgspotenziale gehoben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass auch in Zukunft weitere Investitionen zur Fortentwicklung eines adäquaten Risikoüberwachungssystems in sämtlichen Risikoarten erfolgen werden.

Eine Reihe von Maßnahmen sind initiiert worden, um insbesondere das **Adressenausfallrisiko** zu reduzieren. So fand zum Beispiel eine Untersuchung des Kreditportfolios dahin gehend statt, welchen Engagements Spezialbetreuungseinheiten zuzuführen sind. Die kredit-

risikopolitischen Grundsätze und Richtlinien für die Neugeschäftsvergabe wurden grundlegend überarbeitet und restriktiver gefasst.

Weiterhin stehen im Zentrum eines verbundweiten Projektes die Verbesserung und die einheitliche Ausgestaltung der relevanten Ratingverfahren. Dieses soll als wesentliche Grundlage für die Berücksichtigung der Adressenausfallrisiken bei der ebenfalls zu überarbeitenden Preisgestaltung dienen. Auf Basis dieser Instrumente soll darüber hinaus eine Portfoliosteuerung aufgebaut werden.

Eine Steigerung der Effizienz im gesamten Kreditprozess soll durch die Änderung der Kreditrisikoorganisation gewährleistet werden. Dabei wird angestrebt, die vollständige Geschäftsverantwortung auf den Vertrieb zu verlagern und eine Trennung von Risikobeurteilung und Processing vorzunehmen. Darüber hinaus sind Maßnahmen ergriffen worden, die eine Profitabilisierung des Kreditportfolios zum Ziel haben. Im Bereich des **Marktpreisrisikos** steht neben der Ausweitung des Value-at-Risk-Konzeptes auf alle Portfolios der DZ BANK AG die Implementierung eines harmonisierten konzernübergreifenden Berichtswesens im Vordergrund.

Die Steuerung des **Liquiditätsrisikos** soll im Jahr 2002 auf Konzern- wie auf Einzelinstitutsebene durch die Umsetzung methodischer Weiterentwicklungen verbessert werden.

Zur Überwachung der **Operationellen Risiken** wird im Jahre 2002 am Ausbau der Schadensfalldatenbank weitergearbeitet, die dazu dient, sowohl künftige Eigenkapitalvorschriften im Rahmen von Basel II mit höher entwickelten Verfahren zu erfüllen als auch die Rendite-Risiko-Steuerung auf Basis des ökonomischen Risikokapitals zu verbessern.

Obwohl der Konsultationsprozess bezüglich **Basel II** noch nicht abgeschlossen ist, wird sich die DZ BANK AG – insbesondere auch beim Thema Adressenausfallrisiko – den Anforderungen stellen. Hierfür wurden zentral koordinierte Projekte sowohl auf Ebene der Einzelinstitute als auch auf Konzernebene aufgesetzt. Die Bank ist zuversichtlich, damit den künftigen aufsichtsrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Zusätzlich und teilweise parallel zu Basel II findet ein weiterer Konsultationsprozess unter dem Begriff „Joint Forum“ in Basel statt. Erstmals wird der Versuch unternommen, finanz- und versicherungsbran-

chenübergreifende Vergleiche anzustellen, um einheitliche Regulierungsstandards zu entwickeln. Es werden Geschäftstätigkeiten, Risikomessverfahren, Kapitalunterlegungsvorschriften und Risikotransfers analysiert. Für den DZ BANK-

Konzern ist das Joint Forum aufgrund der Mehrheitsbeteiligung an der R+V Versicherung AG von großer Bedeutung und wird bereits heute in Arbeitsgruppen innerhalb des Konzerns vorbereitend gewürdigt. Die aus dem Joint Forum resultierenden branchenübergreifenden Veränderungen gilt es auch im DZ BANK-

Konzern frühzeitig zu berücksichtigen, um so ein besser vergleichbares Bild der Risikosituation in einem Allfinanz-Konzern zu schaffen.

III. Ausblick

Die Anzeichen mehren sich, dass die Konjunktur in Deutschland ihre Talsohle erreicht hat und die Rezession ausläuft.

Eine Entwarnung im Hinblick auf die Insolvenzwelle, der die deutsche Wirtschaft ausgesetzt ist, scheint gleichwohl verfrüht zu sein. Die ungünstigen wirtschaftlichen Daten der vergangenen Monate dürften auch im laufenden Geschäftsjahr der Banken ihre Spuren hinterlassen.

Vor diesem Hintergrund erwartet auch die DZ BANK in diesem Jahr zunächst noch Belastungen ihrer geschäftlichen Tätigkeiten, bevor sich im zweiten Halbjahr die zu erwartende allgemeine Marktbelebung auch positiv auf die Ertrags-situation der Bank auswirken dürfte.

Nach wie vor besteht eine der wichtigsten Herausforderungen darin, die Risikostruktur im Kreditgeschäft des Konzerns zu verbessern. Wenngleich die Entwicklung des Risikovorsorgebedarfs noch abzuwarten bleibt, ist nach den Anstrengungen im Berichtsjahr mit weiteren Aufwendungen zu rechnen, da auch bei einer Wirtschaftserholung

Nachlaufeffekte in der wirtschaftlichen Situation vieler Unternehmen und damit auch der kreditgebenden Banken zu erwarten sind.

Im Geschäftsjahr 2002 wird die DZ BANK ihre geschäftspolitische Neuausrichtung in Richtung Konsolidierung konsequent mit dem Ziel fortführen, bis 2005 die in den Fusionsvereinbarungen definierte Steigerung der Grundrentabilität zu realisieren. Die entscheidenden Weichenstellungen beim Thema Kosten sind bereits vorgenommen. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Kostensteuerung zeigen Wirkung. Mit Blick auf die Ertragsseite eröffnet die Fusion Perspektiven, die bei den Vorgängerinstituten getrennt verschlossen geblieben wären. Die DZ BANK sieht sich daher in einer guten Ausgangsposition, um die einzigartigen Potenziale, die sich aus den Kooperationsmöglichkeiten innerhalb des genossenschaftlichen Finanzverbundes ergeben, für die Verbundinstitute nutzen zu können und die Bank zugleich auf einen ertragsorientierten Wachstumskurs zu bringen. Im Konzern der DZ BANK gilt die Aufmerksamkeit der Konzentration der Kräfte im Immobilienbereich und im Bereich der Vermögensverwaltung. Ähnliches gilt auch für die Entwicklung neuer und die Integration bestehender IT-Systeme.

Insgesamt ist für das laufende Jahr davon auszugehen, dass sich die Ertragsentwicklung bei einer trotz erheblicher Strukturierungsaufwendungen stabilen Aufwandsseite in etwa auf dem Niveau des Vorjahres bewegen wird, bevor in der DZ BANK erstmals für das nächste Jahr signifikante Rationalisierungs- und Effizienzgewinne zu erwarten sind. Im Konzern der DZ BANK ist mit wiederum maßgeblichen Erfolgsbeiträgen der sehr gut positionierten Gesellschaften der Baufinanzierung und der Vermögensverwaltung zu rechnen.

Bericht des Aufsichtsrates



Dr. Christopher Pleister
Vorsitzender des Aufsichtsrates der DZ BANK AG

Der Aufsichtsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben im Geschäftsjahr 2001 die Geschäftsführung des Vorstandes nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften überwacht sowie über die vorgelegten zustimmungsbedürftigen Geschäfte entschieden.

Über die Lage und Entwicklung der Bank und des Konzerns sowie den allgemeinen Geschäftsverlauf wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand informiert. Im Rahmen von neun Sitzungen der ehemaligen DG BANK bzw. DZ BANK standen neben

der Erörterung des laufenden Geschäftes die zukünftige Geschäftspolitik einschließlich der strategischen und organisatorischen Ausrichtung sowie den genossenschaftlichen Verbund betreffende Fragen im Mittelpunkt.

Insbesondere hat sich der Aufsichtsrat mit den fusionsbedingten Entwicklungen und Veränderungen im Zuge der Verschmelzung der GZ-Bank und der DG BANK zur DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, und dem Fortgang des Integrationsprozesses auseinander gesetzt. Er hat sich vom Vorstand ausführlich über die Bewertungsgutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zur Verschmelzung, den Verschmelzungsvertrag sowie den Bericht des Verschmelzungsprüfers informieren lassen.

Der Aufsichtsrat hat sich ferner über die Risikosituation der Bank und des Konzerns sowie die Weiterentwicklung der Systeme und Verfahrensweisen bei der Kontrolle, insbesondere von Markt- und Adressenausfallrisiken sowie weiteren banktypischen Risiken, in Kenntnis setzen lassen. Wichtige Einzelvorgänge sind dem Aufsichtsrat zur Entscheidung vorgelegt worden.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben und in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften hat der Aufsichtsrat einen Personalausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Kredit- und Beteiligungsausschuss sowie einen Vermittlungsausschuss gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz gebildet.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates hat sich auch außerhalb der Sitzungen in regelmäßigen Gesprächen mit dem Vorstandsvorsitzenden über wichtige Entscheidungen und besondere Geschäftsvorfälle informieren lassen.

Am 16. August 2001 fanden in Frankfurt am Main die die Fusion beschließenden Hauptversammlungen der DG BANK und der GZ-Bank statt. Gleichzeitig wurde der Aufsichtsrat für die DZ BANK neu gewählt.

Besonderer Dank für die engagierte und erfolgreiche Mitarbeit gilt in diesem Zusammenhang den Herren Dr. Brixner, Schühle, Brandenburg und Sorge, die zum 16. August 2001 aus dem Aufsichtsrat ausschieden, sowie Herrn Dr. Dahlgrün,

der bereits zum 19. Juni 2001 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war. Neu in den Aufsichtsrat als Vertreter der Anteilseigner wurden zum 16. August 2001 die Herren Engler, Hildner, Lambert und Dr. Märklin gewählt.

Zu weiteren Vorstandsmitgliedern der DZ BANK wurden mit Wirksamwerden der Fusion am 19. September die Herren Dr. Brixner (Vorsitzender), Dieckmann (stv. Mitglied), Hilgert, Merz (stv. Mitglied), Voigtländer und Wößner bestellt.

Die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, und die Wollert-Elmendorff Deutsche Industrie-Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, haben als gemeinsame Abschlussprüfer den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für die DZ BANK zum 31. Dezember 2001 sowie den Konzernjahresabschluss und den Konzernlagebericht unter Einbeziehung der Buchführung geprüft und als mit den gesetzlichen Vorschriften in Übereinstimmung befunden. Sie haben hierüber den uneingeschränk-

ten Bestätigungsvermerk erteilt. Die Prüfungsberichte sind den Mitgliedern des Aufsichtsrates zugegangen und umfassend beraten worden. Der Aufsichtsrat stimmt dem Ergebnis der Prüfung durch die Abschlussprüfer zu.

An der Sitzung des Aufsichtsrates zur Feststellung des Jahresabschlusses nahmen Vertreter der Prüfungsgesellschaften teil, um ausführlich über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung zu berichten. Sie standen darüber hinaus den Mitgliedern des Aufsichtsrates zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Der Aufsichtsrat und der aus seiner Mitte gebildete Prüfungsausschuss unter Leitung von Herrn Rolf Hildner haben den Jahres- und Konzernabschluss und den Lagebericht für die DZ BANK und den DZ BANK-Konzern sowie den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns in ihren Sitzungen eingehend geprüft. Einwendungen ergaben sich nicht.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2001 in seiner Sitzung am 13. Mai 2002 gebilligt, der damit festgestellt ist. Er hat sich mit dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns einverstanden erklärt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den hohen persönlichen Einsatz und die im Jahr 2001 geleistete Arbeit.

Frankfurt am Main,
den 13. Mai 2002

DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Frankfurt am Main

Der Aufsichtsrat



Dr. Christopher Pleister
Vorsitzender

AKTIVA		31. 12. 2001	01. 01. 2001 DZ BANK pro-forma	Vorjahr DG BANK
in Mio €	(Anhang)			
1. Barreserve		952	1.083	1.115
a) Kassenbestand		97	114	92
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		855	967	1.021
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		(763)	(856)	(778)
c) Guthaben bei Postgiroämtern		0	2	2
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind		45	307	247
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		14	111	111
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		(6)	(103)	(103)
b) Wechsel		31	196	136
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		(31)	(196)	(136)
3. Forderungen an Kreditinstitute	(6)	107.031	113.443	80.933
a) täglich fällig		5.536	7.047	3.413
b) andere Forderungen		101.495	106.396	77.520
darunter: aus Bauspardarlehen		(115)	(121)	(121)
aus Hypothekendarlehen		(230)	(236)	(236)
aus Kommunalkrediten		(11.541)	(14.198)	(14.219)
4. Forderungen an Kunden	(6)	119.140	119.169	103.796
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert		(26.598)	(25.247)	(24.436)
a) Hypothekendarlehen		24.544	23.930	23.957
b) Kommunalkredite		21.920	21.918	16.843
c) Baudarlehen der Bausparkasse		20.474	20.162	20.162
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert		(15.033)	(14.780)	(14.780)
ca) aus Zuteilungen (Bauspardarlehen)		11.282	11.377	11.377
cb) zur Vor- und Zwischenfinanzierung		8.102	7.658	7.658
cc) sonstige		1.090	1.127	1.127
d) andere Forderungen		52.202	53.159	42.834
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	(6,18,19)	79.916	81.921	63.097
a) Geldmarktpapiere		26	1.220	968
aa) von öffentlichen Emittenten		16	–	–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		(–)	(–)	(–)
ab) von anderen Emittenten		10	1.220	968
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		(10)	(912)	(724)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		76.371	76.995	59.754
ba) von öffentlichen Emittenten		9.425	10.087	9.488
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		(8.575)	(9.094)	(8.617)
bb) von anderen Emittenten		66.946	66.908	50.266
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		(48.642)	(50.494)	(36.307)
c) eigene Schuldverschreibungen		3.519	3.706	2.375
Nennbetrag		(3.329)	(3.422)	(2.196)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	(18,19)	9.327	8.001	4.511
7. Kapitalanlagen aus dem Versicherungsgeschäft	(12)	31.651	29.267	–
8. Sonstige versicherungsspezifische Aktiva	(13)	2.211	2.144	–
9. Beteiligungen	(19,20)	539	546	530
darunter: an Kreditinstituten		(179)	(241)	(158)
an Finanzdienstleistungsinstituten		(10)	(12)	(15)
10. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	(20)	165	101	521
darunter: an Kreditinstituten		(165)	(101)	(101)

AKTIVA		31. 12. 2001	01. 01. 2001 DZ BANK pro-forma	Vorjahr DG BANK
in Mio €	(Anhang)			
11. Anteile an verbundenen Unternehmen	(20)	888	843	372
darunter: an Kreditinstituten		(104)	(135)	(7)
an Finanzdienstleistungsinstituten		(47)	(54)	(46)
12. Treuhandvermögen	(14)	2.361	2.451	2.480
darunter: Treuhandkredite		(790)	(867)	(549)
13. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch		303	4.695	3.792
14. Immaterielle Anlagewerte	(20)	21	9	12
15. Sachanlagen	(20)	5.598	5.381	5.684
16. Eigene Aktien oder Anteile	(21)	63	55	19
Nennbetrag		(40)	(32)	(5)
17. Sonstige Vermögensgegenstände	(24)	3.242	3.336	3.076
18. Steuerabgrenzungsposten	(25)	392	21	19
19. Rechnungsabgrenzungsposten	(26)	800	921	794
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		558	537	40
b) andere		242	384	754
SUMME DER AKTIVA		364.645	373.694	270.998

PASSIVA		31. 12. 2001	01. 01. 2001	Vorjahr
in Mio €	(Anhang)		DZ BANK	DG BANK
			pro-forma	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(6)	129.846	137.524	100.879
a) täglich fällig		29.613	24.813	16.990
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		100.233	112.711	83.889
darunter: begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		(613)	(593)	(596)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe		(942)	(825)	(825)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen				
an den Darlehensgeber ausgehändigte				
Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche				
Namenspfandbriefe		(28)	(39)	(36)
Bauspareinlagen		(221)	(383)	(383)
darunter: auf zugeteilte Verträge		(1)	(4)	(4)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(6)	79.680	79.648	66.390
a) Einlagen aus dem Bauspargeschäft und Spareinlagen		24.699	24.628	24.103
aa) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist				
von drei Monaten		464	530	34
ab) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist				
von mehr als drei Monaten		70	53	24
ac) Bauspareinlagen		24.165	24.045	24.045
darunter: auf gekündigte Verträge		(54)	(36)	(36)
auf zugeteilte Verträge		(102)	(107)	(107)
b) andere Verbindlichkeiten		54.981	55.020	42.287
ba) täglich fällig		11.631	9.287	6.798
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		43.350	45.733	35.489
darunter: begebene öffentliche Namenspfandbriefe		(4.100)	(4.222)	(4.222)
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		(4.259)	(4.272)	(4.272)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen				
an den Darlehensgeber ausgehändigte				
Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche				
Namenspfandbriefe		(167)	(172)	(172)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	(6)	98.072	103.455	84.446
a) begebene Schuldverschreibungen		90.968	97.125	79.581
aa) Hypothekenspfandbriefe		13.926	12.914	12.914
ab) öffentliche Pfandbriefe		31.840	33.819	33.819
ac) sonstige Schuldverschreibungen		45.202	50.392	32.848
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten		7.104	6.330	4.865
darunter: Geldmarktpapiere		(5.261)	(4.379)	(4.364)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		(5)	(48)	(48)
4. Treuhandverbindlichkeiten	(14)	2.361	2.451	2.480
darunter: Treuhandkredite		(790)	(867)	(549)
5. Sonstige Verbindlichkeiten	(27)	2.688	2.672	2.530
6. Rechnungsabgrenzungsposten	(26)	2.594	2.476	2.393
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		341	443	381
b) andere		2.253	2.033	2.012
7. Rückstellungen	(6,28)	2.497	1.840	1.567
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		860	791	678
b) Steuerrückstellungen		271	0	47
c) andere Rückstellungen		1.366	1.049	842
8. Fonds zur baupartechnischen Absicherung		511	473	473
9. Versicherungstechnische Rückstellungen	(29)	29.058	26.812	-
10. Sonstige versicherungsspezifische Passiva	(30)	3.900	3.702	-

PASSIVA		31. 12. 2001	01. 01. 2001 DZ BANK pro-forma	Vorjahr DG BANK
in Mio €	(Anhang)			
11. Sonderposten mit Rücklageanteil	(32)	7	44	31
12. Nachrangige Verbindlichkeiten	(6,33)	4.087	3.674	3.169
13. Genussrechtskapital	(6,31)	2.820	2.610	2.034
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		(314)	(165)	(111)
14. Fonds für allgemeine Bankrisiken		741	741	378
15. Eigenkapital	(22)	5.783	5.572	4.228
a) gezeichnetes Kapital		2.674	2.674	1.474
b) Kapitalrücklage		528	528	226
c) Gewinnrücklagen		390	219	46
ca) gesetzliche Rücklage		2	–	–
cb) Rücklage für eigene Anteile		63	55	19
cc) andere Gewinnrücklagen		325	164	27
d) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		2.140	2.074	2.436
e) Konzerngewinn		51	77	46
SUMME DER PASSIVA		364.645	373.694	270.998
1. Eventualverbindlichkeiten		16.425	12.237	7.207
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		16.425	12.237	7.207
2. Andere Verpflichtungen		20.059	21.936	20.529
Unwiderrufliche Kreditzusagen		20.059	21.936	20.529
3. Für Anteilinhaber verwaltete Sondervermögen		99.597	96.230	1.162
Summe der Inventarwerte		99.597	96.230	1.162
Anzahl der verwalteten Sondervermögen 711 (Vorjahr: DZ BANK 698/DG BANK 2)				

in Mio €	(Anhang)	2001	Vorjahr DZ BANK pro-forma	Vorjahr DG BANK
1. Zinserträge aus		16.034	15.348	12.201
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		12.058	12.187	9.743
davon: aus Bauspardarlehen		(580)	(573)	(573)
aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten		(456)	(411)	(411)
aus sonstigen Baudarlehen		(64)	(63)	(63)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		3.976	3.161	2.458
2. Zinsaufwendungen		14.212	13.783	10.780
davon: für Bauspareinlagen		(715)	(735)	(735)
3. Laufende Erträge aus		438	367	286
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		361	251	182
b) Beteiligungen		31	37	52
c) Anteilen an assoziierten Unternehmen		14	8	37
d) Anteilen an verbundenen Unternehmen		32	71	15
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		4	3	0
5. Provisionserträge	(37)	1.835	2.675	1.729
davon: aus Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse		(153)	(794)	(794)
aus Darlehensregelung nach der Zuteilung der Bausparkasse		(55)	(54)	(54)
6. Provisionsaufwendungen	(37)	915	986	724
davon: für Vertragsabschluss und -vermittlung der Bausparkasse		(382)	(405)	(406)
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften	(38)	119	205	146
8. Erträge aus dem Versicherungsgeschäft	(39)	8.576	8.111	-
9. Aufwendungen aus dem Versicherungsgeschäft	(40)	8.445	7.983	-
10. Sonstige betriebliche Erträge	(42)	1.977	1.756	1.715
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		37	12	23
12. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		2.475	2.303	1.617
a) Personalaufwand		1.237	1.168	875
aa) Löhne und Gehälter		976	929	684
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		261	239	191
darunter: für Altersversorgung		(124)	(109)	(93)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		1.238	1.135	742
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		242	221	188
14. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(42)	1.649	1.443	1.386
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		851	1.061	963
16. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		-	19	94
17. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		73	-	-
18. Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB		-	153	-
19. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB		-	-	51

in Mio €	(Anhang)	2001	Vorjahr DZ BANK pro-forma	Vorjahr DG BANK
20. Aufwendungen aus Verlustübernahme		189	38	37
21. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		115	487	362
22. Außerordentliche Erträge	(43)	–	–	1
23. Außerordentliche Aufwendungen	(43)	152	56	53
24. Außerordentliches Ergebnis		–152	–56	–52
25. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		–211	311	114
26. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen		14	22	16
27. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungs- vertrages abgeführte Gewinne		46	44	40
28. Jahresüberschuss		114	54	140
29. Gewinnanteile anderer Gesellschafter		53	190	371
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		–	213	277
a) aus der gesetzlichen Rücklage		–	–	–
b) aus der Rücklage für eigene Anteile		–	–	–
c) aus anderen Gewinnrücklagen		–	213	277
31. Einstellungen in Gewinnrücklagen		10	–	–
a) in die gesetzliche Rücklage		2	–	–
b) in die Rücklage für eigene Anteile		8	–	–
c) in andere Gewinnrücklagen		–	–	–
32. Konzerngewinn	(55)	51	77	46

A. Allgemeine Angaben

(1) Verschmelzung

Zum 1. Januar 2001 (Verschmelzungstichtag) wurde die GZ-Bank AG Frankfurt/Stuttgart (GZ-Bank AG), Frankfurt am Main, auf die DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank AG (DG BANK AG), Frankfurt am Main, verschmolzen. Mit der Eintragung der Verschmelzung in das Handelsregister am 18. September 2001 wurde die DG BANK AG in DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank (DZ BANK AG), Frankfurt am Main, umbenannt.

Die Übertragung des Vermögens der GZ-Bank AG als Ganzes mit allen Rechten und Pflichten auf die DG BANK AG, jetzt DZ BANK AG, erfolgte im Rahmen der Buchwertfortführung gemäß § 24 UmwG.

Im Rahmen einer Kapitalerhöhung der DZ BANK AG in Höhe von 1.200 Mio € fand ein Aktien-tausch statt, bei dem die Aktien der GZ-Bank AG in Aktien der DZ BANK AG getauscht wurden.

(2) Konsolidierungskreis und -grundsätze

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2001 sind neben der DZ BANK AG als Mutterunternehmen noch weitere 19 Tochterunternehmen und vier Teilkonzerne mit insgesamt 841 Gesellschaften einbezogen.

Der Konsolidierungskreis zum 1. Januar 2001 hat sich gegenüber dem der DG BANK AG um die folgenden bereits im Vorjahr im GZ-Bank-Konzern vollkonsolidierten Unternehmen erweitert:

- GZ-Bank International S.A., Luxemburg (in 2001 verschmolzen)
- GZ-Bank Ireland plc, Dublin (Firma in 2001 geändert in DZ BANK Ireland plc, Dublin)
- Südwestbank AG, Stuttgart
- GAG GZ-Anlage GbR, Frankfurt am Main
- GZ-Beteiligungs-Management GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main (in 2001 verschmolzen)

Rückwirkend zum 1. Januar 2001 wurde die GZ-Bank International S.A., Luxemburg, mit der DZ BANK International S.A., Luxemburg (vormals DG BANK Luxembourg S.A., Luxemburg), verschmolzen. Die GZ-Beteiligungs-Management GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, wurde auf die DZ Vierte Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Verwaltungs KG, Frankfurt am Main, verschmolzen. Die verschmolzenen Unternehmen sind im Pro-Forma-Konzernabschluss 2000 getrennt enthalten.

Ebenfalls erstmals vollständig als Tochterunternehmen einbezogen werden folgende Unternehmen, die bisher als assoziierte Unternehmen bei einer oder bei beiden Banken einbezogen wurden:

- R+V Versicherung AG, Wiesbaden
- Union-Fonds-Holding Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
- Bank für Wertpaperservice und -systeme Aktiengesellschaft (bws bank), Frankfurt am Main

Folgende acht Gesellschaften scheiden aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erfolgsneutral aus dem Konsolidierungskreis aus:

- Beteiligungsgesellschaft „Am Platz der Republik“ mbH & Co. Objekt DG BANK Turm KG, Frankfurt am Main
- DG European Securities Corporation, New York, USA
- Magyar Takarékszövetkezeti Bank Rt., Budapest, Ungarn
- DGI Immobilien-Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- DVG Deutsche Vermögensverwaltungs-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main
- DVG Deutsche Vermögensverwaltungs-Gesellschaft mbH & Co. Objekt City Haus 1 KG, Frankfurt am Main
- NG Grundstücks GmbH & Co. KG, Hannover
- AGIMA AG Aktiengesellschaft für Immobilien-Anlage, Frankfurt am Main

Zur besseren Vergleichbarkeit der Vorjahreszahlen wurde dieser Konsolidierungskreis auch dem Pro-Forma-Konzernabschluss 2000 zugrunde gelegt.

Zwei Unternehmen wurden zum 31. Dezember 2001 erstkonsolidiert. Dabei handelt es sich um die Unternehmen:

- Geno-Research Gesellschaft für empirische Finanzmarktanalysen mbH, Karlsruhe
- GZ-Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main

Darüber hinaus wurde die BSH Zweite Beteiligungs GmbH, Schwäbisch Hall, auf die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Schwäbisch Hall, verschmolzen. Die DEFO Deutsche Fonds für Immobilienvermögen GmbH, Frankfurt am Main, wurde in die Union-Fonds-Holding Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, eingebracht und wird damit indirekt von der DZ BANK AG gehalten.

Aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden insgesamt 209 verbundene Unternehmen gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht konsolidiert.

Als assoziiertes Unternehmen wird die Österreichische Volksbanken AG, Wien, gemäß § 312 HGB nach der Equity-Methode bewertet, da auf deren Geschäfts- und Finanzpolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt wird. Bei sieben assoziierten Unternehmen verzichten wir aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung auf die Anwendung der Equity-Methode.

Die vollständige Anteilsbesitzliste ist beim Handelsregister in Frankfurt am Main hinterlegt. Eine Übersicht kann auch bei der DZ BANK AG direkt bezogen werden.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt wie bisher nach der Buchwertmethode auf Basis der Wertansätze zum Zeitpunkt des Erwerbes oder der Erstkonsolidierung der Anteile. Daraus resultierende Geschäfts- oder Firmenwerte von 209 Mio € nach Aufdeckung anteiliger stiller Reserven in den übernommenen Vermögensgegenständen bzw. passivische Unterschiedsbeträge von 58 Mio € sind direkt mit den Gewinnrücklagen aufgerechnet worden. Für Anteile anderer Gesellschafter bilden wir einen Ausgleichsposten.

Konzerninterne Forderungen, Verbindlichkeiten, Rückstellungen, Rechnungsabgrenzungsposten und Eventualverbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge werden aufgerechnet. Soweit sie von untergeordneter Bedeutung sind, wird hierauf verzichtet. Auf eine Zwischenergebniseliminierung wird ebenfalls verzichtet, wenn die Ermittlung eines Zwischenergebnisses bei ohnehin zu marktüblichen Bedingungen abgewickelten Geschäften einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordern würde.

Von diesen Grundsätzen abweichend gehen die Abschlüsse der Versicherungsunternehmen aufgrund der Besonderheit des Geschäftes unverändert in den Konzernabschluss ein. Konzerninterne Posten der Versicherungsunternehmen werden daher nicht aufgerechnet.

Die Bewertung und der Ausweis der Anteile an assoziierten Unternehmen erfolgt nach der Equity-Methode auf Basis der Buchwerte zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung. Die Bewertung wird nicht an konzern einheitliche Methoden angepasst.

Nur nach steuerrechtlichen Maßstäben zulässige Abschreibungen und Wertansätze in den Einzelabschlüssen der einbezogenen Unternehmen werden gemäß § 308 Abs. 3 HGB unverändert übernommen.

(3) Überleitung von der IAS- zur HGB-Konzernrechnungslegung

Im Folgenden werden die wesentlichen Punkte dargestellt, die sich bei der Überleitung von der IAS-Rechnungslegung zur HGB-Rechnungslegung ergeben haben.

Der Konzernabschluss der DG BANK wurde mit befreiender Wirkung seit 1999 nach den Rechnungslegungsgrundsätzen der International Accounting Standards (IAS) auf der Grundlage von § 292 a HGB aufgestellt. Deren Anwendung führte zu einem höheren Eigenkapitalausweis im Vergleich zur HGB-Bilanz. Zu beachten ist, dass die Anteile in Fremdbesitz das handelsrechtliche Eigenkapital wieder erhöhen, während diese in der IAS-Rechnungslegung keinen Eigenkapitalbestandteil darstellen. Im Zuge der vorübergehenden Rückführung auf HGB-Rechnungslegung ergeben sich insbesondere folgende Abweichungen zum Konzernabschluss der DG BANK nach den IAS:

Nach § 340 f HGB darf eine Unterbewertung bestimmter Aktiva zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute als stille Reserve erfolgen. Die IAS lassen eine solche Reservenbildung nicht zu. Die Bildung von Vorsorgereserven i. S. d. § 340 g HGB ist zwar zulässig, Zuführungen und Entnahmen sind jedoch als Ergebnisverwendung auszuweisen. Der gemäß BausparkVO zu bildende Fonds zur baupartechnischen Absicherung darf nach IAS nicht separat auf der Passivseite dargestellt werden. Die nach § 340 f und g HGB gebildeten Vorsorgereserven aus dem Bankgeschäft sowie der Fonds zur baupartechnischen Absicherung wurden im IAS-Abschluss der DG BANK erfolgsneutral zugunsten der Gewinnrücklagen aufgelöst.

Die Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden wurden in der Bilanz mit ihren Bruttowerten erfasst, die Risikovorsorge des Kreditgeschäftes wurde gemäß IAS offen von den Forderungen aktivisch abgesetzt. Im HGB-Abschluss werden die Forderungen mit der Risikovorsorge verrechnet ausgewiesen (Nettoausweis).

Die Bewertungskorrekturen zu Handelsaktiva und -passiva resultieren aus unterschiedlichen Wertansätzen und Positionsdefinitionen. Die Handelsaktiva nach IAS fassen die positiven Marktwerte derivativer Finanzinstrumente und die Handelsbestände der Wertpapiere zusammen. Derivate mit negativen Marktwerten sowie die Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen sind in der Bilanzposition Handelspassiva enthalten. Die Bewertung der Handelsaktiva und -passiva erfolgte zu Marktwerten (Mark-to-Market-Methode). Im deutschen Recht erfolgt die Bilanzierung und Bewertung derivativer Finanzinstrumente nach allgemeinen Grundsätzen. Für die Bewertung ist das im HGB geregelte Anschaffungskostenprinzip zu beachten. Eine Marktbewertung kann sich aus dem Imparitätsprinzip ableiten, ist jedoch insgesamt eingeschränkt.

Zur Position Finanzanlagen gehörten gemäß IAS die Wertpapiere des Anlagevermögens sowie der sonstige langfristig gehaltene Anteilsbesitz. Hierin waren auch die Wertpapiere enthalten, die nach HGB der Liquiditätsreserve zugeordnet werden. Die Bewertung erfolgte zu fortgeführten Anschaffungskosten. Eine Wertaufholung wurde in den Fällen vorgenommen, in denen die Gründe für eine Wertminderung nicht mehr bestanden. Agio- und Disagiobeträge der Wertpapiere wurden laufzeitbezogen abgegrenzt. Die HGB-Bewertung erfolgt strikt nach dem Anschaffungskostenprinzip.

Latente Steuern wurden für sämtliche „temporary differences“ und Verlustvorträge sowie für bestimmte Differenzen aus Konsolidierungsvorgängen gebildet und in der Bilanz brutto ausgewiesen. Nach HGB sind die so genannten „timing differences“ Gegenstand der Steuerabgrenzung (Unterschiede im steuer- und handelsrechtlichen Ergebnisausweis aufgrund abweichender Aufwands- und Ertragsrealisierung).

Ein bei Konsolidierung entstehender Goodwill (Firmenwert) wurde nach IAS aktiviert und systematisch über seine erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Im HGB-Abschluss wird vom Wahlrecht der Verrechnung mit den Rücklagen Gebrauch gemacht.

Selbst erstellte Software wurde nach IAS aktiviert, sofern hieraus ein wirtschaftlicher Nutzen gewährleistet war. In der HGB-Bilanz besteht ein Aktivierungsverbot.

Die Pensionsrückstellungen wurden anders als nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht auf Basis des steuerrechtlichen Teilwertverfahrens, sondern unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Parameter – erwartete künftige Lohn- und Gehaltsentwicklungen, voraussichtliche Rentenanpassung und langfristiger Kapitalmarktzinssatz – berechnet. Unter den sonstigen Rückstellungen durften insbesondere die nach HGB zulässigen bzw. zwingend anzusetzenden Aufwandsrückstellungen nach IAS nicht passiviert werden.

Nach den HGB-Regelungen können Agien und Disagien als Rechnungsabgrenzungsposten angesetzt werden. Diese Möglichkeit bestand im IAS-Abschluss nicht. Für die übrigen Bestandteile wurden grundsätzlich die handelsrechtlichen Vorschriften angewandt.

Der Sonderposten mit Rücklageanteil wurde in der IAS-Bilanz erfolgsneutral aufgelöst, da kein Zusammenhang mit der Steuerbilanz bestehen darf. Es wurden somit weder Rücklagen, die aufgrund steuerlicher Vorschriften den Gewinn mindern, noch ausschließlich steuerlich motivierte Sonderabschreibungen erfasst.

Die Spezialfonds wurden im IAS-Abschluss konsolidiert. Eine korrespondierende Regelung existiert bislang im deutschen Handelsrecht nicht.

Die Gewinnrücklagen vermindern sich bei Anwendung von HGB im Vergleich zu IAS insbesondere durch die Umgliederung zu den Vorsorgereserven nach § 340f und g HGB, durch die Bildung des Fonds zur baupartechnischen Absicherung sowie durch die Verrechnung der Goodwills. Die nachfolgenden Überleitungen zeigen die Entwicklung des ausgewiesenen Eigenkapitals bzw. des Jahresüberschusses vom IAS-Konzernabschluss auf die Zahlen gemäß HGB per 31. Dezember 2000. Bei der Überleitung sind auch die Veränderungen der Anteile Dritter berücksichtigt.

Überleitung des Eigenkapitals vom IAS-Konzernabschluss zum HGB-Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2000

in Mio €	Veränderung	Eigenkapital von IAS nach HGB
Eigenkapital gemäß IAS-Konzernabschluss		3.028
Gezeichnetes Kapital		1.469
Nennbetrag eigene Aktien	+5	
Kapitalrücklagen		272
Agio eigene Aktien	+14	
Goodwill	-60	
Gewinnrücklagen		1.241
Gewinnrücklagenveränderung nach HGB		
Zuführung zu Vorsorgereserven gemäß § 340 f, g HGB	-481	
Fonds zur baupartechnischen Absicherung	-442	
Bilanzieller Risikovorsorgebestand Kreditgeschäft	-19	
Bewertungskorrekturen zu Handelsaktiva und -passiva	-28	
Bewertungskorrekturen zu Finanzanlagen	-7	
Latente Steuern	+260	
Goodwill	-429	
Selbst erstellte Software	-31	
Anpassung der Pensionsrückstellungen	+237	
Anpassung der sonstigen Rückstellungen	-39	
Rechnungsabgrenzungsposten	-82	
Sonderposten mit Rücklageanteil	-55	
Spezialfonds	+12	
Sonstiges	-36	
Entnahme Gewinnrücklagen	-284	
Anteile Fremder an der Veränderung der Gewinnrücklagen	+229	
Konzerngewinn		46
Gesamtveränderung	-1.236	-1.236
Eigenkapital gemäß HGB (ohne Anteile in Fremdbesitz)		1.792
zzgl. Anteile in Fremdbesitz (kein EK-Bestandteil nach IAS)		
Ausgleichsposten für Anteile fremder Gesellschafter nach IAS	2.071	
Stille Einlagen	+722	
Unterschied aus den Gewinnrücklagen nach IAS/HGB	-229	
Unterschied aus dem Jahresüberschuss und sonstigen Konsolidierungen	-128	
Ausgleichsposten für Anteile fremder Gesellschafter nach HGB	2.436	2.436
Eigenkapital gemäß HGB-Konzernabschluss		4.228

**Überleitung des Jahresüberschusses vom IAS-Konzernabschluss zum HGB-Konzernabschluss
des Geschäftsjahres 2000**

in Mio €	Überleitung auf HGB	IAS
Jahresüberschuss gemäß IAS-Konzernabschluss	423	423
Veränderung des Jahresüberschusses nach HGB		
Zuführung zu Vorsorgereserven gemäß § 340 f, g HGB	+8	
Fonds zur baupartechnischen Absicherung	-31	
Bilanzieller Risikovorsorgebestand Kreditgeschäft	-3	
Bewertungskorrekturen zu Handelsaktiva und -passiva	+3	
Bewertungskorrekturen zu Finanzanlagen	-33	
Latente Steuern	-214	
Abschreibung Goodwill	+22	
Selbst erstellte Software	-6	
Anpassung der Pensionsrückstellungen	-47	
Anpassung der sonstigen Rückstellungen	-46	
Rechnungsabgrenzungsposten	+61	
Sonderposten mit Rücklageanteil	+24	
Spezialfonds	-30	
Sonstiges	+9	
Jahresüberschuss gemäß HGB-Konzernabschluss	140	
Gewinnanteile anderer Gesellschafter	371	370
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	277	-
Einstellungen in Gewinnrücklagen	-	7
Konzerngewinn nach HGB/IAS	46	46

**(4) Bilanzierungs-
und Bewertungs-
vorschriften**

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2001 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Gleichzeitig erfüllt der Konzernabschluss die Anforderungen des Aktiengesetzes sowie des DG BANK-Umwandlungsgesetzes. Die Entkonsolidierung erfolgte nach dem Deutschen Rechnungslegungs Standard Nr. 4 (DRS 4). Ansonsten wurden die gesetzlichen Wahlrechte ausgeübt. Der Konzernlagebericht enthält auch den Risikobericht nach § 315 HGB, der den Regelungen des DRS 5 bzw. DRS 5-10 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Committees e.V. entspricht. Die Abschlüsse der in den Konzern einbezogenen Unternehmen werden einheitlich nach den für die DZ BANK AG geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Aufstellung des Anhanges erfolgt für die DZ BANK AG und für den DZ BANK-Konzern getrennt.

Von der Wahlmöglichkeit, Angaben nicht in der Bilanz, sondern im Anhang darzustellen, wird Gebrauch gemacht. Aus Gründen der Übersichtlichkeit fassen wir bestimmte Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen.

Soweit von wesentlicher Bedeutung, sind Angaben zum Bauspargeschäft in die Formblätter der RechKredV aufgenommen. Zusätzlich sind die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung um zusammengefasste Positionen der Formblätter für Versicherungsunternehmen erweitert. Versicherungstypische Positionen sind im Anhang erläutert. Darüber hinaus werden die Vorschriften für Leasing- und Kapitalanlagegesellschaften berücksichtigt.

Als Vorjahreszahlen sind die in Euro umgerechneten Zahlen aus dem zum 1. Januar 2001 auf freiwilliger Basis erstellten Konzernabschluss der DZ BANK (Pro-Forma-Abschluss) angegeben.

Die Aufstellung des Pro-Forma-Konzernabschlusses der DZ BANK für das Geschäftsjahr 2000 basiert auf den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV). Soweit der Sachverhalt es erlaubt, haben wir unter Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit auf entsprechende Anpassungen dann verzichtet, wenn diese nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand hätten ermittelt werden können. Im Anhang wird aufgrund der Fusion sowie der Übersichtlichkeit auf den Ausweis der Vorjahreswerte des DG BANK-Konzerns verzichtet.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind mit dem Nennbetrag oder den Anschaffungskosten ausgewiesen. Den Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungs- und Nennbetrag weisen wir unter den Rechnungsabgrenzungsposten aus, der zeitanteilig abgegrenzt wird.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem für das Umlaufvermögen (Handelsbestand und Liquiditätsreserve) geltenden strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten angesetzt beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenkursen zum Bilanzstichtag bewertet.

Bei nur vorübergehender Wertminderung der Wertpapiere des Anlagevermögens wird der Wert gemäß § 340 e Abs. 1 HGB nicht auf den Niederstwert abgeschrieben. Bei genau spezifizierten Wertpapieren des Anlagevermögens verknüpften wir die Bewertung mit korrespondierenden Sicherungsgeschäften.

Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen sowie Sachanlagen und entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um gegebenenfalls planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Anteile an assoziierten Unternehmen enthalten Beteiligungen, die nach der Equity-Methode bewertet sind.

Unter dem Sachanlagevermögen sind das Leasingvermögen sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung zusammengefasst. Die Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden überwiegend linear abgeschrieben, wobei auf Zugänge in der ersten Jahreshälfte die volle und auf solche in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahresabschreibung verrechnet wird. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Entfallen die Gründe, die zu einer Abschreibung geführt haben, wird eine Zuschreibung vorgenommen.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice wurden mit dem Zeitwert bilanziert.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden um eine Pauschalwertberichtigung, die anhand der Stornoquote der Vergangenheit errechnet wurde, vermindert. Bei der Berechnung der Pauschalwertberichtigung auf noch nicht fällige Ansprüche wurde der ermittelte Betrag um Provisionsrückforderungen gekürzt.

Die Deckungsrückstellungen für Versicherungen wurden grundsätzlich einzelvertraglich berechnet. Die Ermittlung der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt individuell. Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurde gemäß den gesetzlichen Vorschriften bzw.

den vertraglichen Vereinbarungen gebildet. Die Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen wurden entsprechend den jeweiligen Rechtsvorschriften ermittelt. Die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wurden in Höhe des voraussichtlichen Bedarfes gebildet.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Unterschiedsbeträge zwischen Nenn- und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten haben wir in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Gutachten nach dem Teilwertverfahren ermittelt. Der sich aus den aktuellen Sterbetafeln anteilig ergebende Erhöhungsbetrag wird 2001 den Pensionsrückstellungen zugeführt. Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Vorschriften des Steuerrechtes beziehungsweise gemäß den Grundsätzen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Unrealisierte Verluste aus schwebenden Geschäften, die in produktübergreifenden Bewertungseinheiten mit anderen Handelsgeschäften zusammengefasst sind, werden nur im Falle einer Verlustspitze im handelsrechtlichen Jahresabschluss als Rückstellungen passiviert.

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken (§ 340f Abs. 1 HGB). Für Bonitätsrisiken sowie für Länderrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalles gebildet. Dem latenten Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigungen, die sich an dem durchschnittlichen tatsächlichen Forderungsausfall der Vergangenheit orientieren, Rechnung getragen.

Finanzgeschäfte des Handels, die überwiegend von der DZ BANK AG betrieben werden, inklusive Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen, wurden zu Marktpreisen oder rechnerisch ermittelten Bewertungskursen zum Jahresultimo bewertet. Soweit es sich um standardisierte, börsengehandelte Produkte handelt, liegen die Jahresabschlusskurse der jeweiligen Börsen zugrunde. Die Bewertung des Swap-Handelsbestandes erfolgt auf der Basis der aktuellen Zinsstrukturkurven nach der Barwertmethode.

Die Bewertungsergebnisse und die laufenden Zinszahlungen aus Swaps einschließlich der Abgrenzungen sowie Kursgewinne und Kursverluste aus Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen des Handelsbestandes sind erfolgswirksam im Nettoertrag aus Finanzgeschäften ausgewiesen. Die Handelsgeschäfte mit Devisen, Wertpapieren und Derivaten, die demselben Marktpreisänderungsrisiko (Zins-, Währungs- und sonstige Preisrisiken) unterliegen, werden auch für die Rechnungslegung zu produktübergreifenden Bewertungseinheiten zusammengefasst.

Hierbei werden noch nicht realisierte Bewertungsverluste mit noch nicht realisierten Bewertungsgewinnen verrechnet. Weiterhin erfolgt innerhalb derselben Bewertungseinheit eine Kompensation von realisierten Verlusten mit verbleibenden Bewertungsergebnissen, wenn die erforderlichen Kriterien erfüllt sind.

Dividendenerträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren werden grundsätzlich in der Position „laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren“ ausgewiesen. Für einen wirtschaftlich zutreffenden Ergebnisausweis werden Dividenden aus Aktien des Handelsbestandes teilweise im Nettoergebnis ausgewiesen.

(5) Währungsumrechnung

Vermögensgegenstände und Schulden sowie Ansprüche und Lieferverpflichtungen aus Devisengeschäften werden gemäß den in § 340 h HGB und den in der Stellungnahme BFA 3/1995 des Institutes der Wirtschaftsprüfer vorgegebenen Grundsätzen umgerechnet.

Im Konzernabschluss werden die Abschlüsse der ausländischen Tochtergesellschaften mit dem jeweiligen von der Europäischen Zentralbank zum Bilanzstichtag festgestellten ESZB-Referenzkurs umgerechnet. Die Umrechnungsgewinne und -verluste, die sich bei der Kapitalkonsolidierung ergeben, werden direkt erfolgsneutral mit den Gewinnrücklagen und den Anteilen anderer Gesellschafter verrechnet. Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Schulden- sowie aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung werden erfolgsneutral behandelt.

Auf Fremdwährung lautende Vermögenswerte und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte werden in den Einzelabschlüssen der DZ BANK AG und den konsolidierten Tochtergesellschaften grundsätzlich zum ESZB-Referenzkurs am Bilanzstichtag umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag. Wertpapierbestände werden mit den Eurofixing-Kursen der Deutsche Börse Clearing AG umgerechnet. Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung werden entsprechend § 340h HGB in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

B. Erläuterungen zur Bilanz

(6) Restlaufzeiten- gliederung der ...

... Aktivposten in Mio €	31.12.2001	01.01.2001
Andere Forderungen an Kreditinstitute	101.495	106.396
– bis 3 Monate	29.770	26.099
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	12.212	16.119
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	28.939	30.279
– mehr als 5 Jahre	30.574	33.899
Forderungen an Kunden	119.140	119.169
– bis 3 Monate	14.641	16.143
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	11.046	11.965
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	30.725	38.655
– mehr als 5 Jahre	58.806	48.965
– mit unbestimmter Laufzeit	3.922	3.441
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	79.916	81.921
– bis 3 Monate (= im Folgejahr fällig)	3.305	3.066
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr (= im Folgejahr fällig)	8.239	6.035
– mehr als 1 bis 5 Jahre	42.942	47.059
– mehr als 5 Jahre	25.427	25.760
– mit unbestimmter Laufzeit	3	1

... Passivposten in Mio €	31.12.2001	01.01.2001
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (ohne Bauspareinlagen)	100.012	112.328
– bis 3 Monate	49.072	57.795
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	12.502	15.251
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	19.629	21.002
– mehr als 5 Jahre	18.809	18.280
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden:		
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	70	53
– bis 3 Monate	7	8
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	39	15
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	23	28
– mehr als 5 Jahre	1	2
Andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	43.350	45.733
– bis 3 Monate	13.271	15.899
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.916	1.911
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	9.707	7.909
– mehr als 5 Jahre	18.456	20.014
Verbriefte Verbindlichkeiten:		
Begebene Schuldverschreibungen	90.968	97.125
– davon: im Folgejahr fällig	19.335	19.585
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	7.104	6.330
– bis 3 Monate	5.279	4.120
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.531	1.777
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	168	433
– mehr als 5 Jahre	126	0
Rückstellungen	2.497	1.840
– bis 3 Monate	755	264
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	249	235
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	460	483
– mehr als 5 Jahre	1.033	858
Nachrangige Verbindlichkeiten	4.087	3.674
– bis 3 Monate	234	128
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	386	189
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.570	1.633
– mehr als 5 Jahre	1.897	1.724
Genussrechtskapital	2.820	2.610
– bis 3 Monate	179	139
– mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	109	26
– mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	814	294
– mehr als 5 Jahre	1.718	2.151

(7) Rückständige Zins- und Tilgungsbeträge für Baudarlehen der Bausparkasse

Die Position Forderungen an Kunden beinhaltet rückständige Zins- und Tilgungsbeträge für Baudarlehen der Bausparkasse in Höhe von 51 Mio € (Vorjahr: 39 Mio €).

(8) Bereitgestellte, noch nicht ausgezahlte Baudarlehen der Bausparkasse

Am Bilanzstichtag waren Baudarlehen bereitgestellt, aber noch nicht ausgezahlt:

in Mio €	31. 12. 2001	01. 01. 2001
an Kreditinstitute	408	323
davon: aus Zuteilung	408	323
an Kunden	2.360	2.239
davon:		
a) aus Zuteilung	1.984	1.715
b) zur Vor- und Zwischenfinanzierung	334	461
c) sonstige	42	63

Die unter dem Bilanzstrich vermerkten unwiderruflichen Kreditzusagen schließen die bereitgestellten und zugesagten Baudarlehen ein.

(9) Angaben zu verbundenen Unternehmen sowie zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber verbundenen Unternehmen:

in Mio €	31. 12. 2001	01. 01. 2001
Forderungen an Kreditinstitute	82	373
Forderungen an Kunden	856	782
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	105	280
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.426	988
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	275	669
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.450	3.244
Nachrangige Verbindlichkeiten	72	4

Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

in Mio €	31. 12. 2001	01. 01. 2001
Forderungen an Kreditinstitute	18.742	18.468
Forderungen an Kunden	1.009	985
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.076	2.215
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.727	17.747
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.314	945
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.122	2.855
Nachrangige Verbindlichkeiten	80	125

(10) Angaben zu den Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten¹⁾

Die Forderungen und Verbindlichkeiten beinhalten die folgenden Beträge an bzw. gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten:

in Mio €	31. 12. 2001	01. 01. 2001
Forderungen an angeschlossene Kreditinstitute	43.463	42.635
darunter: an genossenschaftliche Zentralbanken	732	577
Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten	41.510	37.314
darunter: gegenüber genossenschaftlichen Zentralbanken	1.236	1.563

¹⁾ Hierbei handelt es sich um Volksbanken und Raiffeisenbanken.

(11) Nachrangige Vermögensgegenstände

In den nachfolgenden Positionen sind nachrangige Vermögensgegenstände enthalten:

in Mio €	31. 12. 2001	01. 01. 2001
Forderungen an Kreditinstitute	316	294
Forderungen an Kunden	335	340
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	406	637
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	235	39

(12) Kapitalanlagen aus dem Versicherungsgeschäft

Die Kapitalanlagen aus dem Versicherungsgeschäft gliedern sich wie folgt:

a) Kapitalanlagen für eigene Rechnung:

in Mio €	Bilanzwert 01.01.2001	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwert 31.12.2001
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	846	42	–	86	1	47	756
Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen	230	198	–5	76	–	5	342
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und an verbundene Unternehmen	933	478	1.499	299	1	3	2.609
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.194	2.585	3	1.266	22	166	7.372
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.166	3.019	–186	2.708	11	11	4.291
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	3.693	229	–	182	–	–	3.740
Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen, Darlehen und übrige Ausleihungen	12.075	1.661	–1.229	1.197	–	–	11.310
Einlagen bei Kreditinstituten	143	11	–26	–	–	–	128
Andere Kapitalanlagen	164	5	–56	19	–	1	93
Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	330	8	–	–	–	–	338
Insgesamt	28.774	8.236	–	5.833	35	233	30.979

b) Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice:

Sondervermögen in Mio €	Anteile	31.12.2001
Interner Fonds „R+V-Aktien-Europa“	1.428.221	12
Interner Fonds „R+V-Anleihen-Europa“	543.137	6
Unieuroparenta	363.481	15
Unieurokapital	270.823	15
Unieuropa	25.978	36
Unideutschland	79.629	8
R+V Kurs	18.849.085	114
R+V Zins	16.407.961	83
UNIT-LINKED Euroquota (prudente + equilibrata + aggressiva)	10.031.432	47
UNIT-LINKED PiùFuturo (prudente + crescente + brillante)	740.767	4
UNIT-LINKED Raiffplanet (prudente + equilibrata + aggressiva)	11.513.739	55
Valore Unico Nikkei I + Valore Unico Nikkei II		42
Valore Unico Mix		21
Altro Domani Pianeta Borsa + Pianeta Borsa 1–99 + Pianeta Borsa 2–99		107
Altro Domani Pianeta Borsa 1–00		13
Pianeta Borsa – INDEX AUREO		8
Pianeta Borsa – INDEX SHARE		20
Pianeta Borsa – NEW INDEX SHARE		17
Pianeta Borsa – EUROPE INDEX		16
Pianeta Borsa – BEST EUROPE INDEX		12
INDEX 4 YOU		8
INDEX FOR 8		6
Diverse		7
Insgesamt		672

(13) Sonstige

versicherungs-
spezifische Aktiva

in Mio €	31.12.2001	01.01.2001
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an	296	281
a) Versicherungsnehmer	204	191
b) Versicherungsvermittler	92	90
Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	103	116
Sonstige Forderungen	1.812	1.747
Insgesamt	2.211	2.144

In den sonstigen Aktiva der Versicherungsgesellschaften sind vor allem Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern und Rückversicherern, laufende Guthaben bei Kreditinstituten sowie abgegrenzte Zinsen und Mieten enthalten.

(14) Treuhandgeschäfte

Der Gesamtbetrag des Treuhandvermögens und der Gesamtbetrag der Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich nach folgenden Aktiv- und Passivposten auf:

in Mio €	31. 12. 2001	01. 01. 2001
Treuhandvermögen		
a) Forderungen an Kreditinstitute	657	942
b) Forderungen an Kunden	283	61
c) Beteiligungen	1.421	1.414
d) Sonstige	0	34
Insgesamt	2.361	2.451
Treuhandverbindlichkeiten		
a) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	534	837
b) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.793	1.580
c) Sonstige	34	34
Insgesamt	2.361	2.451

(15) Fremdwährung

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden bestehen in folgender Höhe:

in Mio €	31. 12. 2001	01. 01. 2001
Vermögensgegenstände	46.130	43.643
Schulden	40.907	39.919

**(16) Echte Pensions-
geschäfte**

Zum 31. Dezember 2001 betrug der Buchwert der in Pension gegebenen Vermögensgegenstände 13.343 Mio € (Vorjahr: 21.005 Mio €).

**(17) Als Sicherheit für
Verbindlichkeiten
übertragene
Vermögensgegen-
stände**

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in folgender Höhe übertragen:

in Mio €	31. 12. 2001	01. 01. 2001
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.489	25.454
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.930	1.442
Anderweitige Verpflichtungen wie Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften	753	619
Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten	36.172	27.515

(18) Zweckgliederung des Wertpapierbestandes

Der Wertpapierbestand untergliedert sich nach der Zweckbestimmung in folgende Kategorien:

in Mio €	31.12.2001	01.01.2001
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	79.916	81.921
– Anlagevermögen	24.654	25.036
– Handelsbestand	19.019	21.647
– Liquiditätsreserve	36.243	35.238
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.327	8.001
– Anlagevermögen	985	2.612
– Handelsbestand	1.473	1.773
– Liquiditätsreserve	6.869	3.616

(19) Börsenfähige Wertpapiere

Die nachfolgenden Aktivposten enthalten börsenfähige Wertpapiere im genannten Umfang:

in Mio €	31.12.2001	01.01.2001
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	79.782	78.755
– davon: börsennotiert	72.846	73.265
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.077	2.618
– davon: börsennotiert	1.075	1.984
Beteiligungen	135	125
– davon: börsennotiert	118	125

(20) Entwicklung des ...

... Sachanlagevermögens	Anschaffungskosten/ Herstellungskosten	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abschreibungen und Wertberichtigungen kumuliert	Buchwert 31.12.2001	Buchwert 01.01.2001	Abschreibungen und Wertberichtigungen im Geschäftsjahr
in Mio €									
Immaterielle Anlagewerte	17	9	–	6	–	11	21	9	3
Grundstücke und Bauten	865	17	5	22	–	353	546	535	22
davon: im Rahmen der eigenen Tätigkeit selbst genutzt	(674)	(15)	(4)	(16)	(–)	(300)	(401)	(442)	(18)
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.358	154	74	45	1	1.039	445	466	217
Sonstiges Sachvermögen	–	9	–	–	–	–	9	–	–
Leasingvermögen	6.226	1.667	1.192	–	–	2.170	4.531	4.302	881
Geleistete Anzahlungen	77	66	3	–73	–	–	67	78	–
Summe Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagewerte	8.543	1.922	1.274	–	1	3.573	5.619	5.390	1.123

Die Abschreibungen auf das Leasingvermögen werden in den „sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ ausgewiesen.

... Finanzanlagevermögens	Veränderungen saldiert	Buchwert 31.12.2001	Buchwert 01.01.2001
in Mio €			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–382	24.654	25.036
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–1.627	985	2.612
Beteiligungen	–7	539	546
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	64	165	101
Anteile an verbundenen Unternehmen	45	888	843
Summe Finanzanlagevermögen	–1.907	27.231	29.138

Mit der Verschmelzung von GZ-Bank AG und DG BANK AG zur DZ BANK AG wurde das Vermögen der GZ-Bank AG im Rahmen der Buchwertfortführung gemäß § 24 UmwG übertragen. Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden jedoch brutto in den Anlagenspiegel übernommen, d. h. sowohl die historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten als auch die kumulierten Abschreibungen.

(21) Eigene Aktien

Zum Bilanzstichtag waren insgesamt 15.574.869 eigene auf den Namen lautende Stückaktien mit einem Gesamtbetrag von 40.494.659,40 € des Grundkapitals im Bestand der DZ BANK AG bzw. im Bestand von abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der DZ BANK AG stehenden Unternehmen. Dies entspricht einem Anteil von 1,5142 Prozent am Grundkapital.

Zu Beginn des Geschäftsjahres befanden sich im Bestand der DZ BANK AG 1.713.000 Stückaktien mit einem Gesamtbetrag von 4.453.800,00 € bzw. einem Anteil von 0,1665 Prozent am Grundkapital. Davon sind 200.000 Stückaktien am 19. August 1998 gem. § 2 Abs. 2 DG BANK-Umwandlungsgesetz vom Bund auf die DG BANK AG übergegangen. Dies entspricht einem Betrag des Grundkapitals von 520.000,00 € bzw. einem Anteil am Grundkapital von 0,04 Prozent. Weitere 293.000 eigene Stückaktien wurden von der DG BANK AG am 30. September 1999 im Rahmen einer von der Hauptversammlung am 15. Juni 1999 erteilten und bis zum 31. Oktober 2000 befristeten Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien erworben. Dies entspricht einem Betrag des Grundkapitals von 761.800,00 € bzw. einem Anteil am Grundkapital von 0,05 Prozent. Ferner hat die DG BANK AG am 15. November 1999 weitere 1.220.000 eigene Stückaktien erworben. Dies entspricht einem Betrag des Grundkapitals von 3.172.000,00 € bzw. einem Anteil von 0,22 Prozent am Grundkapital. Zur Durchführung der Verschmelzung der GZ-Bank AG Frankfurt/Stuttgart und der DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank AG zur DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main hat die DG BANK AG ihr Grundkapital erhöht. Fusionsbedingt hat sich daher der Anteil am Grundkapital von 0,3022 Prozent reduziert auf 0,1665 Prozent.

Die außerordentliche Hauptversammlung hat am 16. August 2001 eine bis zum 31. Januar 2003 befristete Ermächtigung erteilt zum Erwerb eigener Aktien bis zu einem Volumen von insgesamt 10 Prozent des derzeitigen Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel. Der Kaufpreis für eine Aktie darf dabei den gewichteten Durchschnittskurs der letzten fünf nicht zu pari durchgeführten Übertragungen um nicht mehr als 10 Prozent über- oder unterschreiten. Auf Basis dieses Beschlusses hat die DZ BANK AG am 28. Dezember 2001 weitere 5.082 eigene Stückaktien zum Anschaffungspreis von 13.213,20 € erworben. Dies entspricht einem Betrag am Grundkapital von 13.213,20 € bzw. einem Anteil am Grundkapital von 0,0005 Prozent. Der Erwerb dieser Kleinstbeteiligung erfolgte im Rahmen einer teilweisen Konsolidierung des Aktionärskreises der DZ BANK AG im Zusammenhang mit der Fusion.

Durch die seit dem 18. September 2001 wirksame Verschmelzung von GZ-Bank AG Frankfurt/Stuttgart und DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank AG zur DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main wurden einige bisher an diesen Gesellschaften beteiligte Unternehmen zu abhängigen oder in Mehrheitsbesitz der DZ BANK AG stehenden Unternehmen und damit deren Beteiligung an der DZ BANK AG zu eigenen Aktien. Die Verschmelzung erfolgte in der Weise, dass das Vermögen der GZ-Bank AG als übertragender Gesellschaft als Ganzes unter

Auflösung ohne Abwicklung auf die DZ BANK AG gegen Gewährung von Aktien der DZ BANK AG an die Aktionäre der GZ-Bank AG übertragen wurde (§ 2 Nr. 1 UmwG). Dadurch ist die übertragene Gesellschaft erloschen. Die Aktien der GZ-Bank AG verbrieften keine Aktienrechte mehr, sondern Ansprüche auf Umtausch in Aktien der DZ BANK AG. Auf der Grundlage der durchgeführten Unternehmensbewertungen wurde das Umtauschverhältnis mit 92,4072 auf den Namen lautenden vinkulierten Stückaktien der DZ BANK AG mit einem rechnerischen Nennbetrag von 2,60 € für eine auf den Namen lautende Stückaktie der GZ-Bank AG mit einem rechnerischen Nennbetrag von rund 51,13 € festgesetzt. Es handelt sich insoweit um einen zulässigen Erwerb eigener Aktien durch Gesamtrechtsnachfolge (§ 71 Abs. 1 Ziffer 5 AktG). Mit der Verschmelzung sind Mehrheitsbeteiligungsverhältnisse entstanden, die aufgrund der Vorschrift des § 160 Abs. 1 Ziffer 2 AktG hier anzugeben sind. Im Bestand von abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der DZ BANK AG stehenden Unternehmen waren zum Zeitpunkt der Fusion 10.901.582 Stückaktien mit einem Gesamtbetrag von 28.344.113,20 €; dies entspricht einem Anteil am Grundkapital von 1,0598 Prozent.

Im Rahmen der am 16. August 2001 durch die außerordentliche Hauptversammlung erteilten – bis 31. Januar 2003 befristeten – Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien bis zu einem Volumen von insgesamt 10 Prozent des derzeitigen Grundkapitals zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel (§ 71 Abs. 1 Ziffer 8 AktG) haben abhängige oder im Mehrheitsbesitz der DZ BANK AG stehende Unternehmen im Zeitraum von September bis Dezember 2001 insgesamt 2.955.911 Stückaktien mit einem Gesamtbetrag von 7.685.368,60 € bzw. einem Anteil am Grundkapital von 0,2874 Prozent erworben. Der Anschaffungspreis betrug 7.685.368,60 €. In allen Fällen erfolgte der Erwerb von Kleinstbeteiligungen im Rahmen einer teilweisen Konsolidierung des Aktionärskreises der DZ BANK AG im Zusammenhang mit der Fusion.

In zwei Fällen wurden im Dezember 2001 von abhängigen bzw. im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen insgesamt 706 eigene auf den Namen lautende Stückaktien mit einem Gesamtbetrag von 1.835,60 € – dies entspricht einem Anteil am Grundkapital von 0,0001 Prozent – veräußert. Der Veräußerungspreis betrug 2,60 € pro Aktie, somit insgesamt 1.835,60 €. In beiden Fällen waren Aktionäre an einer Aufrundung ihres Aktienbestandes interessiert. Der Veräußerungserlös wurde dem Umlaufvermögen zugeführt, Erträge wurden nicht erwirtschaftet.

Ein geringer Teil der abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der DZ BANK AG stehenden Unternehmen wird nicht in den Konzernabschluss der DZ BANK einbezogen. Daher stellt sich auch die Anzahl der eigenen Aktien im Konzern leicht verändert dar. Die Unternehmen des Konsolidierungskreises hatten zum Bilanzstichtag insgesamt 15.531.903 Stückaktien mit einem Gesamtbetrag von 40.382.947,80 € des Grundkapitals im Bestand. Dies entspricht einem Anteil von 1,5100 Prozent am Grundkapital.

(22) Entwicklung des Eigenkapitals

Das gezeichnete Kapital des Konzerns besteht aus dem Grundkapital der DZ BANK AG in Höhe von 2.674.317.989,20 €. Das gezeichnete Kapital ist in 1.028.583.842 auf den Namen lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital je Stückaktie von 2,60 € eingeteilt.

Durch Beschluss der außerordentlichen Hauptversammlung vom 16. August 2001 zur Durchführung der Verschmelzung wurde die Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 1.200.679.589,20 € auf 2.674.317.989,20 € durchgeführt. Die Kapitalerhöhung erfolgte unter teilweiser Ausnutzung der Kapitalrücklage. Die im Zusammenhang mit der Verschmelzung ausgegebenen neuen Aktien sind ab dem 1. Januar 2001 dividendenberechtigt.

Mit Eintragung der Verschmelzung geht das gezeichnete Kapital der GZ-Bank AG unter.

Das Eigenkapital des Konzerns hat sich wie folgt entwickelt:

in Mio €	DG BANK 31.12.2000	Veränderung durch Fusion	DZ BANK 01.01.2001	Veränderung 2001	DZ BANK 31.12.2001
Gezeichnetes Kapital	1.474		2.674		2.674
– Kapitalerhöhung aufgrund der Verschmelzung		1.200			
Kapitalrücklage	226		528		528
– Agio aus der Kapitalerhöhung aufgrund der Verschmelzung		242			
– Teilverrechnung eines Goodwills im DG BANK-Abschluss		60			
Gewinnrücklagen	46		219		390
– gesetzliche Rücklage	–		–	2	2
– Rücklage für eigene Anteile	19	36	55	8	63
– andere Gewinnrücklagen	27	137	164	161	325
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	2.436		2.074		2.140
– Anpassung durch Veränderungen im Konsolidierungskreis, der Beteiligungsquoten und der Gewinnanteile anderer Gesellschafter		–362		66	
	4.182	1.313	5.495	237	5.732
Konzerngewinn	46		77		51
– Bilanzgewinn 2000 der GZ-Bank AG		31			
– Veränderung 2001				–26	
Eigenkapital Konzern	4.228	1.344	5.572	211	5.783

Die Hauptversammlung hat am 16. August 2001 den Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 31. Juli 2006 durch Ausgabe von Aktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 50 Mio € zu erhöhen. Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Aktionäre sowohl bei Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage als auch bei Kapitalerhöhung gegen Bareinlage ausschließen, sofern die Kapitalerhöhung zum Zwecke der Ausgabe von neuen Belegschaftsaktien, des Erwerbs von Unter-

nehmen, von Beteiligungen an Unternehmen oder zur Einräumung von Beteiligungen an der Gesellschaft zur Unterlegung strategischer Partnerschaften erfolgt. Ferner ist der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen („Genehmigtes Kapital I“).

Des Weiteren hat die Hauptversammlung beschlossen, den Vorstand zu ermächtigen, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital bis zum 31. Juli 2006 durch Ausgabe von neuen Aktien gegen Bareinlage einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 100 Mio € zu erhöhen. Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrates Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre ausnehmen („Genehmigtes Kapital II“).

Im Berichtsjahr hat der Vorstand keinen Gebrauch von seinen Ermächtigungen gemacht.

Drei Aktionäre streben im Rahmen eines Spruchverfahrens gemäß § 34 UmwG für 74.199 Stück GZ-Bank AG-Aktien eine Erhöhung der im Verschmelzungsvertrag angebotenen Barabfindung von DM 470,00 je ehemalige GZ-Bank AG-Aktie an. Bei einer Rechtsentscheidung zugunsten und Annahme des neuen Angebotes durch die drei Aktionäre erwirbt die DZ BANK AG gemäß dem Verschmelzungsvertrag in zulässiger Weise eigene Aktien i. S. v. § 71 AktG.

**(23) Angaben zum
Aktionärskreis**

Der Anteil der genossenschaftlichen Unternehmen am Grundkapital beträgt am Ende des Geschäftsjahres rund 92 Prozent. Zu den genossenschaftlichen Unternehmen zählen die Genossenschaften, die genossenschaftlichen Zentralinstitutionen und andere juristische Personen und Handelsgesellschaften.

**(24) Sonstige Vermögens-
gegenstände**

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen werden insbesondere aktivierte Ergebnisse aus Handelsgeschäften sowie Prämien für erworbene Optionsrechte ausgewiesen.

**(25) Steuerabgrenzungs-
posten**

Der zusammengefasste Abgrenzungsposten gemäß § 274 Abs. 2 und § 306 HGB entspricht der voraussichtlichen Steuerentlastung aus den Unterschieden der handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Ergebnisse unter Anwendung der landesspezifischen Steuersätze.

Für den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB wurden latente Steuern in Höhe von 295 Mio € in Ansatz gebracht.

Aufgrund von steuerlich nicht anerkanntem Aufwand für Drohverlustrückstellungen und Wertberichtigungen sowie nicht als Betriebsausgabe absetzbarem Aufwand für Ausgleichsansprüche der Handelsvertreter wurden latente Steuererträge in Höhe von 79 Mio € gebucht.

**(26) Rechnungs-
abgrenzungsposten**

in Mio €	31.12.2001	01.01.2001
Aktivseite	800	921
a) Disagio aus Verbindlichkeiten	443	436
b) Agio aus Forderungen	115	101
c) Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	242	384
Passivseite	2.594	2.476
a) Disagio aus Forderungen	269	315
b) Agio für begebene Schuldverschreibungen	72	128
c) Abgegrenzte Erlöse aus Forderungsverkäufen (Leasinggeschäft)	1.691	1.533
d) Sonstige passive Rechnungsabgrenzungsposten	562	500

**(27) Sonstige
Verbindlichkeiten**

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten insbesondere erhaltene abgegrenzte Optionsprämien.

(28) Rückstellungen

Die gesamten Rückstellungen betragen 2.497 Mio € (Vorjahr: 1.840 Mio €). Die Erhöhung der Steuerrückstellungen ist vor allem auf die gesetzlichen Änderungen zur Besteuerung von Beteiligungserträgen zurückzuführen (Eigenhandelssteuerfolgesgesetz).

Die zusammengefassten latenten Steuerrückstellungen nach § 274 Abs. 1 und § 306 HGB belaufen sich auf 14 Mio € und entsprechen der voraussichtlichen Steuerbelastung aus den Unterschieden der handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Ergebnisse unter Anwendung landesspezifischer Steuersätze.

Aus dem Leasinggeschäft bestehen Rückstellungen in Höhe von 94 Mio €.

(29) Versicherungs- technische Rückstellungen	in Mio €	31. 12. 2001	01. 01. 2001
Versicherungstechnische Rückstellungen		28.386	26.319
a) Beitragsüberträge		954	926
b) Deckungsrückstellung		21.207	19.528
c) Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		2.744	2.440
d) Rückstellung für Beitragsrückerstattung		2.817	2.729
e) Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		633	588
f) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		31	108
Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird		672	493
Deckungsrückstellung		672	493
Insgesamt		29.058	26.812

Die versicherungstechnischen Rückstellungen stellen Verpflichtungen des Versicherungsunternehmens gegenüber Versicherungsnehmern und Anspruchsberechtigten dar und sind durch Kapitalanlagen auf der Aktivseite der Bilanz zu unterlegen.

(30) Sonstige versicherungs- spezifische Passiva	in Mio €	31. 12. 2001	01. 01. 2001
Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		724	706
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
a) Versicherungsnehmern		2.336	2.127
b) Versicherungsvermittlern		52	49
Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		125	74
Übrige Verbindlichkeiten		663	746
Insgesamt		3.900	3.702

In den sonstigen Passiva der Versicherungsgesellschaften sind vor allem Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern, Versicherungsvermittlern und Rückversicherern enthalten.

(31) Genussrechtskapital Das Gesamtvolumen des Genussrechtskapitals, das als haftendes Eigenkapital gemäß § 10 Abs. 5 KWG anerkannt wird, beläuft sich auf 2.440 Mio €.

Die Ansprüche der Genussrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber den Ansprüchen der anderen Gläubiger nachrangig. Die DZ BANK AG hat nachfolgende Emissionen von Inhabergenusscheinen begeben:

Emissionsjahr	Nominalbetrag (in Mio €)	Zinssatz (in Prozent)	Fälligkeit
1984	179	8,50	2011
1987	102	7,25	2006
1989	42	7,50	2009
1992	99	8,25	2002
1993	26	6,75	2003
1993	26	7,00	2008
1994	36	6,75	2006
1994	26	6,25	2005
1995	26	7,25	2004
1995	64	7,50	2006
1996	51	7,50	2006
1996	41	7,25	2007
1997	9	6,50	2004
1997	38	6,75	2008
1998	1	3,27	2004
1998	22	6,50	2010
1999	160	5,766 ¹⁾	2009
1999	1	7,00	2010
2000	60	6,25	2009
2000	1	2,75	2006
2001	100	5,50	2008
2001	61	7,60	2006

¹⁾ abhängig vom Marktzins: 1. Halbjahr: 6,284 Prozent, 2. Halbjahr: 5,766 Prozent

Die Ausschüttung auf das Genussrechtskapital der Tranchen aus den Jahren 1984, 1987, 1998 (Laufzeit bis 2004), 2000 (Laufzeit bis 2006) ist nach den Emissionsbedingungen von der Höhe der Dividende abhängig.

**Ergänzend im
Konzern:**

Emissionsjahr	Nominalbetrag (in Mio €)	Zinssatz (in Prozent)	Fälligkeit
1992	11	9,00	2002
1993	26	7,25	2003
1993	102	7,00–7,25	2008–2013
1994	26	6,50	2007
1994	10	8,90	2004
1994	38	6,75	2004
1994	9	7,50	2004
1995	15	7,75	2005
1995	51	i. H. d. Div. (min. 7)	2011
1998	51	6,27	2007
1998	6	6,00	2008
2000	75	7,59	2009
2001	11	6,50	2011

Namensgenussscheine wurden im Volumen von 1.041 Mio € vom DZ BANK-Konzern emittiert. Der Gesamtbestand der Namensgenussscheine setzt sich aus 443 Einzelemissionen mit Ursprungslaufzeiten von 6,6 bis 15 Jahren und Verzinsungen zwischen 5,38 Prozent und 7,63 Prozent zusammen.

Für die Verzinsung der Genussscheine fielen in 2001 Aufwendungen in Höhe von 177 Mio € (Vorjahr: 170 Mio €) an und wurden in der Bilanzposition Genussrechtskapital ausgewiesen.

**(32) Sonderposten mit
Rücklageanteil**

Der Sonderposten mit Rücklageanteil wurde nach den Vorschriften des § 6 b EStG und des § 52 Abs. 16 Satz 3-5 EStG gebildet. Im Jahr 2001 wurden 37 Mio € erfolgswirksam aufgelöst.

**(33) Nachrangige
Verbindlichkeiten**

Für die nachrangigen Mittelaufnahmen bestehen keine vorzeitigen Rückzahlungsverpflichtungen durch die Emittenten.

Die Ansprüche aus diesen Verbindlichkeiten einschließlich der Zinsansprüche gehen im Falle des Konkurses, der Liquidation oder des Vergleiches den Forderungen aller Gläubiger, die nicht nachrangig sind, nach.

Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldform ist nicht vereinbart oder vorgesehen. Der DZ BANK-Konzern hat insgesamt nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 3.980 Mio € begeben. Nach BIZ sind hiervon 2.914 Mio € (Vorjahr: 2.802 Mio €) längerfristige und 377 Mio € (Vorjahr: 552 Mio €) kurzfristige Verbindlichkeiten als nachrangige Mittel zugeordnet.

Nachrangige Verbindlichkeiten werden insbesondere in Form von festverzinslichen Wertpapieren, variablen Wertpapieren und Reverse Floater begeben.

Es sind keine Einzelposten enthalten, die 10 Prozent des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen.

Die Zinsaufwendungen für die nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 241 Mio € (Vorjahr: 210 Mio €).

Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 107 Mio € werden unter den nachrangigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

**(34) Aufstellung über
Produktbereiche des
Derivate-Geschäftes**

in Mio €	Nominalbetrag			Wiederbeschaffungs- kosten			
	Restlaufzeit			Gesamtbetrag			
	< = 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	31. 12. 2001	01. 01. 2001	31. 12. 2001	01. 01. 2001
Zinsbezogene Geschäfte	212.589	228.180	179.592	620.361	560.238	8.600	5.606
a) OTC-Produkte							
– FRAs	26.848	4.396	298	31.542	36.614	62	19
– Zinsswaps (gleiche Währung)	138.851	195.619	164.187	498.657	429.028	8.039	5.346
– Zinsoptionen – Käufe	4.788	17.592	7.626	30.006	18.046	496	241
– Zinsoptionen – Verkäufe	1.860	3.286	7.229	12.375	38.650	–	–
– Sonstige Zinskontrakte	–	36	251	287	42	3	–
b) Börsengehandelte Produkte							
– Zinsfutures	40.232	7.251	1	47.484	37.593	–	–
– Zinsoptionen	10	–	–	10	265	–	–
Währungsbezogene Geschäfte	40.675	16.294	6.629	63.598	74.280	1.296	1.867
a) OTC-Produkte							
– Devisentermingeschäfte	33.958	1.088	58	35.104	45.401	395	912
– Cross-Currency-Swaps	2.766	15.206	6.571	24.543	24.257	889	952
– Devisenoptionen – Käufe	2.047	–	–	2.047	2.448	12	3
– Devisenoptionen – Verkäufe	1.903	–	–	1.903	2.160	–	–
b) Börsengehandelte Produkte							
Devisenfutures	1	–	–	1	14	–	–
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	1.479	224	–	1.703	9.828	11	17
a) OTC-Produkte							
– Aktien-/Indexoptionen – Käufe	17	72	–	89	297	11	16
– Aktien-/Indexoptionen – Verkäufe	22	119	–	141	7.592	–	–
– sonstige Aktien-/Indexkontrakte	–	–	–	–	1	–	1
b) Börsengehandelte Produkte							
– Aktien-/Indexfutures	967	–	–	967	1.397	–	–
– Aktien-/Indexoptionen	473	33	–	506	541	–	–
Sonstige Geschäfte	10	–	–	10	11	–	–
– Edelmetallgeschäfte	10	–	–	10	11	–	–
Kreditderivate	1.141	3.347	1.311	5.799	2.233	79	11
a) Credit Default Swaps							
– DZ BANK als Sicherungsnehmer	358	1.746	160	2.264	1.206	69	10
– DZ BANK als Sicherungsgeber	783	1.551	1.135	3.469	977	6	1
b) Total Return Swaps							
– DZ BANK als Sicherungsnehmer	–	50	16	66	50	4	–
Insgesamt	255.894	248.045	187.532	691.471	646.590	9.986	7.501

Ein wesentlicher Teil der hier genannten Geschäfte wurde zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen abgeschlossen. Der überwiegende Teil entfällt auf Handelsgeschäfte.

(35) Kontrahenten-
struktur des
Derivate-Geschäftes

Kontrahenten in Mio €	Wiederbeschaffungskosten	
	31. 12. 2001	01. 01. 2001
OECD-Zentralregierungen	6	16
OECD-Banken	9.415	7.063
OECD-Finanzdienstleistungsinstitute	250	160
Sonstige Unternehmen, Privatpersonen	312	197
Nicht-OECD-Zentralregierungen	-	2
Nicht-OECD-Banken	3	61
Nicht-OECD-Finanzdienstleistungsinstitute	-	2
Insgesamt	9.986	7.501

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(36) Aufgliederung der Erträge nach geographischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien usw., Provisionserträge, des Nettoertrages aus Finanzgeschäften und der sonstigen Erträge verteilt sich wie folgt:

in Prozent	2001	Vorjahr
Inland	85,56	84,57
Ausland	14,44	15,43

(37) Provisionserträge und -aufwendungen

Der Überschuss der Provisionserträge über die Provisionsaufwendungen resultiert aus folgenden Dienstleistungen:

in Mio €	2001	Vorjahr
Wertpapiergeschäft	716	903
Kredit- und Avalgeschäft	80	84
Zahlungsverkehr/Ausland	119	111
Vermögensverwaltung	12	7
Sonstige	167	141
Bauspargeschäft	-174	443
Insgesamt	920	1.689

Der Rückgang des Provisionsüberschusses aus dem Bauspargeschäft ist unter anderem mit einem Betrag in Höhe von 639 Mio € auf die im Vorjahresausweis der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG berücksichtigte Erfolgsrealisierung bilanziell abgegrenzter Abschlussgebühren zurückzuführen.

**(38) Nettoergebnis aus
Finanzgeschäften**

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften basiert auf folgenden Risikoarten:

in Mio €	2001	Vorjahr
Zinsrisiko	74	80
Aktienpreisrisiko	3	73
Währungsrisiko	36	28
Sonstige Risiken	6	24
Insgesamt	119	205

**(39) Erträge aus
dem Versicherungs-
geschäft**

in Mio €	2001	Vorjahr
Verdiente Netto-Beiträge		
a) Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft	2.726	2.365
b) Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft	3.067	3.014
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung	320	305
Erträge aus Kapitalanlagen	2.322	2.353
Sonstige versicherungstechnische Erträge	7	7
Sonstige nicht versicherungstechnische Erträge	134	67
Insgesamt	8.576	8.111

(40) Aufwendungen aus dem Versicherungsgeschäft

in Mio €	2001	Vorjahr
Versicherungsfälle		
a) Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft	1.995	1.687
b) Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft	1.981	1.789
Veränderung versicherungstechnischer Netto-Rückstellungen		
a) Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft	107	109
b) Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft	1.640	1.708
Beitragsrückerstattungen		
a) erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	728	914
b) erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	8	5
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	1.113	993
Aufwendungen für Kapitalanlagen	472	358
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	226	270
Sonstige nicht versicherungstechnische Aufwendungen	175	150
Insgesamt	8.445	7.983

Der Anstieg der Erträge aus dem Versicherungsgeschäft um 465 Mio € auf 8.576 Mio € ist auf höhere Netto-Beiträge zurückzuführen. Demgegenüber verzeichneten die Erträge aus Kapitalanlagen als Folge der rückläufigen Kapitalmarktentwicklung in Zusammenhang mit den Terroranschlägen in den USA einen leichten Rückgang auf 2.322 Mio €.

Die Aufwendungen aus dem Versicherungsgeschäft erhöhten sich um 462 Mio € auf 8.445 Mio €. Hauptursache hierfür sind um 500 Mio € auf 3.976 Mio € gestiegene Aufwendungen für Versicherungsfälle. Demgegenüber reduzierten sich die Aufwendungen für Beitragsrückerstattung, die sich im Wesentlichen auf das selbst abgeschlossene Lebensversicherungsgeschäft beziehen, um 183 Mio € auf 736 Mio €.

Insgesamt belief sich das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft auf 131 Mio € und lag somit leicht über dem Vorjahresniveau (128 Mio €).

(41) Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen betreffen insbesondere die Depot- und Vermögensverwaltung, die Verwaltung von Treuhandvermögen sowie die Vermittlung von Bausparverträgen und Immobilien.

(42) Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen laufende Erträge aus Leasinggeschäften. Weiterhin sind hier Erträge aus Steuererstattungen, der Auflösung von Rückstellungen, Mieterträge sowie Erträge aus Seminarveranstaltungen und Publikationen ausgewiesen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren hauptsächlich aus sonstigen Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft und Abschreibungen auf Leasinggegenstände. Des Weiteren sind Kulanzen, Sachkosten für nicht bankgeschäftlich genutzte Gebäude sowie sonstige Sozialleistungen in dieser Position enthalten.

(43) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

in Mio €	2001	Vorjahr
Außerordentliche Aufwendungen		
Wichtige Einzelbeträge:		
a) fusionsbedingte Aufwendungen	128	20
b) Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“	–	12
c) Sozialplan- und Vorruhestandszahlungen	24	24
Insgesamt	152	56

D. Sonstige Angaben

(44) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Betrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beläuft sich auf 771 Mio € (Vorjahr: 976 Mio €). Es handelt sich im Wesentlichen um Verpflichtungen aus Mietverträgen, Investitionsvorhaben und schwebenden Geschäften.

Darüber hinaus bestehen Haftsummen aus Geschäftsguthaben bei Genossenschaften in Höhe von 9 Mio € (Vorjahr: 10 Mio €).

Die DZ BANK AG hat die Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. für den Fall freigestellt, dass der Sicherungseinrichtung Verpflichtungen zugunsten der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank AG, der DG BANK Bank für Absatzfinanzierung GmbH (jetzt: VR DISKONTBANK GmbH), der Deutschen Verkehrsbank AG oder der Frankfurt Bukarest Bank AG entstehen.

Die DZ BANK AG hat für bestimmte Einlagen bei ihren Niederlassungen in Großbritannien, den USA und Hongkong gegenüber inländischen Unternehmen und öffentlichen Institutionen Transfererklärungen für den Fall übernommen, dass die Niederlassungen wegen hoheitlicher Entscheidung daran gehindert sind, ihren Rückzahlungsverpflichtungen nachzukommen.

(45) Platzierungs- und Übernahme- verpflichtungen

Aus Garantien für die Platzierung oder Übernahme von Finanzinstrumenten gegenüber Emittenten sind die Unternehmen des DZ BANK-Konzerns (wie im Vorjahr) nicht in Anspruch genommen worden.

(46) Patronatserklärung

Für die unmittelbar und mittelbar gehaltenen Beteiligungen an Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten, Finanzunternehmen und Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten, die in der Anteilsbesitzliste als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, trägt die DZ BANK AG, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, im Rahmen ihrer Anteilsquote dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können.

(47) Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2001 betrug der durchschnittliche Personalbestand nach Gruppen:

	2001	Vorjahr
Mitarbeiterinnen	12.271	12.805
davon: Vollzeitbeschäftigte	9.368	9.565
davon: Teilzeitbeschäftigte	2.903	3.240
Mitarbeiter	14.380	15.674
davon: Vollzeitbeschäftigte	13.890	15.200
davon: Teilzeitbeschäftigte	490	474
Beschäftigte insgesamt	26.651	28.479

**(48) Deckungsrechnung
der DZ BANK AG**

Für den Gesamtbetrag der umlaufenden Schuldverschreibungen der DZ BANK AG (einschließlich der Namensschuldverschreibungen) ergeben sich folgende Deckungswerte:

in Mio €	31.12.2001	01.01.2001
Ordentliche Deckung		
Forderungen		
– an Kreditinstitute	12.038	11.742
– an Kunden	1.404	1.246
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	11.980	11.725
Ausgleichsforderungen	158	322
Summe der Deckungswerte	25.580	25.035
Deckungssoll	18.653	20.786
Überdeckung	6.927	4.249

**(49) Deckungsrechnung
für das Hypotheken-
und Kommunal-
kreditgeschäft der
Hypothekenbanken**

Die unten stehenden Verbindlichkeiten sind wie folgt gedeckt:

in Mio €	Hypothekendarlehen		öffentliche Darlehen	
	31.12.2001	01.01.2001	31.12.2001	01.01.2001
Ordentliche Deckung	19.347	19.054	37.681	40.571
– Hypothekarkredite an Kreditinstitute	153	156	1 ¹⁾	1 ¹⁾
– Hypothekarkredite an Kunden	19.102	18.806	430 ¹⁾	433 ¹⁾
– Kommunalkredite an Kreditinstitute	–	–	11.248	13.762
– Kommunalkredite an Kunden	–	–	17.001	16.277
– Wertpapiere an Kreditinstitute	–	–	7.916	9.300
– Wertpapiere an Kunden	–	–	1.085	798
– Grundsschulden auf bankeigenen Grundstücken	92	92	–	–
Ersatzdeckung	421	541	1	1
– Wertpapiere	408	528	–	–
– Andere Forderungen an Kreditinstitute	13	13	1	1
Summe Deckung	19.768	19.595	37.682	40.572
– Deckungspflichtige Darlehen	18.586	17.656	36.205	38.439
Überdeckung	1.182	1.939	1.477	2.133

¹⁾ kommunalverbürgt

**(50) Angaben zum
Leasinggeschäft**

Das Leasinggeschäft setzt sich im Wesentlichen folgendermaßen zusammen:

in Mio €	31.12.2001	01.01.2001
Leasingvermögen	4.531	4.302
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	706	655
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	108	55
Sonstige Verbindlichkeiten	200	201
Passive Rechnungsabgrenzung aus dem Leasinggeschäft	1.691	1.533
Rückstellungen	94	103
Laufende Erträge aus dem Leasinggeschäft	1.693	1.426
Abschreibungen auf Leasinggegenstände	881	801
Sonstige Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft	625	456

(51) Bestandsbewegung
der Bausparkasse im
Geschäftsjahr 2001

I. Übersicht über die Bewegung
des Bestandes an Bausparverträgen
und Bausparsummen

	Nicht zugeteilt		Zugeteilt		Insgesamt	
	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Mio €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Mio €	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Mio €
Bestand am Ende des Vorjahres	5.070.143	113.318	2.164.501	44.469	7.234.644	157.787
Zugang im Geschäftsjahr durch:						
a) Neuabschluss (eingelöste Verträge ¹⁾)	861.188	19.544	–	–	861.188	19.544
b) Übertragung	30.645	689	8.578	288	39.223	977
c) Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilung	4.402	119	–	–	4.402	119
d) Teilung	132.436	–	1.496	–	133.932	–
e) Zuteilungsannahme	–	–	533.365	10.293	533.365	10.293
f) Sonstiges	231.523	5.121	–	–	231.523	5.121
Insgesamt	1.260.194	25.473	543.439	10.581	1.803.633	36.054
Abgang im Geschäftsjahr durch:						
a) Zuteilungsannahme	533.365	10.293	–	–	533.365	10.293
b) Herabsetzung	–	955	–	–	–	955
c) Auflösung	303.403	5.211	261.136	3.598	564.539	8.809
d) Übertragung	30.645	689	8.578	288	39.223	977
e) Zusammenlegung ¹⁾)	181.127	–	186	–	181.313	–
f) Vertragsablauf	–	–	293.554	5.645	293.554	5.645
g) Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilung	–	–	4.402	119	4.402	119
h) Sonstiges	226.951	5.006	–	–	226.951	5.006
Insgesamt	1.275.491	22.154	567.856	9.650	1.843.347	31.804
Netto Zu-/Abgang	–15.297	3.319	–24.417	931	–39.714	4.250
Bestand am Ende des Geschäftsjahres	5.054.846	116.637	2.140.084	45.400	7.194.930	162.037

¹⁾ einschließlich Erhöhungen

II. Bestand an noch nicht
eingelösten Verträgen

	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Mio €
Abschlüsse vor dem 01. 01. 2001	25.825	860
Abschlüsse im Geschäftsjahr	166.295	4.613

Bezüglich der Bestandsbewegung der einzelnen Tarife verweisen wir auf den Geschäftsbericht unserer Bausparkasse.

(52) Bewegung der Zuteilungsmasse der Bausparkasse im Geschäftsjahr 2001	A. Zuführungen	in Mio €
	I. Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss)	
	Noch nicht ausgezahlte Beträge	13.371
	II. Zuführungen im Geschäftsjahr	
	a) Sparbeträge (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	5.654
	b) Tilgungsbeträge ¹⁾ (einschl. verrechneter Wohnungsbauprämien)	2.934
	c) Zinsen auf Bauspareinlagen	698
	d) Fonds zur baupartechnischen Absicherung	38
	Summe Zuführungen	22.695
	B. Entnahmen	in Mio €
	I. Entnahmen im Geschäftsjahr	
	a) Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt	
	aa) Bauspareinlagen	5.589
	ab) Baudarlehen	2.837
	b) Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge	806
	c) Ausgleich der Mindertilgung infolge Tilgungsstreckung (Rückführungsbetrag)	5
	II. Überschuss der Zuführungen (noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahres²⁾	13.458
	Summe Entnahmen	22.695
	Anmerkungen:	
	¹⁾ Tilgungsbeträge sind die auf die reine Tilgung entfallenden Anteile der Tilgungsbeiträge.	
	²⁾ In dem Überschuss der Zuführungen sind u. a. enthalten:	
	a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen der zugeteilten Bausparer	104
	b) die noch nicht ausgezahlten Bauspardarlehen aus Zuteilungen	2.392

(53) Euro-Bargeldbestände

In der DZ BANK AG betrug der Gesamtbetrag der im Wege der vorzeitigen Abgabe erhaltenen Euro-Bargeldbestände 825 Mio €.

In der DZ BANK AG betrug der Gesamtbetrag der hiervon an Dritte vorab weitergegebenen Euro-Bargeldbestände (so genanntes Sub-Frontloading) 817 Mio €.

**(54) Angaben zu den
Organen**

Im Jahr 2001 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstandes der DZ BANK AG und deren Vorgängerinstitute auf 10.054 T€ (Vorjahr: 9.342 T€) und für den Aufsichtsrat auf 687 T€ (Vorjahr: 810 T€).

Für die ehemaligen Vorstände und deren Hinterbliebene wurden Gesamtbezüge von 5.015 T€ (Vorjahr: 4.497 T€) gezahlt und Pensionsrückstellungen in Höhe von 57.835 T€ (Vorjahr: 46.647 T€) gebildet.

Zum Jahresende bestanden für Aufsichtsratsmitglieder der DZ BANK AG weder Kredite noch eingegangene Haftungsverhältnisse (Vorjahr: 128 T€).

Vorstand

DZ BANK AG (seit 18. September 2001):

Dr. Ulrich Brixner
(Vorsitzender)

Albrecht Merz
(stellv. Mitglied bis 28. Februar 2002)

Uwe E. Flach
(stellv. Vorsitzender)

Bedo Panner
(bis 30. April 2002)

Peter Dieckmann
(stellv. Mitglied bis 28. Februar 2002)

Dr. Friedrich-Leopold Freiherr von Stechow
(bis 28. Februar 2002)

Dr. Berthold Eichwald
(bis 31. März 2002)

Dietrich Voigtländer

Heinz Hilgert

Dieter Wößner

DG BANK AG (bis 18. September 2001):

Dr. Bernd Thiemann
(Vorsitzender bis 30. April 2001)

Dr. Friedbert Malt
(bis 18. September 2001)

Uwe E. Flach
(stellv. Vorsitzender seit 20. März 2001)

Bedo Panner

Dr. Berthold Eichwald

Dr. Friedrich-Leopold Freiherr von Stechow

Aufsichtsrat

Vorsitzender:

Dr. Christopher Pleister
Präsident
Bundesverband der Deutschen Volksbanken
und Raiffeisenbanken e.V.

Stellvertreterin des Vorsitzenden:

Helga Preußer
Bankangestellte
DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

Stellvertreter des Vorsitzenden¹⁾:

Dr. Volker Dahlgrün
Bankdirektor i. R.
Volksbank Hannover eG
(bis 19. Juni 2001)

Rolf Hildner
Vorsitzender des Vorstandes
Wiesbadener Volksbank eG
(seit 16. August 2001)

Mitglieder:

Wolfgang Apitzsch
Rechtsanwalt

Rüdiger Beins
Bankangestellter
DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

Werner Böhnke
Vorsitzender des Vorstandes
WGZ-Bank
Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG

Gerhard Bramlage
Vorsitzender des Vorstandes
Emsländische Volksbank eG
(stellv. Vorsitzender vom 19. Juni
bis 16. August 2001)

Uwe Brandenburg
Vorsitzender des Vorstandes
Lindener Volksbank eG
(vom 19. Juni bis 16. August 2001)

¹⁾ In der Interimszeit vom 19. Juni bis 16. August 2001 war Herr Bramlage stellvertretender Vorsitzender.

Dr. Ulrich Brixner
Vorsitzender des Vorstandes
GZ-Bank AG Frankfurt/Stuttgart
(bis 16. August 2001)

Carl-Christian Ehlers
Vorsitzender des Vorstandes
Kieler Volksbank eG

Dipl.-Kfm. Gerhard Engler
Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Müllheim eG
(seit 16. August 2001)

Michael Groll
Leitender Angestellter
DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

Siegfried Hägele
Angestellter
VR Kreditwerk Hamburg-Schwäbisch Hall AG

Walter Kaufmann
Gewerkschaftssekretär
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di

Sigmar Kleinert
Bankangestellter
DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

Klaus Lambert
Verbandspräsident
Vorsitzender des Vorstandes
Genossenschaftsverband
Hessen/Rheinland-Pfalz/Thüringen e. V.
(seit 16. August 2001)

Dr. Rainer Märklin
Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Reutlingen eG
(seit 16. August 2001)

Jürgen Partenheimer
Vorsitzender des Vorstandes
Münchner Bank eG

Adolf Rückl
Bausparkassenangestellter
Bausparkasse Schwäbisch Hall AG

Gudrun Schmidt
Landesfachbereichsleiterin
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di

Rudi Schühle
Bankdirektor i. R.
GZ-Bank AG Frankfurt/Stuttgart
(bis 16. August 2001)

Bernhard Sorge
Mitglied des Vorstandes
Raiffeisen-Volksbank Grafing eG
(bis 16. August 2001)

Winfried Willer
Angestellter
VR Kreditwerk Hamburg-Schwäbisch Hall AG

Uwe Zimpelmann
Mitglied des Vorstandes
Landwirtschaftliche Rentenbank

Treuhänder:

Dr. Ekkehard Buchwaldt
Vorsitzender Richter am OLG
Frankfurt am Main a. D.
(seit 2. April 2001)

Dr. Ulrich Fahr
Ministerialrat a. D.
(bis 30. März 2001)

Stellvertretender Treuhänder:

Dr. Friedrich Quadflieg
Ministerialrat a. D.

**(55) Gewinnverwendungs-
vorschlag**

Der im Jahresabschluss 2001 der DZ BANK AG ausgewiesene Bilanzgewinn beträgt 51,3 Mio €.

Wir schlagen vor, den Bilanzgewinn zur Ausschüttung einer Dividende auf die für das gesamte Geschäftsjahr 2001 gewinnberechtigten 1.024.918.273 Stückaktien wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende von 0,05 € je Aktie ¹⁾	51.245.913,65 €
Gewinnvortrag	74.037,38 €
Bilanzgewinn	51.319.951,03 €

¹⁾Nach Testat hat sich die Zahl der als dividendenberechtigt zu berücksichtigenden Aktien um 4.372.016 Stück reduziert. Der der Hauptversammlung unterbreitete Gewinnverwendungs-vorschlag wurde dementsprechend angepasst. Er sieht eine Verwendung des Bilanzgewinnes von 51.319.951,03 € für die Ausschüttung einer Dividende von 0,05 € pro Stückaktie (51.027.312,85 €) und für einen Gewinnvortrag (292.638,18 €) vor.

(56) Mandate von Vorständen und Mitarbeitern in Aufsichtsgremien großer Kapitalgesellschaften

Zum 31. Dezember 2001 wurden Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien folgender inländischer großer Kapitalgesellschaften wahrgenommen (Konzerngesellschaften sind im Folgenden kenntlich gemacht (*)):

In der DZ BANK AG:

Mitglieder des Vorstandes

Dr. Ulrich Brixner
(Vorsitzender)

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG,
Schwäbisch Hall,
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)

Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank
Aktiengesellschaft, Hamburg,
Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)

Karlsruher Lebensversicherung
Aktiengesellschaft, Karlsruhe,
Mitglied des Aufsichtsrates

R+V Versicherung AG, Wiesbaden,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Südzucker AG, Mannheim,
Mitglied des Aufsichtsrates

Uwe E. Flach
(stellv. Vorsitzender)

Andreae-Noris-Zahn AG,
Frankfurt am Main,
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates

Deutsche Börse AG,
Frankfurt am Main,
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates

Deutsche VerkehrsBank AG,
Frankfurt am Main,
Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)

Dr. Berthold Eichwald
(bis 31. März 2002)

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG,
Schwäbisch Hall,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

BayWa AG, München,
Mitglied des Aufsichtsrates

Bank für Wertpapierservice und -systeme
Aktiengesellschaft (bws bank),
Frankfurt am Main,
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)

CG Nordfleisch AG, Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrates

GBWAG Bayerische Wohnungs-Aktien-
gesellschaft, München,
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates

SÜDFLEISCH HOLDING AG, München,
Mitglied des Aufsichtsrates

Union-Investment-Gesellschaft mbH,
Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Heinz Hilgert

R+V Allgemeine Versicherung AG,
Wiesbaden,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Albrecht Merz

WLZ Raiffeisen AG, Stuttgart,
Mitglied des Aufsichtsrates

Bedo Panner
(bis 30. April 2002)

BAG Bankaktiengesellschaft, Hamm,
Mitglied des Aufsichtsrates

DIFA DEUTSCHE IMMOBILIEN FONDS
AKTIENGESELLSCHAFT, Hamburg,
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)

VR-LEASING Aktiengesellschaft, Eschborn,
Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)

Dr. Friedrich-Leopold Freiherr von Stechow
(bis 28. Februar 2002)

Düsseldorfer Hypothekenbank
Aktiengesellschaft, Düsseldorf,
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates

EDEKABANK AG, Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrates

R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

SPAR Handels-Aktiengesellschaft, Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrates

Westfälische Landschaft Bodenkreditbank AG,
Münster,
Mitglied des Aufsichtsrates

Dietrich Voigtländer

Bank für Wertpapierservice und -systeme
Aktiengesellschaft (bws bank),
Frankfurt am Main,
Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)

FIDUCIA AG, Karlsruhe,
Mitglied des Aufsichtsrates

Karlsruher Hinterbliebenenkasse AG,
Karlsruhe,
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates

Südwestbank AG, Stuttgart,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Dieter Wößner

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG,
Schwäbisch Hall,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Bank für Wertpapierservice und -systeme
Aktiengesellschaft (bws bank),
Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank
Aktiengesellschaft, Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Südwestbank AG, Stuttgart,
Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)

Mitarbeiter der DZ BANK AG

Rolf Michael Betz

Deutsche Börse AG, Frankfurt am Main,
Mitglied des Beirates

F. X. Nachtmann Crystal AG,
Neustadt an der Waldnaab,
Mitglied des Aufsichtsrates

Saltus Technology AG, Solingen,
Mitglied des Aufsichtsrates

syskoplan AG, Gütersloh,
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates

Dr. Wilhelm Esselmann

DRWZ Deutsche Raiffeisen-Warenzentrale
GmbH, Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrates

Friedrich Zettl GmbH, Birkenfeld,
Mitglied des Beirates

Lohmann & Co. AG, Rechterfeld,
Mitglied des Aufsichtsrates

NFZ Norddeutsche Fleischzentrale GmbH,
Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrates

VK Mühlen AG, Hamburg,
Vorsitzender des Aufsichtsrates
(bis 18. Juli 2001)
Mitglied des Aufsichtsrates (seit 18. Juli 2001)

RHG Hannover Raiffeisen
Hauptgenossenschaft-Nord AG, Hannover,
Mitglied des Aufsichtsrates

	RHG Nord Raiffeisen Hauptgenossenschaft- Nord AG, Kiel, Mitglied des Aufsichtsrates
	RWZKT Raiffeisen-Warenzentrale Kurhessen- Thüringen GmbH, Kassel, Mitglied des Aufsichtsrates
Manfred Falkenmeier	Frankfurt Bukarest Bank AG, Frankfurt am Main, Mitglied des Aufsichtsrates
Jürgen Gerber	Emsland-Stärke GmbH, Emlichheim, Mitglied des Beirates
Siegfried Schön	Volksbank in Stuttgart AG, Stuttgart, Mitglied des Aufsichtsrates
Heinz-Werner Sichler	Curtis 1000 Europe AG, Neuwied, stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates
	UZIN UTZ AG, Ulm, Mitglied des Aufsichtsrates
Willi Ufer (bis 31. Januar 2002)	Bank für Wertpapierservice und -systeme Aktiengesellschaft (bws bank), Frankfurt am Main, Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Ergänzend im Konzern:

Mitglieder der Vorstände/Mitarbeiter

Dr. Alexander Erdland Vorsitzender des Vorstandes (Bausparkasse Schwäbisch Hall AG)	VR Kreditwerk Hamburg-Schwäbisch Hall AG, Hamburg und Schwäbisch Hall, Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)
	HBAG REAL ESTATE AG, Hamburg, Mitglied des Aufsichtsrates
Hans Jürgen Deis Mitglied des Vorstandes (Bausparkasse Schwäbisch Hall AG)	Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Baden-Württemberg AG, Stuttgart, Mitglied des Aufsichtsrates
Dr. Matthias Metz Mitglied des Vorstandes (Bausparkasse Schwäbisch Hall AG)	VR Kreditwerk Hamburg-Schwäbisch Hall AG, Hamburg und Schwäbisch Hall, Mitglied des Aufsichtsrates (*)
Dr. Hans-Jürgen Rublé Mitarbeiter (Bausparkasse Schwäbisch Hall AG)	VR Kreditwerk Hamburg-Schwäbisch Hall AG, Hamburg und Schwäbisch Hall, Mitglied des Aufsichtsrates (*)
Adolf Rückl Mitarbeiter (Bausparkasse Schwäbisch Hall AG)	DZ BANK AG Deutsche Zentral- Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Hermann M. Remaklus Vorsitzender des Vorstandes (Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG)	Schleswig-Holsteinische Landschaft Hypothekenbank AG, Kiel, Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)
	M. M. Warburg & CO Hypothekenbank AG, Hamburg, Mitglied des Aufsichtsrates
	VR-LEASING AG, Eschborn, Mitglied des Aufsichtsrates (*)
	VR Kreditwerk Hamburg-Schwäbisch Hall AG, Hamburg und Schwäbisch Hall, Mitglied des Aufsichtsrates (seit 29. März 2001) stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates (bis 29. März 2001) (*)
Franz-Josef Gesinn Mitglied des Vorstandes (Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG)	VR Hausbau AG, Schwäbisch Hall, stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates
Friedrich Piaskowski Mitglied des Vorstandes (Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG)	Schleswig-Holsteinische Landschaft Hypothekenbank AG, Kiel, Mitglied des Aufsichtsrates (*)
	VR Kreditwerk Hamburg-Schwäbisch Hall AG, Hamburg und Schwäbisch Hall, stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates (seit 29. März 2001) (*)
	Gillardon AG financial software, Bretten, Mitglied des Aufsichtsrates
Dr. Walter Weber Mitglied des Vorstandes (Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG)	Schleswig-Holsteinische Landschaft Hypothekenbank AG, Kiel, Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Hans-Joachim Rust
Direktoriumsmitglied
(DG BANK Bank für Absatzfinanzierung GmbH,
jetzt: VR DISKONTBANK GmbH)

Hyrican Informationssysteme AG, Kindelbrück,
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates

Wolfgang F. Driese
Vorsitzender des Vorstandes
(Deutsche VerkehrsBank AG)

ReiseBank AG, Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrates
(bis 14. Februar 2001)
Vorsitzender des Aufsichtsrates
(seit 15. Februar 2001) (*)

CashExpress GmbH, Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrates
(bis 14. Februar 2001)
Vorsitzender des Aufsichtsrates
(seit 15. Februar 2001) (*)

KRAVAG-SACH VVaG, Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrates

Klaus W. Heinemann
Mitglied des Vorstandes
(Deutsche VerkehrsBank AG)

ReiseBank AG, Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

CashExpress GmbH, Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Rainer Irmen
stellv. Mitglied des Vorstandes
(Deutsche VerkehrsBank AG)

ReiseBank AG, Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

CashExpress GmbH, Frankfurt am Main,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Dr. Jürgen Förterer
Vorsitzender des Vorstandes
(R+V Versicherung AG)

KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG,
Hamburg,
Vorsitzender des Aufsichtsrates
(seit 26. Juni 2001) (*)

R+V ALLGEMEINE VERSICHERUNG AG,
Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)

R+V KRANKENVERSICHERUNG AG,
Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrates
(seit 22. Mai 2001) (*)

R+V LEBENSVERSICHERUNG AG, Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)

R+V RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG AG,
Wiesbaden,
Vorsitzender des Aufsichtsrates
(seit 23. Mai 2001) (*)

Hans-Christian Marschler
Mitglied des Vorstandes
(R+V Versicherung AG)

R+V RECHTSSCHUTZVERSICHERUNG AG,
Wiesbaden,
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)

KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG,
Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Bernhard Meyer
Mitglied des Vorstandes
(R+V Versicherung AG)

KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG,
Hamburg,
Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Dr. Manfred Mücke
Mitglied des Vorstandes
(R+V Versicherung AG)

KRAVAG-LEBEN Versicherungs-AG, Hamburg,
Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)

Rainer Neumann Mitglied des Vorstandes (R+V Versicherung AG)	KRAVAG-LEBEN Versicherungs-AG, Hamburg, stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates (seit 27. Juni 2001) (*)
	KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG, Hamburg, Mitglied des Aufsichtsrates (seit 26. Juni 2001) (*)
Dr. Bernhard Zloch Mitglied des Vorstandes (R+V Versicherung AG)	KRAVAG-LEBEN Versicherungs-AG, Hamburg, Mitglied des Aufsichtsrates (*)
Dr. Peter Baumeister Sprecher des Vorstandes (Südwestbank AG)	Union-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, Mitglied des Aufsichtsrates (*)
	SIEDLUNGSWERK gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau GmbH, Stuttgart, Mitglied des Aufsichtsrates
Waldemar Fellmeth Mitglied des Vorstandes (Südwestbank AG)	Lavatec AG, Heilbronn, Mitglied des Aufsichtsrates
Manfred Mathes Vorsitzender des Vorstandes (Union-Fonds-Holding AG)	Union-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)
Dr. Rüdiger Ginsberg Mitglied des Vorstandes (Union-Fonds-Holding AG)	Union-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)
Horst Höger Mitglied des Vorstandes (Union-Fonds-Holding AG)	Union-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates (*)
Reinhard Gödel Vorsitzender des Vorstandes (VR-LEASING AG)	KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-AG, Hamburg, Mitglied des Aufsichtsrates (*)

Frankfurt am Main, den 5. April 2002

DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

Der Vorstand

Dr. Brixner

Dieckmann

Flach

Hilgert

Merz

Panner

Voigtländer

Wöbner

Bestätigungsvermerk

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 16. April 2002 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„Wir haben den von der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2001 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW)

festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss

einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 16. April 2002

PwC Deutsche Revision
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Wollert-Elmendorff
Deutsche Industrie-Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Rausch)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Berninger)
Wirtschaftsprüfer

(Dr. Kläs)
Wirtschaftsprüfer

(Apweiler)
Wirtschaftsprüfer

Beiräte der DZ BANK AG

Mitglieder des Bankenbeirates Baden-Württemberg der DZ BANK AG

Dr. Peter Aubin

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Göppingen eG

Manfred Basler

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Lahr-Gengenbach/Zell eG

Rainer Bauer

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Ludwigsburg eG

Richard Bruder

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Offenburg eG

Arnhold Budick

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Schwarzwald-Neckar eG

Wolfgang Burger

Vorsitzender des Vorstandes
Bruhrainer Volksbank eG

Alfred Ewald

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Bezirk Schwetzingen eG

Heinz Frankenhauser

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Nagoldtal eG

Horst Gauggel

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Donau-Illler eG

Dr. Roman Glaser

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Baden-Baden-Rastatt eG

Dr. Wolfgang Heinle

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Kraichgau eG

Horst Heller

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Hochrhein eG

Claus Hepp

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Wangen eG

Dr. Albrecht Hermann

Sprecher des Vorstandes
Filderbank Stuttgart eG

Ludwig Hofmann

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Möckmühl-Neuenstadt eG

Klaus Holderbach

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Franken eG

Fritz Karcher

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Emmendingen-Kaiserstuhl eG

Edgar Kipper

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Karlsruhe eG

Hans Kircher

Sprecher des Vorstandes
Raiffeisenbank Bretzfeld eG

Willy Köhler

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Rhein-Neckar eG
Vorsitzender

Dr. Rolf Konold

Mitglied des Vorstandes
Heidenheimer Volksbank eG

Dr. Rainer Kunadt

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Pforzheim eG

Manfred Kuner

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Triberg eG

Dr. Franz G. Leitner

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Freiburg eG

Hans-Georg Leute

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Tübingen eG
stellv. Vorsitzender

Werner Luz

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Region Leonberg eG

Martin Mayer

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Tailfingen eG

Dr. Wolfgang Müller

Vorsitzender des Vorstandes
BBBank eG, Karlsruhe

Hermann Nagel

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Kirchheim-Nürtingen eG

Adolf Oppermann

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Heilbronn eG

Wolfgang Riedlinger

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Baiersbronn eG

Gerd Rothenbacher

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Rottal eG

Paul-Erich Schaaf

Vorsitzender des Vorstandes
Untertürkheimer Volksbank eG

Werner Schmidgall

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Backnang eG

Franz Sing

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Bühl eG

Wolfgang Traut

Vorsitzender des Vorstandes
Vereinigte Volksbank AG, Sindelfingen

Ralf Ulrich

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank eG Überlingen

Peter Vetter

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Wilferdingen-Keltern eG

Wilfried von Enzberg

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Donau-Neckar eG

Siegfried Wolber

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank eG, Villingen-Schwenningen

Roland Wüst

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Mutlangen eG

Otto Zoller

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Eberhardzell-Ummendorf eG

Mitglieder des Bankenbeirates Bayern der DZ BANK AG

Walter Alt

stellv. Vorsitzender des Vorstandes
LIGA Bank eG Regensburg

Hans Berger

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Ismaning eG

Peter Daxenberger

Vorsitzender des Vorstandes
Freisinger Bank eG
Volksbank-Raiffeisenbank

Andreas Dichtl

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Raiffeisenbank
Berchtesgadener Land eG

Wilhelm Frankenberger

Verbandspräsident
Genossenschaftsverband Bayern
(Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e. V.

Hans Gnatz

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Lohr am Main eG

Michael Haas

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank-Raiffeisenbank Dachau eG

Friedrich Hertle

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisen-Volksbank Donauwörth eG

Eugen Hurler

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank-Volksbank
Meitingen eG

Franz Inkmann

Vorsitzender des Vorstandes
VR-Bank Uffenheim-Neustadt eG
Raiffeisen-Volksbank

Konrad Irtel

Sprecher des Vorstandes
Raiffeisenbank Rosenheim eG

Friedrich Küffner

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Pfaffenhofen a.d. Ilm eG
stellv. Vorsitzender

Dietmar Küsters

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Straubing eG

Bernhard Link

stellv. Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Raiffeisenbank Nürnberg eG

Josef Murr

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Parkstetten eG

Leonhard Roßmann

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank-Raiffeisenbank
Oberhaching-Wolfratshausen eG

Rainer Schaidnager

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Kempten eG

Erich Schaller

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Hof eG

Norbert Schmidt

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank-Raiffeisenbank Amberg eG

Siegfried Schubert

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Hallstadt eG

Claudius Seidl

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank-Volksbank
im Rott- und Inntal eG

Georg Sell

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Hammelburg eG

Bernhard Sorge

Vorstand
Raiffeisen-Volksbank
Grafing-Ebersberg eG

Richard Steiner

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Dinkelsbühl-Hesselberg eG

Vorsitzender

Johann Weigele

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Pfaffenhausen eG

Rainer Wiederer

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Raiffeisenbank Würzburg eG

Helmut Wölfel

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisen-Volksbank Kronach-Ludwigsstadt eG

Günther Zollner

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Cham eG

Mitglieder des Bankenbeirates Mitte der DZ BANK AG

Jürgen Adams

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Raiffeisenbank
Apolda eG

Claus-Rüdiger Bauer

Sprecher des Vorstandes
Raiffeisenbank eG, Baunatal

Herbert Bauer

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Neunkirchen eG

Dr. Dr. Claus Becker

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Darmstadt eG

Kurt Becker

Vorsitzender des Vorstandes
VEREINIGTE VOLKSBANK AG, Cochem

Helmut Colloseus

Vorsitzender des Vorstandes
Rheingauer Volksbank eG

Heiner J. Conrad

Vorsitzender des Vorstandes
Groß-Gerauer Volksbank eG

Hans-Werner Diehl

Vorsitzender des Vorstandes
Mainzer Volksbank eG

Peter Eisermann

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank eG Wolfhagen

Oskar-Dieter Epp

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Saaletal eG

Erwin Failing

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Heuchelheim eG

Heinrich Fülberth

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Odenwald eG

Manfred Gerhard

Mitglied des Vorstandes
VR Genossenschaftsbank Fulda eG

Ina Görbing

Vorsitzende des Vorstandes
Volksbank Erfurt eG

Peter Haffelt

Mitglied des Vorstandes
Dresdner Volksbank Raiffeisenbank eG

Peter Hanker

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Gießen eG

Andreas Hof

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Raiffeisenbank Main-Kinzig eG

Hans-Josef Hoffmann

Vorsitzender des Vorstandes
Bank1Saar eG

Vorsitzender

Gerhard Holstein

Mitglied des Vorstandes
Bankverein Bebra eG

Dieter Jurgeit

Vorsitzender des Vorstandes
PSD Bank Hamburg eG

Walfried Kauffmann

Mitglied des Vorstandes
Kreuznacher Volksbank eG

Georg Kleinschmidt

Vorsitzender des Vorstandes
Kasseler Bank eG
Volksbank Raiffeisenbank
stellv. Vorsitzender

Gabriele Klöpfer

Vorsitzende des Vorstandes
GERAER BANK eG

Günter Köhler

Mitglied des Vorstandes
Evangelische Kreditgenossenschaft eG

Dr. Wolfgang Licht

Vorsitzender des Vorstandes
Freiberger Bank eG
Volks- und Raiffeisenbank

Hans-Theo Macke

Vorsitzender des Vorstandes
Westerwald Bank eG
Volks- und Raiffeisenbank

Heinrich Mai

Mitglied des Vorstandes
Volksbank
Lauterbach-Schlitz eG

Harro Meurer

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Riesa eG

Harald Meyer

Sprecher des Vorstandes
Marburger Bank
Volksbank Raiffeisenbank eG

Jakob Müller

Sprecher des Vorstandes
VR Bank Biedenkopf-Gladenbach eG

Karl Oppermann

Mitglied des Vorstandes
Waldecker Bank eG

Dieter Rembde

Mitglied des Vorstandes
VR-Bank Schwalm-Eder
Volksbank-Raiffeisenbank eG

Volker Remmele

Mitglied des Vorstandes
Wetterauer Volksbank eG

Karl-Hermann Rininsland-Schröder

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank eG Borken

Werner Röhrig

Sprecher des Vorstandes
Vereinigte Volksbank eG, Rodgau

Tilman Römpp

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Bautzen eG

Michael Ruske

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Chemnitz eG

Jürgen Schlesier

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Vogelsberg eG

Fritz-Ludwig Schmidt

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Kreis Bergstraße eG

Paul-Heinz Schmidt

Vorsitzender des Vorstandes
VR Bank eG Alsfeld

Erhard Schmitt

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Alzey eG

Günter Schmitt

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank eG Bad Bergzabern

Peter Schmitt

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank eG Großenlütder

Hans-Georg Schneider

Sprecher des Vorstandes
Raiffeisenbank Kirtorf eG

Reinhold Schreck

Vorsitzender des Vorstandes
VR Bank Südpfalz eG

Hans-Jürgen Simon

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Wetzlar-Weilburg eG

Bernhard Slavetinsky

Vorsitzender des Vorstandes
PSD Bank Karlsruhe-Neustadt eG

Otmar Thielemann

Mitglied des Vorstandes
Volksbank-Raiffeisenbank
Werra Meißner eG

Dr. Wolfgang Thomasberger

Mitglied des Vorstandes
VR Bank eG Ludwigshafen

Ulrich Tolksdorf

Vorsitzender des Vorstandes
vr bank Untertaunus eG

Günther Wagenbrenner

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Leipzig eG

Laurent Wolf

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Sonneberg-Neuhaus eG

Mitglieder des Bankenbeirates Nord/Ost der DZ BANK AG

Rüdiger Adamy

Sprecher des Vorstandes
Brandenburger Bank
Volksbank-Raiffeisenbank eG

Günther Bartels

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Stadthagen eG

Bernd Borchers

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Wolfenbüttel-Salzgitter eG

Dr. Michael Brandt

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Lübeck
Landbank von 1902 eG

Martin Bröder

Mitglied des Vorstandes
Volks- und Raiffeisenbank Prignitz eG

Eckehard Brüning

Mitglied des Vorstandes
Haldensleber Bank-Raiffeisenbank eG

Fritz Buck

Mitglied des Vorstandes
Spar- und Kreditbank eG, Hammah

Eckard Busch

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Butjadingen-Abbehausen eG

Karsten Bustorf

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Lüneburg eG

Josef Dahl

Sprecher des Vorstandes
Ostharzer Volksbank eG

Jürgen Dämmig

Mitglied des Vorstandes
Ostfriesische Volksbank eG

Dr. Paul Albert Deimel

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Helmstedt eG

Henning Deneke-Jöhrens

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Lehrte eG

Helmut Dommel

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Waren eG

Karl-Heinz Driehorst

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Uslar
Zweignl. der Volksbank Solling eG

Heinrich Ehlers

Mitglied des Vorstandes
Volksbank-Raiffeisenbank
im Kreis Rendsburg eG

Berthold Engelke

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank eG, Stolzenau

Carsten-Peter Feddersen

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Südstormarn eG

Heinrich Fenne

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Osnabrück eG

Alfons Fennen

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Bösel eG

Dr. Rolf Flechsig

Mitglied des Vorstandes
Berliner Volksbank eG

Detlef Großweischede

Verbandsdirektor
Genossenschaftsverband Berlin – Hannover e. V.

Johann Heins

Mitglied des Vorstandes
Zevener Volksbank eG

Klaus Hinsch

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank eG, Hagenow

Dr. Bernd Hübner

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisen - Volksbank Oder-Spree eG
stellv. Vorsitzender

Gerhard Husmann

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Obergrofschaft eG

Walter Jaeger

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Wittenberg eG

Kurt Jürgens

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Raiffeisenbank eG, Greifswald

Heinz-Dieter Katze

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Oldenburg eG

Detlef Kentler

Mitglied des Vorstandes
Volksbank eG, Seesen

Heinz-Harold Kleen

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank Kirchhatten-Sandkrug eG

Gerd Köhn

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisenbank Sande-Wangerland eG

Johannes Kux

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Neumünster eG

Hans-Heinrich Langholz

Mitglied des Vorstandes
Volksbank eG, Schleswig

Norbert Lohmann

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Spelle-Freren eG

Ubbo Lorenz

Mitglied des Vorstandes
Raiffeisenbank-Volksbank eG
Fresena

Hermann Mehrens

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Hannover eG

Henning Melcher

Mitglied des Vorstandes
Volksbank eG Bremerhaven-Wesermünde

Heinz-Horst Meyer

Vorsitzender des Vorstandes
VR-Bank Halstenbek-Schenefeld eG

Johann-Hinrich Möller

Mitglied des Vorstandes
Hamburger Bank von 1861
Volksbank eG

Dr. Dieter Radtke

stellv. Vorsitzender des Vorstandes
Evangelische Darlehnsgenossenschaft eG

Eckard Rave

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Raiffeisenbank eG, Husum

Paul Reisdorf

Sprecher des Vorstandes
NL Bank Volks- und Raiffeisenbank eG

Alfred Runge

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Burgdorf-Celle eG

Vorsitzender

Günther Scheffczyk

Mitglied des Vorstandes
Hümmlinger Volksbank eG

Christian Scheinert

Mitglied des Vorstandes
Volksbank eG, Elmshorn

Werner Schierenbeck

Sprecher des Vorstandes
Volksbank eG, Syke

Friedrich Schmidt

Mitglied des Vorstandes
Volksbank Ostkreis Uelzen eG

Reinhard Schoon

Vorsitzender des Vorstandes
Raiffeisen-Volksbank eG, Uplengen

Michael Siegers

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Hildesheim eG

Dieter Soechtig

Mitglied des Vorstandes
Volksbank eG Wolfsburg

Heinz Tabeling

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Visbek eG

Peter Weihe

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Nordharz eG

Heinz-Walter Wiedbrauck

Vorsitzender des Vorstandes
Volksbank Hameln-Pyrmont eG

Holger Willuhn

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Eichsfeld-Northeim eG

Bernd Wolfram

Sprecher des Vorstandes
Volksbank Celler Land eG

Unternehmerbeirat der DZ BANK AG

Mitglieder (Stand 01.04.02):

Carl Fritz Bardusch

Geschäftsführer
Bardusch GmbH & Co., Ettlingen

Dr. Wolfgang Baur

Mitglied des Vorstandes
Dürr Aktiengesellschaft, Stuttgart

Dr. Wilhelm Bender

Vorsitzender des Vorstandes
Fraport AG, Frankfurt a. M.

Dr. Werner Brandt

Mitglied des Vorstandes
SAP Aktiengesellschaft, Walldorf

Dr. Jürgen Brink

Vorsitzender des Vorstandes
Sanacorp Pharmahandel AG, Planegg

Gerhard Erwin Bruckermann

Sprecher des Vorstandes
DePfa Deutsche Pfandbrief Bank AG, Wiesbaden

Gerd Bruse

Mitglied des Vorstandes
REWE-Zentral AG, Köln

Hans-Jürgen Burkert

Mitglied des Vorstands
Hymer AG, Bad Waldsee

Prof. Dr. Hans Heinrich Driftmann

Sprecher der Geschäftsleitung
Peter Kölln KGaA, Elmshorn

Stefan Durach

Geschäftsführer
Develey Holding GmbH & Co. Beteiligungs KG,
Unterhaching

Manfred Finger

Mitglied des Vorstandes
Villeroy & Boch AG, Mettlach

Dr. Friedrich-Leopold Freiherr v. Stechow

Vorsitzender der Geschäftsführung
Partner für Berlin Gesellschaft
für Hauptstadt-Marketing mbH, Berlin

Dr. Hans-Jörg Gebhard

Vorsitzender des Aufsichtsrates
SZVG Süddeutsche Zuckerrübenverwertungs-
Genossenschaft eG, Ochsenfurt

Konsul Anton-Wolfgang Graf von Faber-Castell

Mitglied des Vorstandes
Faber-Castell AG, Stein

Dr. Jürgen Heraeus

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Heraeus Holding GmbH, Hanau

Ernst-Albert Holzapfel

Geschäftsführender Gesellschafter
friedola Gebr. Holzapfel GmbH & Co. KG,
Meinhard-Frieda

Volker T. Husmann

Mitglied des Vorstandes
Kennametal Hertel AG, Fürth

Prof. Dr. Wolfgang König

Johann Wolfgang Goethe-Universität,
Institut für Wirtschaftsinformatik, Frankfurt a. M.

Dr. Dagobert Kotzur

Vorsitzender der Geschäftsführung
Schunk GmbH, Thale

Prof. Dr. Jan Pieter Krahen

Johann Wolfgang Goethe-Universität,
Lehrstuhl für Kreditwirtschaft und Finanzierung,
Frankfurt a. M.

Dr. Gerd Krick

Vorsitzender des Vorstandes
Fresenius AG, Bad Homburg

Andreas Lapp

Vorstandsvorsitzender
LAPP HOLDING AG, Stuttgart

Roland Mack

Geschäftsführender Gesellschafter
EUROPA-PARK Freizeit- und Familienpark
Mack KG, Rust

Peter Mager

Aufsichtsratsvorsitzender
Nordenia International AG, Steinfeld

Dr. Arno Mahler

Geschäftsführer
Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck GmbH,
Stuttgart

Ludwig Merckle

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Kässbohrer Geländefahrzeug AG,
c/o Merckle GmbH, Ulm

Dr. Klaus Naeve

Mitglied des Zentralvorstandes
Schörghuber Stiftung & Co. Holding KG,
München

Manfred Nüssel

Präsident
Deutscher Raiffeisenverband e.V., Bonn

Kommerzialrat Gerhard Ortner

Präsident des Aufsichtsrates
Österreichische Volksbanken-AG, Salzburg

Prof. Dr. Rolf Peffekoven

Johannes Gutenberg-Universität Mainz,
Lehrstuhl für VWL und Finanzwissenschaft,
Mainz

Hartmut Retzlaff

Vorstandsvorsitzender
STADA ARZNEIMITTEL AG, Bad Vilbel

Jürgen Rudolph

Geschäftsführender Gesellschafter
Rudolph Logistik Gruppe/Rudolph Holding GmbH,
Baunatal

Diethelm Sack

Mitglied des Vorstandes
Deutsche Bahn AG, Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Christian Schlag

Johann Wolfgang Goethe-Universität,
Professur für Derivate und Financial Engineering,
Frankfurt a. M.

Dr. Werner Schreglmann

Mitglied des Vorstandes
Schuler AG, Göppingen

Dr. Eric Schweitzer

Mitglied des Vorstandes
ALBA AG, Velten bei Berlin

Prof. Dr. Jörg Sennheiser

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Sennheiser electronic GmbH & Co. KG,
Wedemark

Joachim Siebert

Vorstandsvorsitzender
anwr Ariston-Nord-West-Ring eG, Mainhausen

Gerd Sonnleitner

Präsident
Deutscher Bauernverband e.V., Bonn

Dr. Theo Spettmann

Sprecher des Vorstandes
Südzucker AG Mannheim/Ochsenfurt,
Mannheim

Horst Alexander Spitzkopf

Vorsitzender des Vorstandes
ALLGEMEINE HYPOTHEKENBANK RHEINBODEN AG,
Frankfurt a. M.

Dr. Thomas Strüngmann

Mitglied des Vorstandes
Hexal AG, Holzkirchen

Alexander von Witzleben

Mitglied des Vorstandes
Jenoptik AG, Jena

Hans Wall

Vorsitzender des Vorstandes
Wall Aktiengesellschaft, Berlin

Paul-Heinz Wesjohann

Vorstandsvorsitzender
PHW-Gruppe, Visbek

Dr. Richard Winter

Mitglied des Vorstandes
DRAGOCO GERBERDING & CO.
AKTIENGESELLSCHAFT, Holzminden

Übersicht über wesentliche Beteiligungen der DZ BANK AG

Stand: 30. 4. 2002

Banken Name/Sitz	Konzern- gesellschaft ¹⁾	Anteil am Kapital ¹⁾ v.H.
Bausparkasse Schwäbisch Hall AG, Schwäbisch Hall	x	87,9
Ceskomoravska stavebni sporitelna a.s., Praha		45
VR Kreditwerk Hamburg-Schwäbisch Hall AG (gemeinsam mit Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank (DG HYP))	x	50,1
Prva stavebna sprital'na a.s., Bratislava		32,5
Bank für Wertpapierservice und -systeme Aktiengesellschaft (bws bank), Frankfurt am Main	x	83,2
DVB Deutsche VerkehrsBank AG, Frankfurt am Main³⁾	x	67,1
ReiseBank AG, Frankfurt am Main	x	100
Nedship Bank N.V., Amsterdam	x	100
cosba private banking ag, Zürich³⁾	x	65
DZ BANK International S.A., Luxembourg-Strassen³⁾	x	90,1
DZ BANK Ireland, Plc, Dublin³⁾	x	100
Südwestbank AG, Stuttgart	x	89,6
DG Financial Markets LLC, New York		100
Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG (DG HYP), Hamburg	x	100
Magyar Takarekszövetkezeti Bank Rt., Budapest		71,9
Österreichische Volksbanken AG, Wien		25,01 ²⁾

¹⁾ in den Konzern einbezogen gem. § 294 Abs. 1 HGB und Kapitalanteile gesamt der DZ BANK AG bzw. der jeweiligen Muttergesellschaft²⁾ Stimmrechtsquote³⁾ Patronierung durch DZ BANK AG

Sonstige Spezialdienstleister

Name/Sitz

Konzern-
gesellschaft¹⁾

Anteil am
Kapital¹⁾
v.H.

**Betriebswirtschaftliches Institut der Deutschen Kreditgenossenschaften BIK GmbH,
Frankfurt am Main**

73,6

DG CAPITAL MANAGEMENT GmbH, Frankfurt am Main

90,0

GVA GmbH, Frankfurt am Main

66,7

DZ Unternehmerpartner GmbH

100

DZ Equity Partner GmbH Gesellschaft für Beteiligungskapital, Frankfurt am Main

100

DZ Corporate Finance GmbH, Frankfurt am Main

100

DZ Venture Capital-Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

100

EURO Kartensystem EUROCARD und eurocheque GmbH, Frankfurt am Main

20

GZS Gesellschaft für Zahlungssysteme mbH, Frankfurt am Main

20

Genossenschaftlicher Informations Service GIS GmbH, Frankfurt am Main

97,0

VR-LEASING AG, Eschborn

x

83,5

BfL Gesellschaft des Bürofachhandels mbH & Co., Eschborn

x

61,05

VR Diskontbank GmbH, Eschborn

x

100

VR-medico Leasing GmbH, Berlin

x

100

VR-Bauregie GmbH, Essen

x

100

DEKRA VR-Fleetservice KG, Stuttgart

¹⁾ in den Konzern einbezogen gem. § 294 Abs. 1 HGB und Kapitalanteile gesamt der DZ BANK AG bzw. der jeweiligen Muttergesellschaft

Kapitalanlagegesellschaften

Name/Sitz	Konzern- gesellschaft ¹⁾	Anteil am Kapital ¹⁾ v.H.
Union-Fonds-Holding AG, Frankfurt	x	78,6
DEFO Deutsche Fonds für Immobilienvermögen GmbH, Frankfurt am Main	x	90,0
DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG, Hamburg	x	94,5
Union Investment Institutional GmbH, Frankfurt am Main	x	100
Union Investment Luxembourg S.A., Luxembourg	x	100
Union Investment Privatbank AG, Zürich	x	100
Union Investment PrivatFonds GmbH, Frankfurt am Main	x	100
UNICO Asset Management S.A., Luxembourg	x	100
Union-Takarék Befektetési Alapkezelő Kft., Budapest (gemeinsam mit Magyar Takarekbank)	x	100

Versicherungen

Name/Sitz	Konzern- gesellschaft ¹⁾	Anteil am Kapital ¹⁾
R+V Versicherung AG, Wiesbaden	x	78,1
R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden	x	91,3
R+V Lebensversicherung AG, Wiesbaden	x	100
R+V Rechtsschutzversicherung AG, Wiesbaden	x	100
R+V Krankenversicherung AG, Wiesbaden	x	90,0

¹⁾ in den Konzern einbezogen gem. § 294 Abs. 1 HGB und Kapitalanteile gesamt der DZ BANK AG bzw. der jeweiligen Muttergesellschaft

Herausgeber

DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
Platz der Republik
60325 Frankfurt am Main

Postadresse:
60265 Frankfurt am Main

www.dzbank.de
mail@dzbank.de
Tel.: +49 69 74 47-01

Dieser Geschäftsbericht ist auf chlorfrei
gebleichtem Papier gedruckt.